

Soziologie

Aus dem Inhalt

- **Ronald Hitzler:**
Grenzen der disziplinären »Ökumene«
- **Heinz Steinert:**
Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt
- **Unsichere Zeiten.**
Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen.
Calls zu den Plenarveranstaltungen auf dem 34. Kongress der DGS in Jena

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 2 • 2008

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Thilo Fehmel, M.A., Universität Leipzig,

Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 03 41/97 35-648 (Redaktion)

oder -641 (G. Vobruba), Fax: 03 41/97 35-669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, E-Mail: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,

E-Mail: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 02 01/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,

Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,

E-Mail: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 0 61 51/16 34 67, Fax: 0 61 51/16 60 75.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: www.soziologie.de

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2008 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2008

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial 143

Identität und Interdisziplinarität

Ronald Hitzler

Grenzen der disziplinären »Ökumene« 145

Lehren und Lernen

Heinz Steinert

Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt 155

DGS-Nachrichten

Unsichere Zeiten.

Terminübersicht und Calls zu den Plenarveranstaltungen
auf dem 34. Kongress der DGS 2008 in Jena 169

Veränderungen in der Mitgliedschaft 191

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

Sektion Alter(n) und Gesellschaft 193

Sektion Kulturosoziologie 207

Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie 209

Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung 212

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung 215

<i>Sektion Religionssoziologie</i>	220
<i>Sektion Soziologie der Kindheit</i>	225
<i>Sektion Soziologie des Körpers und des Sports</i>	232
<i>Sektion Wissenssoziologie</i>	235

Nachrichten aus der Soziologie

»Gesellschaftsanalyse und Sinngewandlung« M. Rainer Lepsius zum 80. Geburtstag	237
Zur Erinnerung an Erwin K. Scheuch	242
Karl-Polanyi-Preis der DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie	245
Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze	246
Schader-Preis 2008 für Klaus von Beyme	251
Habilitationen	252
Call for Papers	253
Social Theory and the Sociological Discipline(s); European Political Economy and Society in the World; Demographische Aspekte der Migration	
Tagungen	258
Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen; Macht und Ohnmacht auto/biographischen Erzählens; Summer School »Methoden der Diskursforschung«	
Autorinnen und Autoren	262
Abstracts	264

Der Fall Nokia,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Was lässt sich soziologisch daraus machen?

Erstens lässt sich beobachten, wie ein komplexes Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven beobachtet wird, und in welcher Weise daraus unterschiedliche Schlüsse gezogen werden. Aus europäischer Perspektive ist eine Job-Verlagerung von Bochum nach Cluj in Rumänien ein Vorgang, der normal ist (oder es zumindest sein sollte), ein Beitrag zu (Arbeits-)Marktintegration und ein Schritt zum Abbau des ökonomischen Leistungs- und Wohlstandsgefälles zwischen Alt- und Neumitgliedern der Europäischen Union. Aus nationalstaatlicher Perspektive handelt es sich um eine Niederlage in der Standortkonkurrenz. Aus der Perspektive der Betroffenen in Bochum um Unternehmenswillkür und um eine existentielle Katastrophe.

Hinter diesen unterschiedlichen Beobachtungsperspektiven wird zugleich die nächste Frage sichtbar: die Frage nach dem Zuschnitt von Solidarräumen: Würde eine Verlagerung der Arbeitsplätze von NRW nach Sachsen eher akzeptiert werden? Oder von Bochum nach Bremerhaven? Wann gilt die unternehmerische Nutzung von Standortunterschieden als fair, wann als unfair?

Das führt zu einem weiteren Bündel an Fragen. Welche Reaktionen auf solche Vorgänge sind zu erwarten? Systematisch wird man zwischen Reaktionen der Konsumenten und Reaktionen der Beschäftigten unterscheiden. Das Wirtschaftsfeuilleton der Süddeutschen Zeitung kann einem Konsumentenboykott etwas abgewinnen – mit einer fast faszinierenden Begründung: Eine solche Demonstration von Konsumentenmacht sei akzeptabel, wenn man damit um weiter gehende antikapitalistische Ressentiments herum komme. Ist das nicht rührend? Die Süddeutsche erlaubt den Leuten, verärgert zu sein. Und die Reaktionen im Unternehmen? Aus der empirischen Gerechtigkeitsforschung weiß man, dass als ungerecht empfundene Unternehmensmaßnahmen zu unterschiedlichen Formen von verringertem Arbeitseinsatz führen können. Darum ist durchaus möglich, dass Einsparungen via Entlassungen durch Zusatzkosten infolge Unzufriedenheit und innerer Kündigungen mehr als aufgewogen werden – zumindest

kurz- und mittelfristig. Wie nachhaltig sind solche Effekte? Kann es sein, dass sie über die kurzfristige Themenkonjunktur (zwei Politiker trennen sich von ihren Nokia-Handys) hinaus wirken?

Das führt mich zu noch einem Fragenkreis. Verfügt die Soziologie über prognostisches Wissen für solche Fälle? Anders gefragt: Wie hätte ein soziologisch informiertes Management gehandelt? Vielleicht wäre die Verlagerung anders abgewickelt worden, vielleicht hätte man darauf verzichtet – wie auch immer. Mich interessiert hier weniger das Ergebnis, sondern das Gedankenexperiment: Wäre soziologisches Wissen verfügbar, das auf solche Entscheidungen einen Einfluss haben könnte? Die Frage ist keineswegs so anstößig, wie manche vielleicht meinen. Denn für ein eindeutiges moralisches Urteil über die Betriebsverlagerung fehlt jede Grundlage. Es ist ja keineswegs klar, ob die Verlagerung der Jobs wünschenswert ist oder nicht. Das hängt – siehe oben – ganz von der Perspektive ab. Aber es könnte ja sein, dass die exklusive Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kriterien Konflikte erzeugt, ohne Konfliktkosten zu berücksichtigen, darum eine irrationale Entscheidung anleitet und damit beide, Belegschaft und Betrieb, schädigt.

Apropos Geld. Vor ein paar Wochen ruft mich der Bildungsbeauftragte eines Versicherungskonzerns an. Eine Einladung zur Mitarbeiterfortbildung. Und ob denn die Höhe des Honorars für mich wichtig sei. Man müsse nämlich mit den anvertrauten Geldern sparsam umgehen. Ich war leider nicht schlagfertig. Nein, hätte ich sagen sollen, Ihren Mitarbeitern etwas erzählen zu dürfen, ist mir Befriedigung und bedeutet einen solchen Reputationsgewinn, dass ich gerne ein Wochenende in einem Schulungszentrum irgendwo am Lande verbringe. Tatsächlich habe ich leider nur lustlos Terminnöte vorgeschützt. Kann mir jemand erklären, warum in der Regel davon ausgegangen wird, dass Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler für solche Auftritte fast nichts verlangen? Weil man sie für so wohlhabend hält, dass Geld keine Rolle spielt? Weil man ihnen ein solches Interesse an der Sache unterstellt, dass sich die Motivation durch ein Honorar erübrigt? Oder weil man sie für so arme Hunde hält, dass sie sich über jeden Betrag freuen? Wie auch immer. Ich appelliere an Ihre Unbescheidenheit, vor allem im Interesse jener Kolleginnen und Kollegen, die auf Honorare wirklich angewiesen sind. Übrigens, im eigenen Namen Honorare zu verhandeln, fällt vielen nicht leicht (mir zum Beispiel). Vielleicht sollten wir dafür eine Agentur gründen.

Ihr
Georg Vobruba

Grenzen der disziplinären »Ökumene«

Zur fundamentalen Differenz
von Jugendsoziologie und Pädagogik

Ronald Hitzler

1. (De)formations professionelles

Auf ihrer neuen Professur für Soziologie »unter besonderer Berücksichtigung des Kompetenzerwerbs« an der Exzellenz-Universität Karlsruhe ist Michaela Pfadenhauer gehalten, mit Blick auf Forschungsideen auch Möglichkeiten interdisziplinärer Kooperationen innerhalb der Hochschule auszuloten. Folglich hat sie einer Kollegin aus der Sportpädagogik ein Projektvorhaben über »Trainingsinteressen jugendlicher Fitness-Sportler« und ihre auf Voruntersuchungen in einer einschlägigen Studio-Kette abgestützte These vorgetragen, die meisten der jugendlichen Fitness-Sportler beiderlei Geschlechts wollten anscheinend vor allem anderen ihr Aussehen »verbessern«. Während für die Soziologin damit Fragen wie die nach dem Warum, dem Wie und dem Woraufhin der »Verbesserung des eigenen Aussehens« nahe lagen, äußerte die Pädagogin dezidierte Vorbehalte gegen dieses pädagogisch »bedenkliche« (nicht etwa: bedenkenswerte) Trainingsmotiv.

Diese kleine Anekdote transportiert meines Erachtens in nuce die ganze Problematik der Verständigung oder gar der Synergieeffekte zeitigenden Zusammenarbeit von Jugendsoziologen und Pädagogen – wobei ich empirisch arbeitende ebenso wie theoretisch reflektierte Erziehungswissenschaftler hier dezidiert nicht zu den Pädagogen zähle, sondern zu den Sozialwissenschaftlern. Damit folge ich, sozusagen unter umgekehrten Vorzeichen, Herman Giesecke (2004) der, mit völlig anderen Inten-

tionen, konstatiert hat, die empirische Forschung in der Erziehungswissenschaft missachte die Pädagogik, weil sie dieser kein handlungsorientierendes Praxiswissen (mehr) bereitstelle. Pädagogisch relevantes Praxiswissen ist demnach so etwas wie eine erfahrungsgesättigte Ansammlung von Gewissheit(en) darüber, was für die zu erziehende Klientel richtig und wichtig sei. Anders formuliert: Pädagogen *müssen* – ihrer (de-)formation professionelle nach – ebenso zwangsläufig wie selbstbewusst werteverhaftet und in diesem Verstande letztlich Moralisten sein, sonst können sie nicht pädagogisch wirken (in welche Richtung von Erziehungsidealen auch immer). Jugendsoziologen *müssen* – ihrer (de-)formation professionelle nach – Amoralisten oder zumindest allen wo und wie auch immer vorfindlichen Moralismen gegenüber zumindest indifferent sein, sonst können sie vielleicht zwar Jugend erforschen, aber gewiss nicht mit jenem soziologischen Blick, der es rechtfertigt, gesellschaftlich subventioniert zu werden. Diese vermutlich dreist wirkende Behauptung versuche ich im Folgenden zu erläutern.

2. Der soziologische Blick

Als Robert Ezra Park konstatierte, »a moral man cannot be a sociologist« meinte er damit nicht etwa, dass moralische Menschen keine Soziologen werden können. Dieses Statement des großen Pioniers der Chicago School weist uns vielmehr darauf hin, dass man seine wie auch immer gearteten Moralismen, die jeder von uns mit sich trägt, soweit wie irgend möglich »an der Garderobe« abgeben sollte, während man soziologische Feldforschung betreibt. Und eben deshalb hat er, wie etwa Roland Girtler (2004: 82) kolportiert, auch so verärgert reagiert, als er gefragt wurde, ob er in einem bestimmten städtischen Problemfall etwas Gutes getan habe. Natürlich hat er das nicht getan. Park war ein Soziologe und als solcher eben dezidiert *kein* (Sozial-)Pädagoge.

»Not a damn thing« zu tun, das aufgrund welcher Wertsetzungen auch immer etwas aufgrund welcher Kriterien auch immer als gut Gemeintes bewirken soll, das entspricht ziemlich dem, was bekanntlich schon Max Weber (1973) als Maxime der »Werturteilsfreiheit« bezeichnet: Das – möglichst gänzliche – Absehen von den Wünschen und Zielen und insbesondere von den moralischen Vorstellungen dessen, der sie trifft, in einer (so-

zial-)wissenschaftlichen Aussage. Gerade Wissenschaften, die sich mit dem menschlichen Leben und Zusammenleben beschäftigen, haben Weber zufolge danach zu fragen, was war, was ist, warum das, was war und ist, so war und ist, wie es war und ist, und was möglich bzw. was eben nicht möglich ist – aber nicht danach, was sein *sollte*. Was sein *sollte*, ist laut Weber bekanntlich eben *keine* wissenschaftliche, sondern vielmehr eine wertende bzw. moralisierende Frage.

Und hierin liegt meines Erachtens auch bereits der entscheidende Unterschied zwischen Pädagogik und Jugendsoziologie: Wer Jugendforschung *wissenschaftlich* betreiben will, ist sozusagen gehalten, *als Soziologe* sich etwelcher Ratschläge für ein *wünschenswertes* juveniles und intergeneratives Zusammenleben und für *gute* (oder jedenfalls für bessere) Formen von jungendlichem Selbstverständnis und Verhalten – en gros und en detail, individuellem ebenso wie kollektivem – zu enthalten und, mit Bezug auf die Webersche Maxime, seine jeweiligen eigenen Werthaltungen so entschieden wie möglich auszuklammern. Wer seinen mitgebrachten Erwachsenenverstand demgegenüber im Feld nicht suspendieren mag oder kann, den dürfte die, aus der Fernseh- und Filmserie »Star Trek« geborgte, meines Erachtens (auch) oberste ethnographische »Direktive« »Nothing has to be done!« eher missmutig stimmen, denn sie kratzt an Weltgewissheiten und verwirrt vor allem pädagogische Impetús.

Bei der Aneignung des soziologischen Blicks geht es also um nicht weniger als um eine grundlegende Veränderung der Perspektive, aus der heraus wir uns üblicherweise in der Alltagswelt orientieren. Es geht gleichsam um eine Desorientierung gegenüber dem »Gewohnten«. Das bedeutet aber nicht etwa, dass jugend- und jugendkultursoziologische Forschung irgendwelche umstürzenden Entdeckungen in Aussicht stellen würde. Im Gegenteil: Jugendsoziologen befassen sich typischerweise mit dem ganz alltäglichen Zusammenleben von Menschen, die, welchen Kriterien nach auch immer, eben als Jugendliche gelten. Jugendsoziologische Kategorien machen auch nur dann Sinn, wenn sie sich verständlich auf die Interaktionen und Kommunikationen beziehen lassen, die Jugendliche in ihrem Alltag verwenden. Infolgedessen reagieren gerade Jugendliche auf soziologische Einsichten in ihr Leben und Zusammenleben nicht selten damit, dass sie sie als banal bezeichnen, weil sie den Eindruck haben, sie hätten das alles vorher schon gewusst – jedenfalls irgendwie.

3. Einige Notizen aus der soziologischen Jugend-Kultur-Forschung

Zumindest in der soziologischen Jugend-Kultur-Forschung, die *wir* betreiben (vgl. z.B. Hitzler et al. 2005; Hitzler, Pfadenhauer 2005 und Pfadenhauer 2005; vgl. auch unser Internet-Portal www.jugendszenen.com), geht es aber absichtsvoll und ganz wesentlich um Präzisierungen einer Vielzahl solcher irgendwie gewussten Sachverhalte und um deren Relationen und Relativitäten. Vereinfacht gesagt: Wir schauen nicht bzw. jedenfalls nicht vor allem dort hin, wo Jugendliche wem auch immer als ratlos, überfordert oder sonst wie »hilfebedürftig« erscheinen, sondern eher und vor allem zunächst einmal da hin, wo sie sich (scheinbar) ganz sicher sind. Das heißt, wir fokussieren – vor allem anderen – die Frage, wie Jugendliche zu wissen meinen, was wirklich und was nicht wirklich ist; wie Jugendliche zu wissen meinen, was richtig und was falsch ist; wie Jugendliche zu wissen meinen, was gut und was böse ist; wie Jugendliche zu wissen meinen, was man wollen und was man ablehnen soll usw.

Denn auch und nicht zum wenigsten (sondern eher am dezidiertesten) Jugendliche beziehen und berufen sich auf Moralen und Moralismen, bzw. aktueller ausgedrückt: auf Werte und Normen. Das heißt: Jugendliche haben auch und vielleicht gerade »heute« sehr wohl verbindliche Orientierungspunkte. Allerdings sind diese Orientierungspunkte oft nicht mehr in einem transzendenten Wertekosmos, ja vielfach nicht einmal mehr in gesellschaftlich tradierten Wertekonsensen verankert. Dass aber lebensstil- und gruppierungsspezifische, teilzeitliche und zeitweilige Wert-Haltungen – und zwar zumeist eben ausgesprochen dezidierte Wert-Haltungen – gerade für Jugendliche (nachgerade jeglicher Provenienz) symptomatisch sind, zeigen so gut wie alle spezielleren sozialwissenschaftlichen Jugendkultur-Studien – (fast) unabhängig von der jeweiligen methodischen Vorgehensweise. Und selbst weltanschaulich vor-aufgeladene (Auftrags-)Untersuchungen fördern beim juvenilen Gegenstand ihrer Interessen weniger Null-Wert-Optionen als vielmehr Fehl-Wert-Attitüden bzw. andersartige – oder im (neuen?) Jargon von Kardinal Meissner vielleicht sogar »entartete« – Moralen zutage. Diese Moralen bleiben allerdings mehr oder weniger unsichtbar, wenn man mittels wie auch immer überkommener Werte-Raster und/oder in einer unreflektierten Attitüde normativer Selbstgewissheit nach ihnen fahndet. In dem Maße, in dem man ihnen hingegeben in einer Haltung moralischer *In*-Diffe-

renz begegnet, werden sie augenfällig – als mehr oder weniger in sich stimmige ›Systeme‹ von Ansichten und Anweisungen für eine als »richtig«, »gut«, »wünschenswert« deklarierte Art, zu leben (vgl. Luckmann 1998).

Um das Gemeinte lediglich – sehr stark komprimiert und vereinfacht – an drei Beispielen anzudeuten, die wir beim DGS-Kongress 2000 in Köln schon einmal genauer dargestellt haben (vgl. Hitzler, Pfadenhauer 2001): Das moralische Orientierungsangebot der *Techno-Party-Szene* verweist wesentlich auf das Ideal einer sich im faktischen Vollzug sozusagen von selbst verstehenden und mithin per se friedfertig-solidarischen Gemeinschaft globalisierter Individualisten, die sich in außeralltäglichen Zeit-Räumen unter dem Primat der Allen-ihren-Spaß-ermöglichenden Spaß-Teilhabe konstituiert. Das moralische Orientierungsangebot der *HipHop-Szene* hingegen verweist wesentlich auf die Idee einer »neuen Generation«, die auf ihre als sozial bedingt verstandenen biographischen Befindlichkeiten aufmerksam und ihre daraus resultierenden kollektiven Ansprüche nach außen geltend machen und ihre je individuellen Ansprüche zugleich auch nach innen im Rahmen harter, aber fairer ›battles‹ durchsetzen muss. Das moralische Orientierungsangebot der *Gothic-Szene* schließlich verweist wesentlich auf die Idee einer jungen Elite von Sinnsuchern, Rätsellösern und Wahrheitssehern, deren kollektive Selbststigmatisierung im Verfolg eines »wanderen« Schönheitsideals ihre geistesadlige Seelenverwandtschaft nicht nur manifestieren, sondern nachhaltig befördern und vertiefen soll. Wieder auf einen Nenner gebracht erweisen sich zumindest aus der hier protegierten soziologischen Sicht nicht nur diese drei, sondern tatsächlich alle (von uns erkundeten) Jugendszenen – also auch und nicht zum wenigsten die aus Pädagogensicht »problematischen« (Rechte Skins, Hooligans, Junkies usw.) – als überaus vitale Moral-Institutionen – nicht nur im Hinblick auf das je eigene Leben, sondern auch im Hinblick auf mögliche Aspekte eines guten bzw. besseren Lebens miteinander.

Das zu erkennen – und vor allem das als eigen-sinnig so-seiend anzuerkennen –, impliziert nun jene grundsätzliche moralische Abstinenz (und vermutlich auch eine gewisse »ironische« Distanz zu sich selber), jene »Attitüde der künstlichen Dummheit« (Hitzler 1986), die das prägt, was ich eben den »soziologischen Blick« zu nennen vorgeschlagen habe. Die so verstandene künstliche Dummheit verfremdet absichtsvoll das auf die moral-praktischen Belange des gelebten Lebens abgestellte, mitgebrachte Erwachsenenwissen und ermöglicht so eine affirmative(re) Beschreibung

jugendkultureller Welten. Sie ermöglicht aber selbstverständlich auch (und darum vor allem geht es ja hier) die distanzierte Beobachtung und Analyse von so genannten professionellen Wissensbeständen – wie hier z.B. dem von Pädagogen (welche ich, nochmals, nicht mit empirisch und theoretisch arbeitenden Erziehungswissenschaftlern zu verwechseln bitte).

4. »Programm und Auftrag« der Pädagogik

Pädagogen benötigen sogenanntes *Praxiswissen*. Damit gemeint ist »ein Wissen, das pragmatisch auf den Umgang mit der Umwelt ausgerichtet ist« (Braun 1972: 344). Das Interesse beim Betreiben von Sozialwissenschaft (einschließlich Erziehungswissenschaft) hingegen zielt primär auf *Deutungswissen*. Pädagogische Praxis und sozialwissenschaftliche Theorie aufeinander zu beziehen, ist Aufgabe des Betriebens pädagogischer Theorie. Pädagogen legitimieren sich professionell dadurch, dass sie ihre Erkenntnisse an die Praxis zur *Lösung* praktischer Fragen zurückvermitteln. Pädagogik als *Handlungsform* soll typischerweise *verändernd* in die Praxis eingreifen. Als *Wissenschaft* soll sie, wenn ich das als wissenschaftlich deklarierte »Programm« der Pädagogik richtig verstehe, die Ziele und die Voraussetzungen eines solchen Eingreifens klären.

Sozialwissenschaftliche Analysen können Pädagogen Hinweise für die Formulierung erziehungsrelevanter Kategoriensysteme bieten. Die Formulierung dieser Kategoriensysteme bleibt aber Aufgabe und eigenständige Leistung pädagogischer Theoriebildung. Für eine als Handlungswissenschaft sich verstehende Pädagogik kommt speziell der soziologischen »Attitüde der künstlichen Dummheit« gleichwohl eine besondere Bedeutung zu, weil *vor* etwelchen erzieherischen Maßnahmen ein tatsächlich vorurteilsenthaltender Blick auf den Alltag der handelnden Subjekte – hier also der Jugendlichen –, auf die Strukturen ihres alltäglichen Handelns und auf die Verständigungsprozesse zwischen ihnen sicherlich sinnvoll sein dürfte, wie ich im weiteren zu zeigen versuchen werde:

Das Ziel, an dem sich Pädagogen in der Arbeit mit ihren Klienten (hier: Jugendlichen) in der Regel orientieren, kann man als *Stärkung der Handlungskompetenz der Klienten* (also der Jugendlichen) bezeichnen. Dies bedeutet, dem (jugendlichen) Klienten Vertrauen in sich selbst, das heißt, in die Wirksamkeit seiner Situationsdefinitionen und Interpretationsmuster zu

vermitteln. Dies setzt aber voraus, dass der Pädagoge sich zunächst einmal »bemüht« (was immer das implizieren mag), seine Klienten, hier wieder: die Jugendlichen, in deren Wirklichkeit(en), das heißt, mit Blick auf deren *Definitionen von Wirklichkeit* zu verstehen. Diese methodologische Grundorientierung ist grosso modo gemeint, wenn in der (Sozial-)Pädagogik von »Lebensweltorientierung« die Rede ist (Thiersch 2005; vgl. zur Anwendung und Weiterentwicklung auch die Beiträge in Grunwald, Thiersch 2004). Lebensweltorientierung bezeichnet hier also einen kategorialen Rahmen. *Konkrete pädagogische Maßnahmen*, die diesen Rahmen ausfüllen können – wie Stärkung von Handlungskompetenz, Etablierung von Vertrauen, Verstehen und Verständigung –, müssen jedoch in der Pädagogik selber entwickelt werden. Der Rekurs auf einen lebensweltanalytisch interessierten »soziologischen Blick« (vgl. z.B. Hitzler, Eberle 2000, Honer 2000) ist für die Pädagogik mithin von – allenfalls – begrenzter programmatischer Relevanz. Mehr zu erwarten, hieße die Funktion soziologischer Theorien für pädagogische Theoriebildung überzubewerten und überzustrapazieren.

Der gesellschaftliche Auftrag an die Pädagogik als einer sozialen Institution ist die im Sinne »der Gesellschaft« gelingende (Re-)Sozialisierung. (Re-)Sozialisierung meint (Wieder-)Eingliederung in die Gesellschaft. Als (re-)sozialisiert gilt, wer Situationen *in gesellschaftlich akzeptierter Weise* definiert. Das heißt, die gesellschaftliche Aufgabe der Pädagogik ist immer auch Anpassung an die – wie auch immer definierbaren – gesellschaftlichen Erfordernisse. Ihrem typischen Selbstverständnis nach aber versuchen Pädagogen, zwischen (gesamt-)gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen bzw. gruppenspezifischen Bedürfnisstrukturen zu vermitteln. Dabei gehen sie wiederum davon aus, dass eigene Definitionen nur zur Geltung bringen kann, wer in der Lage ist, Situationen adäquat zu definieren. Und eben dies zu können, gilt ihnen dann als Handlungskompetenz. Der typische Klient des Pädagogen besitzt (*vor* seiner pädagogischen »Bearbeitung«) diese Kompetenz – angeblich – *nicht* bzw. nicht in hinreichendem Maße. Allerdings befindet über die Frage, welche Situationsdefinition als adäquat gelten darf, symptomatischerweise nicht der Klient, hier also: nicht der Jugendliche, sondern im unreflektierten Falle der mit konsensuellem »gesundem Menschenverstand«, im reflektierteren Falle der mit professionellem Sonderwissen operierende Pädagoge. Ziel pädagogischer Intervention ist die – wie auch immer geartete – Herstellung bzw. Stärkung einer dergestalt (implizit) »verordneten« Handlungskompetenz.

Formuliert man dementsprechend ein generelles Erziehungsziel, so stellt sich notwendig die Frage nach dessen *Legitimation*. Oder als Frage formuliert: Welche Argumente lassen sich eigentlich für das Erziehungsziel »Stärkung von Handlungskompetenz« anführen? – Nun, prinzipiell geht es darum, beim zu Erziehenden (hier also: beim Jugendlichen) die Teilnahme an »normalen« Interaktionen zu ermöglichen bzw. zu gewährleisten. Darüber hinaus muss Pädagogik *als Wissenschaft* aber auch Antworten auf die Frage finden, was sie berechtigt, ihren Klienten Interpretationen zu vermitteln, die deren vorgängige Selbstverständlichkeiten, deren vorgängige Alltagsgewissheiten problematisieren. Denn da es in der Pädagogik, anders als in der Soziologie, letztendlich eben nicht nur um (werturteilsenthaltendes) Deutungswissen geht, sondern um normatives Praxiswissen, kann sie ihre (re-)sozialisatorischen Maßnahmen letztlich auch nur *politisch* und *moralisch* begründen: Die Legitimation der Entscheidung, pragmatisch als »adäquat« angesehene Wissensbestände und Handlungskonzepte zu vermitteln, ist in der – empirisch durchaus aufweisbaren – Maßgabe begründet, dass ohne eine solche Vermittlung die Klienten ständig aufs Neue Objekte besonderer, insbesondere: negativer Etikettierungen werden. Dass sie dies nicht werden *sollen*, lässt sich aus der Interaktionslogik selber aber selbstredend *nicht* begründen. Die Entscheidung, diese Emanzipation (qua pädagogischer Direktive – die selbstredend auch dezidiert als »non-direktiv« deklariert werden kann –, vulgo also: durch Erziehung) doch zu wollen, lässt sich folglich sehr wohl *politisch* und *moralisch*, nicht jedoch *wissenschaftlich*, und schon gar nicht in irgendeinem Sinne (jugend-)soziologisch legitimieren.

5. Fazit

Die Zusammenarbeit von (theoretisch reflektierter) empirischer Erziehungswissenschaft und sonstiger (theoretisch reflektierter) empirischer Sozialwissenschaft würde ich nicht als interdisziplinäres Problem begreifen wollen – ja eigentlich gar nicht als Problem ansehen, weil empirische Erziehungsforschung nichts anderes ist als *eine thematische Spezialisierung* unter vielen anderen der empirischen Sozialforschung schlechthin. Es mag zwar plausible historische, politische und pekuniäre Gründe dafür geben, dass die empirische Erziehungsforschung in pädagogischen und nicht in sozial-

wissenschaftlichen Instituten und Fakultäten angesiedelt ist. Von der ›Logik‹ der Sache her aber gehört sie meines Erachtens *nicht* in die Pädagogik. (Auch) ansonsten muss ich hier schlussendlich sozusagen fach-fundamentalistisches Wasser in den Messwein disziplinärer ›Ökumene‹-Hoffnung (oder gar -Begeisterung) schütten: Für die Pädagogik hat die Soziologie meines Wissens die Funktion eines Hilfsmittels der Erkenntnis – und zwar eines Hilfsmittels, auf das vorzugsweise dann zurückgegriffen wird, wenn man mit Psychologie nicht (mehr) »weiterkommt«. Für die Soziologie – jedenfalls für die Soziologie in dem von mir vertretenen Verstande (vgl. dazu auch Hitzler 1997) – andererseits ist die Pädagogik kein Anwendungs-, sondern ein Beobachtungs- und Forschungsfeld (das von Pädagogen sozusagen chronisch zu wichtig genommen bzw. gesetzt wird). *Jugendsoziologisch* relevant ist die Pädagogik mithin nur in dem Maße, wie Jugendliche mit ihr zu tun haben, wie sie Teil der juvenilen bzw. jugendkulturellen Erlebenswelt ist. Ansonsten tangiert die Pädagogik keineswegs per se jugendsoziologische Erkenntnisinteressen – sondern eben die einer Soziologie der *Pädagogik*.

Literatur:

- Braun, W. 1972: Einführung in die Pädagogik. Köln: BBE-Verlag.
- Giesecke, H. 2004: Wer braucht (noch) Erziehungswissenschaft? Neue Sammlung, 44. Jg., Heft 2, 151–165.
- Girtler, R. 2004: 10 Gebote der Feldforschung. Wien: LIT.
- Grunwald, K., Thiersch, H. (Hg.) 2004: Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. München, Weinheim: Juventa.
- Hitzler, R. 1986: Die Attitüde der künstlichen Dummheit. Zum Verhältnis von Soziologie und Alltag. Sozialwissenschaftliche Informationen (SOWI), 15. Jg., Heft 3, 53–59.
- Hitzler, R. 1997: Perspektivenwechsel. Über künstliche Dummheit, Lebensweltanalyse und Allgemeine Soziologie. Soziologie, 26. Jg., Heft 4, 5–18.
- Hitzler, R., Bucher, T., Niederbacher, A. 2005: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute (Reihe ›Erlebniswelten‹, Bd. 3). Wiesbaden: VS (2., akt. Aufl.).
- Hitzler, R., Eberle, T.S. 2000: Phänomenologische Lebensweltanalyse. In: U. Flick, E. v. Kardorff, I. Steinke (Hg.), Qualitative Forschung – Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 109–118.

- Hitzler, R., Pfadenhauer, M. 2001: Unsichtbare Moralen? Zum ethischen Orientierungspotenzial von Jugendszenen. In: J. Allmendinger (Hg.), Gute Gesellschaft? Teil B. Opladen: Leske + Budrich, 823–837.
- Hitzler, R., Pfadenhauer, M. 2005: Unsichtbare Bildungsprogramme? Zur Entwicklung und Aneignung praxisrelevanter Kompetenzen in Jugendszenen. Düsseldorf: Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW.
- Honer, A. 2000: Lebensweltanalyse in der Ethnographie. In: U. Flick, E. v. Kardorff, I. Steinke (Hg.), Qualitative Forschung – Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 194–204.
- Luckmann, T. 1998: Gesellschaftliche Bedingungen geistiger Orientierung. In: T. Luckmann (Hg.), Moral im Alltag. Gütersloh: Bertelsmann, 19–46.
- Pfadenhauer, M. 2005: Ethnography of Scenes. Towards a sociological life-world analysis of (posttraditional) community-building. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [Online Journal] 6(3), Art. 43. Special Issue on ›The State of the Art of Qualitative Social Research in Europe‹, <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-05/05-3-43-e.htm>, (letzter Aufruf: 7.2.2008)
- Thiersch, H. 2005: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Weinheim, München: Juventa (6. Aufl.).
- Weber, M. 1973: Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In: M. Weber, Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik. Stuttgart: Kröner, 186–262.

Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt

Heinz Steinert

Die Universität hat mit dem Gefängnis gemeinsam, dass die Reform in ihr kein krisenhafter Ausnahmezustand ist: Sie gehört vielmehr zu ihrem normalen Funktionieren. In den etwa 30 Jahren, die ich in diesem Geschäft verbracht habe, ist die aktuelle, je nachdem, wie man zählt, die dritte oder vierte Studienordnung, an der ich mitgeschrieben habe. Dauer der Reform jeweils etwa drei Jahre, Aufregung darum enorm, Ergebnis ambivalent. So viel radikaler als etwa die seinerzeitige Einführung des Diploms Politikwissenschaft oder die Wieder-Einführung des Magister Soziologie ist, trotz der rabiaten Rhetorik, die derzeitige Einführung von BA/MA auch wieder nicht. Eher ist sie ein kleiner Schritt, in dem widerwillig die gegebene Praxis in die neue Form und Rhetorik übersetzt wurde. Auch die nächste Reform kommt also bestimmt. Unsere Aufgabe ist es, klug darauf zu achten, dass die Schäden für die Wissenschaft in den kurzen Zeiten zwischen den Reformen möglichst gering bleiben und reversibel sind.

Eine wissenschaftsferne Reform aus dem Geist der
Verwaltung und der politischen Schaumschlägerei

Wer sich an die Anfänge der jetzigen »Reform« erinnert, weiß noch, dass es dabei um ein Sparprogramm und jedenfalls die Verweigerung von Geld-einsatz für die zunehmend nachgefragten und daher studentisch über-

bevölkerten Universitäten (und gleichzeitig die Schulen) ging. Wer die Universität kennt, wusste und weiß, dass eine Ausweitung und Neugründungen so wie in den 1970er Jahren nötig und einzig wirksam wären, um die überstrapazierte Einrichtung zu sanieren. Die Politik verweigerte genau das und versuchte stattdessen, bei stabilen oder möglichst gesenkten Kosten Mehrarbeit unter den weiter verelendeten Bedingungen zu erzwingen. Sie tat das zunächst durch Professorenbeschimpfung, erkannte dann aber schlau, dass es viel wirksamer ist, die Studierenden selbst die benötigten Leistungen einfordern zu lassen, und spielte also die zwei Gruppen gegen einander aus. Die Planer bei Bertelsmann und in Europa, die das alles betriebswirtschaftlich anzugehen versprachen, nützten die Ratlosigkeit der Politik, um eine an den Glaubensartikeln von Markt und Management orientierte Struktur- und dann auch Studien-Reform durchzusetzen.

Zugleich waren der weiland Schröder-Regierung aber die im europäischen Vergleich niedrigen Akademiker-Zahlen zuwider. Das Kunststück von höheren Absolventen-Zahlen bei gleichzeitigem Sparprogramm versprach den in Statistik-Manipulationen ohnehin Erfahrenen die Mogelpackung des BA: Was bisher Vordiplom oder Studienabbruch gewesen war, sollte damit zum ersten akademischen Abschluss gemacht werden. Es entstand eine Reform von oben, ohne Beteiligung und gegen den Willen der Wissenschaftler, geboren aus Sparen, Betriebswirtschaftsreligion, Schwindel und Universitäts-Feindlichkeit und weiter getragen durch europäische Großmannssucht¹ und bürokratischen Vereinheitlichungswahn. Das Sagen hatten die Betriebswirte von Bertelsmanns Centrum für HochschulEntwicklung (CHE) und ihresgleichen, sowie und besonders die sich aufblühenden Wissenschafts- und Universitäts-Verwaltungen. Mit der gut gewählten Bezeichnung »Bologna-Prozess« wurde ein unabwendbarer Vorgang suggeriert. Wer sich diesem »bereits abgefahrenen Zug« entgegenstellen wollte, wurde von Anfang an als Don Quixote verspottet.

Im nächsten Schritt wurde mit der »Exzellenz-Initiative« noch eins draufgesetzt: Nun wurde endlich Geld für die Universitäten ausgegeben, aber gut neoliberal zur Förderung einer Polarisierung in wenige Reiche (»Klein-Harvards«) und viele Arme. Darüber hinaus geschah dies in der

¹ Anders sind die dauernden unpassenden Vergleiche der verelendeten deutschen Staats-Universitäten mit den wenigen superreichen Privatuniversitäten der USA, die dort der Oberschicht-Reproduktion dienen und daher gute Bedingungen bieten müssen, nicht zu erklären.

Forschung, die möglichst in Wirtschaftsförderung und zumindest Ansehensmehrung, also PR, resultieren soll, nicht aber in der Lehre, die das Stiefkind und unbearbeitete Problem bleibt, das sie ursprünglich war. Mit den »Exzellenz-Clustern« wurde auch innerhalb der einzelnen Unis die Möglichkeit einer Polarisierung in einige wenige prominente Forschungs-Professuren (»Leuchttürme«) mit reduziertem Lehrdeputat und ein Mittel-feld von gewöhnlichen Lehr-Professuren geschaffen, dazu einen Unterbau von Hochdeputats-Lehrenden, die weder forschen können noch sollen.² Zumindest für den BA wird die Verbindung von Forschung und Lehre damit aufgehoben.

Diese aus praktisch nur unsachlichen, externen Motiven und haarsträubender Wissenschafts-Ignoranz bis -Feindschaft resultierende Reform wird die meisten ihrer vielen Ziele nicht erreichen und Bildung wie Wissenschaft schädigen. Was sich als ihr bleibendes Ergebnis abzeichnet, wenn sich der Staub gesetzt haben wird, ist

a) für die Studierenden

- ein neuer Hochschulabschluss (BA), der nicht einmal in der Verwaltung, geschweige denn in der Wirtschaft, noch gar international anerkannt wird, sondern nach dem treffenden Wort eines Universitäts-Präsidenten vielmehr eine »Studienabbruch-Bescheinigung« darstellt,
- eine Verlängerung der durch Stundenpläne und Prüfungen infantili-sierten Phase des Heranwachsenden, und
- eine Verteuerung des Studierens;

² Am häufigsten verlangen die massenhaft ausgeschriebenen Positionen auf einer halben Stelle BAT II a, jetzt 13 TV-L, befristet auf zwei Jahre, dasselbe Ausmaß an Lehre, das von einer ganzen Professur erwartet wird, nämlich acht bis neun Wochenstunden. Anfangs gab es einzelne solcher Ausschreibungen, die – vermutlich aus gedankenloser alter Gewohnheit – noch hinzusetzten, es werde »Gelegenheit zu selbstbestimmtem wissenschaftlichem Arbeiten« geboten. Doktorat und also eigenständige Erfahrung mit wissenschaftlicher Forschung ist nicht Voraussetzung. Und natürlich werden (auch, und besonders?) hier Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt. (Vgl. die E-Mail-Debatte zu Lehrprofessuren und Lehrkräften für besondere Aufgaben in Heft 3/2007 der SOZIOLOGIE.)

b) als Folge der Verschulung des Studiums in der »Modularisierung«

- eine Senkung der Aufnahme-Kapazitäten der Hochschulen,
- ein Verzicht auf das Training in Flexibilität und Selbständigkeit in den bisher relativ frei gestaltbaren (geistes- und sozialwissenschaftlichen) Studienrichtungen, das wahrscheinlich das Beste war, was ein Studium bisher an Vorbereitung auf das Berufsleben vermittelte, und
- eine Erschwerung von Universitätswechsel und internationalem Austausch, die davor problemlos möglich waren: die Anrechnung von Modulen zwischen Universitäten ist schwieriger, als es die von einzelnen Scheinen war – die »Credit Points« machen nur die Menge der nachweislich aufgewendeten Zeit vergleichbar, nicht die studierten Inhalte;

c) für die ProfessorInnen

- die Abschaffung der Selbstverwaltung der Wissenschaft zugunsten einer Präsidial-Diktatur, die »Management« genannt wird, obwohl die Präsidien nach wie vor aus ProfessorInnen bestehen, die aus der Wissenschaft hinaus und in die Hochschul-Politik wechseln wollen und sich durch keinerlei Fähigkeiten auszeichnen müssen, die sie zur Führung eines Großbetriebs qualifizieren würden,
- eine Ausweitung der Verwaltung (inklusive der externalisierten neuen Burekratien der Akkreditierungs- und Evaluations-Agenturen, die aus den Universitäts-Budgets mitfinanziert werden müssen) und ihrer Macht, und
- eine Senkung der Professorengehälter bei höherer Arbeitsbelastung in der Lehre, sowie
- eine Spaltung des Lehrkörpers, wie man die Professorenschaft jetzt durchaus schon nennen kann, in
 - einige wenige Promis (mit verringertem Lehrdeputat),
 - eine mittlere Ebene von Profs, die mit Hilfe von zahllosen Drittmittel-Anträgen darum rangeln, irgendwann vielleicht in die privilegierten Positionen aufzusteigen, und
 - eine billige Hochdeputats-Unterschicht, die in der Lehre aufgeht.
- Nicht vergessen werden sollte schließlich der in erster Linie professorale Arbeitsaufwand, den die »Reform« verschlungen hat und den man an jedem einzelnen Fachbereich auf insgesamt viele hundert Arbeitswochen veranschlagen kann. Diese Kapazität wurde natürlich der Lehre und der Forschung entzogen.

- d) Der Mittelbau, bisher von der Dissertation bis zur Habilitation eine Stütze der Universität und ihrer eigenständigen, innovativen Forschung, kommt bei all dem ohnehin unter die Räder und wird zu dem, was die Verwaltungen schon lange in ihm sehen: in den Unis »Ausstattung« der Professuren, bei der DFG »Sachmittel« der Projekte.

Vorläufige Fallstudie einer Umstellung

Die Situation in den Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main im WS 07/08 bietet eine selten auftretende Bologna-Konstellation: In Politikwissenschaft wurde der BA (und MA) eingeführt, Diplom und Magister für Neuaufnahmen gesperrt, in Soziologie wurden Diplom und Magister beibehalten und BA/MA bisher verweigert. Da die beiden Fächer zumindest im Vordiplom und also auch im BA einigermaßen integriert sind, sich in diesen ersten beiden Jahren also das Fach relativ leicht wechseln lässt (durch den BA wird das erschwert), sind mit Blick auf die Studienfachwahl zwei Entwicklungen erwartbar. Studierende könnten einerseits dem viel strukturierteren BA zuströmen (und damit die befürchtete Orientierungslosigkeit vermeiden, die dem Diplom und Magister immer nachgesagt wurde) – dann müsste die Soziologie Studienanfänger an die Politikwissenschaft verlieren. Sie könnten andererseits dem BA ausweichen – dann müsste der umgekehrte Effekt eintreten. Gewöhnlich werden solche (wenn auch nur indirekten) Wahl-Situationen administrativ verhindert.

Diese Abschätzung ist freilich erschwert durch den NC in beiden Fächern, der allerdings fast nie ausgeschöpft wurde, aber wohl doch zu taktischen Mehrfach-Bewerbungen führt, und damit zu dem kuriosen Effekt, dass trotz mehrfacher Über-Bewerbung die NC-Aufnahmezahlen nicht ausgeschöpft werden, weil schon Zugelassene dann doch nicht kommen. Das alles macht es schwierig, die Zahlen von Bewerbungen wie von Zugelassenen zu interpretieren. Tabelle 1 zeigt zunächst das Gesamttabelleau der Studienanfänger, der Studienplätze und der Bewerbungen in den Wintersemestern von 2003/04 bis 2007/08.³

³ Ich danke Bettina Rösler, der Referentin im Studiendekanat des Fachbereichs, die mir diese Zahlen zur Verfügung gestellt hat.

	WS 2007/08			WS 2006/07			WS 2005/06			WS 2004/05			WS 2003/04		
	Aufnahmen	Plätze	Bewerbungen												
Diplom Pol	0			153	160	423	120	122	347	160	229	316	148	205	231
Magister Pol	0			62	80	277	74	74	281	62	74	329	109	133	223
Bachelor Pol	121	151	644												
MA Pol	2	35													
MA Internat Stud	6	35													
MA Pol Theorie	5	35													
Magister HF Soz	113	135	317	51	100	316	85	99	208	59	82	275	85	110	184
Diplom HF Soz	123	135	416	149	210	425	127	200	245	86	236	251	94	164	199
Summe Hauptfach	427			565			508			596			612		

Tabelle 1:
 Studienplätze, Bewerbungen und Erstsemester-Aufnahmen in den Hauptfächern Politikwissenschaft und Soziologie
 am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main 2003/04 bis 2007/08, Stand 30.10.2007

Am stärksten fällt zunächst die Senkung der verfügbaren Anfänger-Studienplätze zwischen Wintersemester 2006/2007 und 2007/2008 auf: in Politikwissenschaft von 240 auf 151, also auf 63%, in Soziologie von 310 auf 270, also auf 87%. Dass die BA-Kapazitätsrechnung die Zahl der Studienplätze senkt, liegt im Wesen der Sache, dass dabei zugleich die Kapazität im Diplom und Magister Soziologie rechnerisch abgesenkt (und also etwas von der seit vielen Jahren am Fachbereich bestehenden Über-Auslastung reduziert) wurde, ist ein Gewinn an Realismus, der gar nicht leicht, vielleicht als »Mitnahmeeffekt« in der Verwaltung, zu erklären ist.

Die Zahl der Neuaufnahmen in den BA in Politikwissenschaft hat sich aber über diese Kapazitäts-Absenkung hinaus fast halbiert (auf 56% reduziert). Entsprechend ist auch die Auslastung der verfügbaren Politikwissenschaft-Studienplätze von 99% im WS 05/06 über 90% im WS 06/07 auf 80% mit Einführung des BA im WS 07/08 gefallen.

Im Gegensatz dazu ist diese Auslastung in Soziologie (Magister plus Diplom) mit 87% die höchste der letzten fünf Jahre. Besonders hoch ist sie mit 91% im Diplomstudiengang Soziologie, obwohl in absoluten Zahlen die größte Steigerung bei den Magister-Anfängern zu sehen ist. (Dazu, dass die politikwissenschaftlichen MAs sehr in Maßen nachgefragt werden, sollte man zu diesem Zeitpunkt noch gar nichts sagen: Es gibt noch keine »eigenen« Leute, die einen MA wählen könnten, weil der Übergang mit Vordiplom/Magister-Zwischenprüfung administrativ verweigert wird. Die externe Bekanntheit muss sich wohl erst einstellen. Die im Modell unterstellte Mobilität der Studierenden ist bisher mehr Wunsch als Realität.)

Als erster Befund ist also festzuhalten: Der BA ist offenbar ein taugliches Mittel, um zunächst die Kapazität der Universitäten drastisch zu senken. Zusätzlich führt er zu einer geringeren Ausnützung dieser reduzierten Zahl von Studienplätzen. (In absoluten Zahlen: in Politikwissenschaft in Frankfurt von 215 auf 121 Studierende von WS 06/07 auf WS 07/08.) Auch der NC hatte bei seiner Einführung einen ähnlichen Effekt der antizipierten »Abschreckung«, so dass der administrative Zwang gar nicht eingesetzt werden musste.

Dass sich gleichzeitig die Auslastung der verfügbaren Studienplätze (Verhältnis der tatsächlichen Aufnahmen zur Zahl der per NC angebotenen Studienplätze) in Soziologie von 65% auf 87% und im Diplomstudiengang Soziologie von 71% auf 91% erhöht hat, kann sicher nicht nur mit dem Ausweichen der in Politikwissenschaft Abgewiesenen erklärt werden. Vielmehr kann man schon bei den Bewerbungen eine Verschiebung von

Politikwissenschaft zu Soziologie sehen (Tabelle 2). 2003/04 kamen etwa 8 Soziologie- auf 10 Politikwissenschaft-Bewerbungen, 05/06 waren es nur 7, im WS 07/08 sind es dagegen 11,4. Die Zahl der Bewerbungen ist in der Soziologie gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich geblieben, in Politikwissenschaft ist sie auf 92% gesunken (Tabelle 3). Gegenüber dem in beiden Fächern niedrigsten Stand von 2003/04 sind Bewerbungen für den Diplomstudiengang Soziologie auf 209%, also auf das Doppelte gestiegen, für Soziologie insgesamt auf 191%, für Politikwissenschaft auf 142%.

	WS 2007/08	WS 2006/07	WS 2005/06	WS 2004/05	WS 2003/04
<u>Soziologie</u>	<u>733</u>	<u>741</u>	<u>453</u>	<u>526</u>	<u>383</u>
Politikwissenschaft	644 =1,14	700 =1,06	626 =0,72	645 =0,82	454 =0,84
<u>Diplom Soziologie</u>	<u>416</u>	<u>425</u>	<u>245</u>	<u>251</u>	<u>199</u>
Politikwissenschaft	644 =0,65	700 =0,61	628 =0,39	645 =0,39	454 =0,44

Tabelle 2:

Verhältnis der Bewerbungen für Soziologie und Politikwissenschaft

am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

	WS 2007/08 WS 2003/04	WS 2007/08 WS 2006/07
Diplom Soziologie	<u>416</u> 199 = 209%	<u>416</u> 425 = 98%
Soziologie (Diplom und Magister)	<u>733</u> 383 = 191%	<u>733</u> 744 = 99%
Politikwissenschaft	<u>644</u> 454 = 142%	<u>644</u> 700 = 92%

Tabelle 3:

Entwicklung der Bewerbungen für Soziologie und Politikwissenschaft

am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

Bei den tatsächlichen Aufnahmen ist die Soziologie gegenüber dem niedrigsten Stand auf das etwa Eineinhalbfache gestiegen, Politikwissenschaft hingegen ist bei den Aufnahmen auf den niedrigsten Stand gesunken, unter die Hälfte des Höchststandes von 03/04 (s. Tabelle 1). Der Drang zur Politikwissenschaft hat nachgelassen, aber noch weit über dieses Sinken der Nachfrage hinaus wurden die tatsächlichen Zulassungen gedrückt, besonders radikal mit der Einführung des BA.

Das alles erlaubt bestimmt keine eindeutig schlüssigen Aussagen über die Beliebtheit von BA und Diplom- oder Magister-Studiengängen. Aber in aller gebotenen Vorsicht lässt sich sagen, dass die Frankfurter Zahlen jedenfalls nicht für einen besonderen Drang zum BA sprechen. Und sie sprechen für eine sicher nicht nachlassende, eher zunehmende Beliebtheit des Diploms bei den Studierenden – selbst bei den jetzt antretenden Studierenden, die eine Zeit ohne Bologna-Propaganda nicht mehr miterlebt haben.

Die Ergebnisse der laufenden und die Aufgaben der zukünftigen Reform

Als reines Sparprogramm betrachtet, war die Reform zunächst, so lange von ihr vor allem geredet wurde, durchaus ein Erfolg. Sie hat eine beachtliche »Rationalisierung« der Universitäten gebracht: In den 1990ern und bis heute konnten die Universitäten mit weniger Lehrpersonal mehr als doppelt so viele Studenten »durchschleusen« wie zehn Jahre zuvor. (Es ist bekannt, dass im Dienstleistungsbereich Rationalisierungsgewinne nur möglich sind, indem die Beschäftigten intensiver arbeiten und die Leistungen reduziert – auf »Selbstbedienung« umgestellt – werden.) Wie in anderen Bereichen auch wurden zudem Kosten von den staatlichen Trägern auf die privaten Nutzer überwält. Sobald die Reform aber tatsächlich greift, wird die Kapazitätsreduktion der Universitäten sichtbar, wenn diese nicht mehr mit bis zu 200% Überlast gefahren werden können. Damit ist nicht einmal sicher, dass die Schönong der Akademiker-Statistik gelingen wird. Und der BA wird Berufsmöglichkeiten allenfalls als Billig-Akademiker (der die Akademiker-Preise insgesamt drückt) eröffnen. Wer irgend kann, wird den MA und also das derart verlängerte und nun teure Studium absolvieren wollen.⁴

Soziologen neigen zu dem Denkmodell einer verallgemeinerten Verelendungstheorie, nach dem sich solche Reduktionen von Arbeits- und sonstiger Qualität irgendwann als ungünstig oder sogar unerträglich erweisen werden. Tatsächlich ist damit in den meisten der genannten Bereiche nicht zu rechnen.

⁴ Der hier programmierte Engpass könnte zu dem explosivsten Widerspruch der BA/MA-Struktur werden: Die Studierenden werden sich vielleicht die künstliche Knappheit und die Abweisungen nicht gefallen lassen.

Um bei den ProfessorInnen zu beginnen:

Die ProfessorInnen haben sich als umfassend anpassungs- und hinnehmebereit erwiesen. Dienstleistungsbetriebe haben es an sich, dass Arbeitsverweigerung ziemlich unmöglich ist, weil die Leistung von den Klienten unmittelbar eingefordert wird. Im Beamtenrecht wäre die einzig legale Leistungsverweigerung Dienst nach Vorschrift, und der ginge auf Kosten all der nicht im Lehrdeputat enthaltenen Besprechungen und Beratungen, die besonders Studierende der höheren Semester in der Betreuung ihrer Abschlussarbeiten bekommen – also der wenigen erfreulichen Kontakte zu ihnen. Im Übrigen ist die einzige Leistung, die ProfessorInnen folgenreich verweigern könnten, die Verweigerung von Prüfungen und der zugehörigen Bestätigungen und Berechtigungsscheine. Das aber würde umgehend von der Verwaltung disziplinarisch und von den Klienten gerichtlich eingeklagt und somit erzwungen. Und schließlich haben sich die einzelkämpferischen, hoch konkurrenten und narzisstischen Persönlichkeiten, die ProfessorInnen sein müssen, um in ihrer Tätigkeit zu reüssieren, noch nie durch besondere Fähigkeiten zu solidarischem Handeln ausgezeichnet. Außerdem traf sich der Zeitpunkt dieser »Reform« sehr günstig mit dem Zeitpunkt, zu dem die in der Reform der 1970er Jahre eingestellten, erfahrenen ProfessorInnen in Pension gingen. In den Jahren der »Reform« wurde etwa die Hälfte des Lehrpersonals ausgewechselt. Die Neuen mussten und müssen, um den Job überhaupt zu bekommen, die neuen Bedingungen akzeptieren.

Unfähige und schwierige Verwaltungen hatten Universitäten immer, auch als Kollegial-Organ. Die Kooperations-Blockaden unter KollegInnen können auch beachtlich sein. In der Selbstverwaltung konnte freilich niemand autoritär auftreten, Präsidenten tun das heute durchaus. Manche pflegen neben einem Mikro-Management durch jetzt mögliche Dauer-Eingriffe in die Entscheidungen der Fachbereiche eine byzantinische Hofhaltung, einen Politikstil des eingeforderten Wohlverhaltens und der demonstrativen Ehrerbietung mit der zugehörigen Vergabe von »Gunst« und Nichtachtung, der für diejenigen, die dreißig Jahre Selbstverwaltung hinter sich haben, gewöhnungsbedürftig ist. Aber wenn es keine andere Möglichkeit gibt, werden in Zukunft die meisten ProfessorInnen so wie höhere Angestellte in der Wirtschaft Intrige und autoritäres Auftreten, Buckeln und fingierte Unterwürfigkeit (vom Volksmund als »Radfahren« ins Bild gesetzt) zu praktizieren lernen.

Für die Qualität der Wissenschaft, die an den Universitäten möglich gemacht wird, ist die »Reform« wahrscheinlich fatal, zumindest in den Sozialwissenschaften. Aber das wird gesellschaftlich nicht auffallen. Der wissenschaftliche »Erfolg«, der neuerdings gemessen wird, und zwar an der Summe der »eingeworbenen Drittmittel« und an Kennziffern für Menge und interne Anschlussfähigkeit von Publikationen, also an der Passform für den Wissenschaftsbetrieb, wird sich trotzdem darstellen lassen. Andere Qualitäten entziehen sich so oder so der bürokratischen Registrierung und Beurteilung, die in Zukunft allein zählt.

Die zukünftige Reform wird hier vielleicht einige Übertreibungen an Verwaltungs- und Präsidial-Macht zurücknehmen (dabei werden auch die Gerichte hilfreich sein können), ansonsten aber den erreichten Zustand der allseitigen Reduktion der ProfessorInnen (mit Ausnahme weniger »Leuchttürme«) konsolidieren.

Damit zu den Studierenden und den Bedingungen des Studiums:

Die Verschulung des Studiums wird gemeinsam mit der Unbrauchbarkeit des BA-Abschlusses dazu führen, dass die ersten Jahre des Studiums als Verlängerung des Gymnasiums und Nachholen dessen, was dort nicht erreicht wurde, fungieren werden. Die eben laufende Einführung von »Hochdeputatsstellen« heißt ohnehin, dass es für diese Phase ein eigenes, dafür abgestelltes Lehrpersonal geben wird. Alle ProfessorInnen werden das mit Handkuss akzeptieren und sich gern auf die höheren Semester spezialisieren. Zugleich wird das Gymnasium um ein Jahr gekürzt. Es wird sich also ein Zustand einspielen, in dem der BA ein Verbindungsglied zwischen Gymnasium und Universität, tatsächlich eine Verlängerung des Gymnasiums ist. Man wird damit auch der Tatsache gerecht, dass man selbst mit dem abgeschlossenen BA auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr erreichen können wird als bis vor kurzem mit dem Abitur.

Aufgabe der nächsten Reform wird es wahrscheinlich sein, den BA auf zwei (statt jetzt gewöhnlich drei) Jahre zu reduzieren. Wenn es faktisch um eine Verlängerung des Gymnasiums geht, dessen letzte Jahre nun an der Universität absolviert werden, wird man sich per Saldo ein Jahr mehr schon leisten können, aber zwei Jahre mehr werden uns übertrieben scheinen. Diese zwei Jahre werden wir in einer eigenen College-Form von der eigentlichen Universität zunehmend abtrennen, besonders durch einen spezialisierten Lehrkörper mit einer gewissen, aber faktisch sehr begrenzten Durchlässigkeit nach oben. Die Universitäts-ProfessorInnen werden

dort gelegentlich vorbeikommen und eine Gast-Vorlesung halten, nicht mehr.

Damit bekommen wir Luft für einen mindestens dreijährigen MA, der wieder zum ersten und eigentlichen Universitäts-Abschluss wird. Möglicherweise wird die nächste Reform ihn wieder auf vier Jahre verlängern, zunächst faktisch, später dann auch geplant.⁵ Damit wäre dann einigermaßen der Zustand wiederhergestellt, den wir mit dem gut funktionierenden und jetzt mutwillig zerschlagenen Diplom und Magister schon hatten.

Interessant wird die Frage der durch die modularisierten Studiengänge verringerten Kapazitäten. Soweit man es bisher beobachten kann, ist die Reaktion auf die Einsicht, dass die neuen Berechnungen sichtbar machen, wie sehr wir bisher über Kapazität gearbeitet haben, entweder Hochziehen des NC oder Hinausprüfen im ersten Jahr (oder beides). Manche Studiendekane träumen davon, diese Sichtbarkeit werde die Politik zwingen, neue, zusätzliche Stellen zu finanzieren. Andere (oder dieselben) träumen auch davon, damit würde nur die Zahl der Studienanfänger, nicht die der AbsolventInnen reduziert. Durch die Verschulung (und vermutlich eine erträumt treffsichere Auswahl der BewerberInnen) würden alle, die aufgenommen werden, auch abschließen.

Für die Politiker wäre das die Lösung des Problems, dass wir in den OECD-Statistiken um die Akademiker-Quoten wetteifern, aber gleichzeitig an den Bildungsbudgets sparen möchten. Sie wird nicht zu hundert Prozent so aufgehen, aber vielleicht ist es möglich, den Andrang der Anfänger nicht nur auf andere Universitäten zu verschieben – was derzeit durch einen scharfen NC geschieht –, sondern auch Studierwillige daran zu hindern, es überhaupt an einer Universität oder Fachhochschule zu probieren. Falls darunter tatsächlich viele sind, die unter heutigen Bedingungen vorzeitig aufgegeben hätten, wäre es damit wieder gelungen, Kosten zu privatisieren: Die Zwischenzeit, bis diese jungen Leute den Job finden, der ihnen gefällt, müsste dann nur durch »Jobben« (was viele Studenten genauso tun) überbrückt werden, ohne den Status »StudentIn«, der einige Absicherung und vielleicht sogar nützliche Erfahrung gibt.

⁵ Denselben Effekt könnte man auch erreichen, indem man den BA verlängert und ihn damit wieder zum Äquivalent des Diploms/Magisters und also zur Einführung in die jeweilige wissenschaftliche Disziplin statt zu einer fiktiven Berufsausbildung macht. Schon aufgrund der Spaltung der Professorenschaft in ein Hochdeputats-Proletariat und eine Niedrigdeputats-Elite ist aber die andere Entwicklung wahrscheinlicher.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, dass die Verringerung der Kapazität der Universitäten zwar zu Enttäuschungen (und höheren Lebenshaltungs- und psychischen Kosten) bei den Abgewiesenen, aber durchaus nicht zu irgendwelchen auffälligen »Krisen« führen wird. In diesem Sinn ist die verpatzte Universitätsreform nur eine weitere Facette der Unfähigkeit von Politik, angemessen mit der neuen Situation des Lohnarbeitsmarktes im globalisierten Neoliberalismus umzugehen. Die Gesellschaft wird auch diese Stümperei aushalten und abfedern – was bleibt uns sonst übrig? Die Bevölkerung kann nicht anders streiken als durch Desinteresse an der Politik und ihren Einrichtungen – und das demonstriert sie ohnehin schon zur Genüge.

Die nächste Reform wird sich in den Sozialwissenschaften um einen Neuaufbau des universitären Haupt-Studiums nach Reduktion und Abspaltung des BA und um die Wissenschaft und ihre Infrastruktur kümmern können und müssen. Leicht wird es nicht sein, den Schaden über die Zeit bis zur nächsten Reform gering zu halten. Gefährdet ist vor allem die Identität der wissenschaftlichen Disziplinen, die in »Exzellenz-Cluster« und ausdifferenzierte MAs mit Pseudo-Marktgängigkeit (auch auf dem akademischen »Markt«) zerlegt werden. Gefährdet ist die Qualität der Forschung, die sich auf »beantragungsgerechten« und »begutachtungssicheren« Projekt-Mainstream mit schnell und sicher publizierbaren Ergebnissen zusammendrängen wird. Gefährdet ist die Rest-Solidarität einer Professorenschaft, die zur Konkurrenz angehalten und zum Erlernen einer Politik des Intrigierens gezwungen wird. Gefährdet ist die Verbindung zwischen Forschung und Lehre und damit Wissenschaftlichkeit als das orientierende Zentrum aller Aktivitäten an der Universität.

In der nächsten Reform werden jene Fachbereiche einen Vorteil haben, die es mit der Abschaffung der Magister- und Diplom-Ordnungen nicht ganz so eilig hatten, die jetzt besonders auf die Intaktheit ihrer Disziplin im Studium geachtet haben.

Den Wissenschafts-Verwaltern und -Reformern aber wäre – machiavelistisch – zu raten, als nächste Drehung der Schraube mit der inhaltlichen Vergleichbarkeit von Studiengängen und ihren Modulen zwischen Universitäten und natürlich Ländern und Staaten endlich Ernst zu machen. Bisher hat ja jeder Fachbereich einfach seine eigenen Module erfunden. Nach der Logik des Modul-Denkens ist es aber unerlässlich, hier Einheitlichkeit zu

erzwingen: Ein Modul muss sich überall einsetzen lassen, ohne dass man etwas davon wissen müsste, was in der black box drin ist. Dass das bisher verabsäumt wurde, ist nur daraus zu erklären, dass damit der Widerstand gegen das Umschreiben der Studienordnungen zu groß geworden wäre. Aber jetzt, nachdem sich praktisch alle dem Bologna-Diktat unterworfen haben, ist es Zeit, diese nächste Runde der Reform zu beginnen: Die Vereinheitlichung der Module erfordert eine neue, europaweite Bürokratie mit ungeahnten Möglichkeiten für kleinliche Vorschriften, deren Einhaltung wieder von neuen Behörden überwacht werden muss, dazu erst einmal jahrelange Bemühungen um Musterordnungen mit zahlreichen Konferenzen und sonstiger Reisetätigkeit, Entwürfen, Kompromissen, Übersetzungsproblemen und allem, was sonst noch Europa-Verwaltung schön macht. Niemand wird jetzt noch ein Argument gegen die Umwandlung der Studienordnungen in Lehrpläne von gesamt-europäischer Gültigkeit haben können. Schließlich dient das alles nur der Mobilität der Studierenden und damit der Völkerfreundschaft.

Daran könnte sich als nächster kreativer Schritt die Einführung von europäischen Zentral-Prüfungen und lokal vielleicht die Einrichtung von Prüfungs-Professuren anschließen. Auch dafür wird man unter den vorhandenen ProfessorInnen einige Zustimmung organisieren können, in den Verwaltungen und Präsidien ohnehin.

Wenn wir den Wissenschafts-Verwaltern nicht mit klügeren Initiativen zuvorkommen, die vor allem inhaltlich an den Voraussetzungen für gelebte Wissenschaftlichkeit orientiert sind, wird die nächste Reform der Universitäten etwas von dieser Bürokratie-Erweiterungs-Art sein.

Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen

34. Kongress der DGS in Jena, 6. bis 10. Oktober 2008

Termine

25. April 2008 Meldung der ReferentInnen (Thema, Name, Anschrift, E-Mail) der Sektionsveranstaltungen durch die SektionsprecherInnen an die lokalen Veranstalter in Jena
30. April 2008 Einsendeschluss für die Exposés an die JurorInnen der Plena
Bekanntgabe der zugelassenen Ad-hoc-Gruppen
2. Mai 2008 Anmeldeschluss für Author Meets Critics und Poster-session (formloser Antrag an den Vorstand der DGS über die lokalen Veranstalter)
16. Mai 2008 Meldung des Titels der Veranstaltung zugelassener Ad-hoc-Gruppen einschließlich ReferentInnen (Thema, Name, Anschrift, E-Mail) an die lokalen Veranstalter
31. Mai 2008 Meldung der ReferentInnen (Thema, Name, Anschrift, E-Mail) der Plena und Zusendung der Abstracts durch die JurorInnen an die lokalen Veranstalter in Jena
Zusendung der Abstracts der ReferentInnen von Sektionsveranstaltungen durch die SektionssprecherInnen an die lokalen Veranstalter in Jena
Zusendung der Abstracts der Referenten von Ad-hoc-Gruppen an die lokalen Veranstalter in Jena
Redaktionsschluss für den Abstractband
Anmeldeschluss zum Kongress zur ermäßigten Teilnahmegebühr
Einsendeschluss für Preisnominierungen

Über eventuelle Terminänderungen informieren Sie sich bitte auf der homepage des Kongresses: <http://dgs2008.de/>

Plenarveranstaltungen (Call for Papers)

Die Plenarveranstaltungen finden Dienstag bis Donnerstag zwischen 9:00 und 12:30 statt. Ihre Vortragsbewerbung für ein Plenum senden Sie bitte mit einem Entwurf von maximal 2 Seiten bis zum **30. April 2008** an die jeweils genannten Jurorinnen bzw. Juroren.

Plenum 1:

Das Anti-Korruptions-Bündnis und die Renaissance der bürgerlichen Öffentlichkeit - Ein moderner Kreuzzug zur Moralisierung von Politik und Gesellschaft?

(Organisation: Prof. em. Dr. Hans-Georg Soeffner, Universität Konstanz, und Prof. Dr. Dirk Tänzler, Universität Konstanz)

Die epochalen Umwälzungen seit 1989 werden von einer zivilgesellschaftlichen Anti-Korruptions-Kampagne begleitet, die – initiiert und getragen von einer intellektuellen Elite – mittlerweile in Gestalt einer non-governmentalen Moral-Institution zur »fünften Macht« im Staate aufgestiegen ist und wesentlichen Einfluss auf das politische Agenda-Setting nimmt. Dieser Prozess kann gedeutet werden als überraschende mediengestützte Renaissance der bürgerlichen Öffentlichkeit, auf die – im Verbund mit den Institutionen der Europäischen Union – breite Bevölkerungsschichten in Osteuropa, aber auch in Westeuropa, ihre von der offiziellen Politik enttäuschten Hoffnungen setzen. Die »außerparlamentarische« Moralpolitik der Nichtregierungsorganisationen als charismatische Kerninstitutionen einer partizipativen Demokratiebewegung tritt aber nicht nur als Gegenmacht zur repräsentativen Politik (z.B. Greenpeace), sondern zunehmend auch im Bündnis mit dem Staat, z.B. als professioneller Auftragnehmer für Aufgaben auf, die weder in staatlicher noch privater Regie durchführbar scheinen. Das Anti-Korruptions-Bündnis repräsentiert daher nicht nur eine neue Stufe im Strukturwandel der Öffentlichkeit und der Politik unter den Bedingungen der Globalisierung, sondern reflektiert möglicherweise auch eine Verschiebung im Verhältnis von Gesinnungs- und Verantwortungsethik politischer Akteure.

Gesucht werden Beiträge, die das Phänomen der Korruption in einem weiteren sozialen, kulturellen, ökonomischen, juristischen und politischen Zusammenhang wie skizziert insbesondere der Reformierung und Transformation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft behandeln.

Juroren:

Prof. Dr. Ilja Srubar, Friedrich Alexander Universität Nürnberg-Erlangen, Institut für Soziologie, Kochstraße 4, 91054 Erlangen, Tel.: 09131 / 85 223 87 oder 85 220 85, E-Mail: iasrubar@phil.uni-erlangen.de

Prof. Dr. Erhard Stölting, Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, August-Bebel-Str. 89, Haus 2, 14482 Potsdam, Tel.: 0331 / 977-3383, Fax: 0331 / 977-3308, E-Mail: stol@uni-potsdam.de

Plenum 2:

Zonen der (Un-)Sicherheit – Wohlfahrtsstaat – Migration

(Sektionen Migration und ethnische Minderheiten, Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse sowie Sektion Sozialpolitik)

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehen sich westeuropäische Wohlfahrtsstaaten zunehmend mit den Paradoxien und Spannungen zwischen einer globalisierten, international offenen Ökonomie und den nach wie vor nationalstaatlich geschlossenen Institutionen der sozialen Sicherung konfrontiert. Insofern der – national verfasste – Wohlfahrtsstaat markterzeugte Unsicherheiten zu kompensieren versucht, erleichtert er zugleich eine ökonomische Öffnung nationaler Wirtschaften und eine Globalisierung zumal dann, wenn letztere mit Unsicherheiten, Umschichtungen und sogar Brüchen einhergeht. In dieser Bedeutung von Unsicherheitseindämmung kann ein wohlfahrtsstaatliches Regime die Möglichkeiten von Individualisierung und räumlicher wie sozialer Mobilität fördern und in dem Maße, in dem es verlässliche Zugänge zu den Institutionensystemen anbietet, auch die Attraktivität nationaler Wirtschaften und Gesellschaften für Immigration erhöhen.

Umgekehrt können mit dem Bestreben, soziale Sicherheit zu erzeugen bzw. zu erhalten, sowohl Prozesse der Ausschließung »nach außen« – gegenüber ImmigrantInnen – wie auch Prozesse der Marginalisierung oder Prekarisierung »nach innen« – im Sinne einer Begrenzung oder gar eines Ausschlusses von sozialen Sicherungsleistungen und -versprechen – ein-

hergehen. Dabei können im Außen- wie im Innenverhältnis »neue« Ungleichheiten in den Zugangschancen zu den Institutionen und Leistungen der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme entstehen, »alte« Disparitäten können perpetuiert oder verschärft werden – und es können sich neuartige »Zonen der Unsicherheit« herausbilden, in denen möglicherweise andere, nicht-staatliche Strategien der Unsicherheitsbewältigung (z.B. Verwandtschaftsbeziehungen, Reziprozitätsnetzwerke, Organisationsmitgliedschaften) an Gewicht gewinnen.

Vor diesem Hintergrund soll in diesem von den Sektionen Migration und ethnische Minderheiten, Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Sozialpolitik ausgerichteten Plenum das Spannungsverhältnis zwischen einem (teilweisen) Ausschluss von den Sicherheitsversprechen nationaler Sozialstaaten (insbesondere von ImmigrantInnen) und der gleichzeitigen Veränderung von Sicherungsversprechen und Garantien sozialer Sicherheit im jeweiligen nationalen Rahmen selbst entlang der folgenden Fragen(komplexe) untersucht werden:

- Was ändert sich generell in Hinblick auf Konzepte und Realitäten der Sicherheitsversprechen und sozialen Sicherungen von Wohlfahrtsstaaten? Welche wohlfahrtsstaatlichen Institutionen können als kompatibel mit Migration begriffen werden, welche werden von Prozessen der Grenzüberschreitung destabilisiert?
- Können bestimmte wohlfahrtsstaatliche Arrangements als eher mobilitäts- bzw. migrationsfördernd, andere als eher mobilitäts- bzw. migrationshindernd begriffen werden? Welche Gruppen werden dabei bevorzugt, welche werden benachteiligt?
- Mit welchen Zonen, Formen und Graden der Unsicherheit sind verschiedene Sozialkategorien – vom »Prekariat« bis zu den MigrantInnen – konfrontiert? Welche Ungleichheiten resultieren dabei aus den Spannungen zwischen der (Nicht-)Teilhabe an nationalstaatlich verfassten Rechtssystemen und der Einbindung in formelle und/oder informelle Bereiche der Ökonomie?
- Welche Folgen von Prozessen der »Entsicherung« bzw. der Ausbreitung von Unsicherheitszonen sowie von Strategien ihrer Bewältigung sind im Hinblick auf Individualisierung und die damit verknüpften Freiheitsversprechen absehbar?

JurorInnen:

Prof. Dr. Stephan Lessenich (Sektion Sozialpolitik), Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, Professur für Gesellschaftsvergleich, Carl-Zeiß-Straße 2, 07743 Jena, Tel.: 03641 / 945571, Fax: 03641 / 945552, E-Mail: Stephan.Lessenich@uni-jena.de

Prof. Dr. Heike Solga (Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin-Tiergarten, Tel.: 030 / 25491-171, Fax: 030 / 25491-180, E-Mail: solga@wzb.eu

Prof. Dr. Anja Weiß (Sektion Migration und ethnische Minderheiten), Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, Lotharstr. 63, 47057 Duisburg, Tel: 0203 / 379-1988, -2731 (Sekt. Frau Winkels), Fax: 0203 / 379-1424, E-Mail: anja.weiss@uni-due.de

Vortragsangebote bitte per E-Mail an **alle** JurorInnen.

Plenum 3:

Wege der Sicherheitsgesellschaft –
Gesellschaftliche, kulturelle und politische Transformationen
der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten

(Sektionen Soziale Probleme und soziale Kontrolle, Politische Soziologie, Stadt- und Regionalsoziologie und Rechtssoziologie)

Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Aufruhr begleitet die Entwicklung moderner Gesellschaften von Beginn an, von der Furcht vor Vagabunden und heimatlosen Banden über den Schrecken gegenüber »gefährlichen Klassen« im »Großstadtdschungel« und der Angst gegenüber »gefährlichen Jugendlichen« bis hin zum Schrecken vor äußeren und inneren Feinden und dem Entsetzen über einzelne Gewaltanschläge und den damit einhergehenden Bedrohungsszenarien. Heutzutage sind es vielfach Jugendliche und Heranwachsende mit Migrationshintergrund und islamische Terroristen, aber auch »gefährliche Serientäter« und »pädophile Kinderschänder« die in modernen Gesellschaften als Bedrohung von Sicherheit und Ordnung gesehen werden. Unabhängig von statistisch erfassbaren Häufigkeiten bilden diese »Gefährdungen« die Grundlage für mediale und politische

Empörungen, kreieren moralische Paniken und sind im Einzelfall geeignet, als »kulturelles Drama« die Richtung politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen nachhaltig zu beeinflussen. Mittlerweile ist das Gefühl allgegenwärtiger Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität in das Alltagsleben eingesickert und durchdringt die Organisation sozialer Beziehungen und das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder auch jenseits unmittelbarer Gefährdungslagen und Risikosituationen. Wir erleben so die Entwicklung einer Kontrollkultur, in der einerseits die staatliche Kontrolle, andererseits Mechanismen sozialer Kontrolle im Alltag neue Formen annehmen, und die so den Charakter unserer Gesellschaft als »Sicherheitsgesellschaft« nachhaltig zu prägen scheint.

Die Plenarveranstaltung soll die gesellschaftlichen Bedingungen von »Innerer Sicherheit«, die Formen und Entwicklungen der Sicherheitsgesellschaft und ihre Folgen auf der Ebene gesellschaftlicher Makro- und lebensweltlicher Mikrostrukturen durchleuchten. Der Erkenntnisstand soll dabei primär anhand von ineinander verflochtenen Themen- und Fragebereichen zusammengetragen und diskutiert werden.

Die Facetten dieser Entwicklung sind komplex und reichen von der Konstruktion von Bedrohungen, Gefährdungen und Feindbildern, über die politische Mobilisierung und Instrumentalisierung von Kriminalitätsfurcht (governing through crime), Verschärfungen des Strafrechts und ein Anwachsen punitiver Einstellungen bis hin zu Diagnosen einer (Re)Privatisierung sozialer Kontrolle und der sicherheitstechnischen Aufrüstung öffentlicher Räume in Städten und eines »post-disziplinären« Risikomanagements. Hinter diesen Stichworten steht nicht nur die zentrale soziologische Frage nach den Mechanismen und der Richtung gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern immer auch die nach dem Verhältnis von Demokratie, Freiheit und Sicherheit, also die Frage nach der Unterscheidung in »gute« und »schlechte« Sicherheit.

Daraus ergeben sich die folgenden, auf dem Plenum zu behandelnden groben Leitfragen:

- Wenn als eine wesentliche Grundlage der Legitimation von Sicherheitspolitiken und der Entwicklung von Kriminalitätsfurcht die Konstruktion und Inszenierung von Feindbildern und Bedrohungen angesehen wird, so ist zu fragen, wie und unter welchen Bedingungen diese Konstruktionen produziert werden, auf gesellschaftliche Akzeptanz treffen

und sich gegebenenfalls zu moralischen Paniken und »kulturellen Dramen« entwickeln.

- Inwieweit lassen sich diese Bedrohungen politisch im Sinne der These eines »governing through crime« instrumentalisieren, ist Politik im Allgemeinen, Regierungstätigkeit im Besonderen von Sicherheitsfragen in zunehmendem Maße durchsetzt und in ihrer Funktionsweise sogar abhängig, und inwiefern haben die jeweils spezifischen demokratischen Verfassungen und Kulturen dem etwas entgegenzusetzen?
- Der Entwicklung punitiver Tendenzen, sowohl in den Einstellungen als auch in strafrechtlichen Reformen, scheinen Tendenzen eines entmoralisierten Risikomanagements gegenüberzustehen. Dabei ist nach wie vor unklar, wie und unter welchen Bedingungen sich diese Orientierungen jeweils durchsetzen und in welcher Beziehung sie in der Entwicklung spezifischer Sicherheitsregime und Kontrollkulturen zueinander stehen.
- Welchen Logiken folgen die Arrangements der sicherheitstechnischen und personellen Aufrüstung zur Überwachung öffentlicher und halböffentlicher Räume in großen Städten? Und was sind deren Auswirkungen und Folgen?
- Und schließlich ist allgemeiner das Verhältnis zwischen Sicherheit, Demokratie und Freiheit in diesen Transformationsprozessen der Sicherheitsproduktion als Basis einer Unterscheidung zwischen »guter« und »schlechter Sicherheit« zu hinterfragen.

Juroren:

Axel Groenemeyer (Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle), E-Mail: axel.groenemeyer@uni-dortmund.de

Helmuth Berking (Sektion Politische Soziologie), E-Mail: berking@ifs.tu-darmstadt.de

Carsten Keller (Sektion Stadt- und Regionalsoziologie), E-Mail: cake@cmb.hu-berlin.de

Stefan Machura (Sektion Rechtssoziologie), E-Mail: sos409@bangor.ac.uk

Plenum 4:

The »Great Transformation« of Post-Socialist Societies

(Organisation: Heinrich Best, Katharina Bluhm, Michael Corsten)

The short histories of post-socialist societies after system collapse around 1990 have created a multitude of transformation patterns. Not only do they indicate differences of the foundational problematic of new social structures, based as they are on the various institutional traditions of these countries. Rather, they also emphasize contingent historical break and turning points in the transformation process itself. This observation evokes manifold explanations. As Piotr Sztompka has emphasized, such turning points may be interpreted as sequences of reactions to the »cultural trauma« caused by the implosion of these countries' institutional arrangements. Another line of explanation stresses the transformative adaptation of the consequences of transformation. A third line of interpretation points to a renaissance of pre-socialist traditions after the breakdown of the socialist system.

The aim is to assemble on this panel a group of social scientists who have reconstructed the transformation pathways of post-socialist countries and compared these developments cross-nationally using a variety of data sources. Themes could include career and mobility patterns and analyses of labor markets as well as changes in the institutional structures of families, elites and other crucial societal contexts.

JurorInnen:

Prof. Dr. Heinrich Best, E-Mail: Heinrich.Best@uni-jena.de

PD Dr. Michael Corsten, E-Mail: Michael.Corsten@uni-jena.de

PD Dr. Katharina Bluhm, E-Mail: Katharina.Bluhm@uni-jena.de

Vortragsexposés bitte in englischer Sprache.

Plenum 5:

Gemeinschaftsbildung als Modus der Unsicherheitsabsorption

(Sektionen Entwicklungssoziologie, Kulturosoziologie und Soziologische Theorie)

Das Leben in größeren gesellschaftlichen Einheiten ist typisch mit der Erfahrung verknüpft, dass die je lokale Sphäre des Erlebens und Handelns durch sozial verursachte Ereignisse und Prozesse beeinflusst werden kann, die umgekehrt der Beeinflussung durch lokal ansetzendes Handeln entzogen sind. Diese Erfahrung wird durch die weltweite Expansion des Kommunikations- und Handlungsraumes dramatisch verschärft. Unsicherheit entsteht hier aus dem Erleben der Diskrepanz zwischen entgrenzten Interdependenzen und lokal beschränkten Handlungsmöglichkeiten, die es tendenziell aussichtslos erscheinen lässt, unerwartete Entwicklungen durch eigenes Handeln erfolgreich zu konterkarieren. Versuche, lokalen Auswirken globaler Interdependenzen auszuweichen und die eigene Lebenssituation durch räumliche Mobilität zu verbessern, führen zu Migrationsbewegungen, zur Expansion der Städte und ihrer Slumgürtel sowie zur Erosion von Verwandtschaft, Nachbarschaft und dörflichen Lebensgemeinschaften, d.h. zur Auflösung von *hoch personalisierten* Beziehungen, in denen Identitäten zugewiesen und Leistungen getauscht, in denen kooperiert und konkurriert, Herrschaft ausgeübt, Bündnisse geschlossen und Konflikte ausgetragen wurden. Unberechenbarkeit und Kontrollverlust werden so verschärft durch die Erfahrungen wachsender *Anonymität und Instabilität* sozialer Beziehungen. - Als kompensatorische Form der Gemeinschaftsbildung könnte unter diesen Bedingungen etwa die forcierte Konstruktion von *Ethnizität* (als eine von verschiedenen Formen virtuell-persönlicher Beziehungen) gedeutet werden, die dem Zwang zur Abstraktion von Zugehörigkeitsmerkmalen unter Beibehaltung askriptiver, daher nicht-kontingenter (und damit auch nicht-verlierbarer) Zugehörigkeitsmerkmale Rechnung trägt und auf dieser Basis Großkollektive entwirft, deren Handlungskapazität in höherem Maße geeignet erscheint, Reaktionsmöglichkeiten bereitzustellen, die den Einzelnen vor den Folgen unerwarteter Entwicklungen schützen.

Nur für einen begrenzten Teil der Akteure eröffnen Mitgliedschaften in formalen Organisationen neue Möglichkeiten des Zugangs zu Ressourcen, Karrieren und darauf zugeschnittenen Identitätswürfen. Formalisierte

und anonymisierte Sozialbeziehungen werfen dann freilich die Frage auf, wie man auf das Handeln von Interaktionspartnern vertrauen kann, die man nicht persönlich kennt. Unsicherheit entsteht hier durch die geforderte Umstellung von Personen- auf Systemvertrauen. – *Klientelismus* könnte als ein Reaktionsmuster gedeutet werden, das versucht, diese Unsicherheit durch die Bildung von Netzwerken persönlicher Beziehungen aufzufangen.

Modernisierung bedeutet typisch auch, dass es als Folge unterschiedlich rascher Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu Widersprüchen zwischen Erwartungsmustern kommt, die für Individuen zu unlösbaren Konflikten führen können. So etwa, wenn Familien in die Ausbildung jüngerer Mitglieder investieren, deren Ertrag dem ganzen Familienverband zugute kommen soll. Gerontokratische Statuszuweisungskriterien und meritokratische Orientierungen, wie sie vor allem durch das Bildungssystem begünstigt werden, kollektivistische und individualistische Muster können dann miteinander kollidieren und massive Identitätsprobleme generieren. Unsicherheit nimmt hier die Form der *Unentscheidbarkeit* zwischen scharf kontrastierenden normativen Erwartungen an. Die Auflösung solcher Konflikte zugunsten modernitätstypischer Erwartungen ist unter Umständen nur durch Formen der abrupten *Konversion* möglich, die zugleich einer Absicherung durch Kollektive bedürfen, welche als Garanten der Geltung der neuen Erwartungsstrukturen fungieren. – *Religiöse* Gemeinschaftsbildungen auf der Basis individuellen Bekenntnisses, die zum Bruch mit der eigenen Vergangenheit auffordern, Bekehrungserlebnisse als Authentifizierung von Zugehörigkeit verlangen und aktivistische Formen innerweltlichen Handelns propagieren, könnten sich in besonderem Maße zur Lösung von Problemen dieses Typs eignen.

Ungleichgewichte in der Entwicklung zwischen verschiedenen sozialen Sektoren können auch bei den modernisierungsbereiten Schichten gravierende Unsicherheitserfahrungen auslösen. Davon betroffen sind unter anderem aufstiegsorientierte Mittelschichten. So, wenn ein expandierendes Bildungssystem Karriereerwartungen und Eliteaspirationen bei einer großen Zahl von Universitätsabsolventen weckt, die Konvertierung von Bildungszertifikaten in einfluss- und prestigereiche (sowie hoch dotierte) berufliche Positionen aufgrund einer stagnierenden Ökonomie und fehlender Stellen im Staatsdienst aber nur einer eng begrenzten Zahl von Bewerbern gelingen kann. – Das Zusammentreffen von Aufstiegsorientierung und akademischem Elitebewusstsein mit dem Wissen um geringe Karrierechancen generiert *Statusunsicherheit*, die zum Auslöser für die Formierung

oppositioneller sozialer Bewegungen werden kann, in denen Universitätsabsolventen die Rolle einer selbsternannten Avantgarde übernehmen (vgl. entsprechend Gilles Kepels Erklärung für die Entstehung einer starken islamistischen Bewegung an den Universitäten Ägyptens in den 1970er Jahren).

Wie die skizzierten Konstellationen zeigen, erzeugen Transformationen Unsicherheitserfahrungen unterschiedlichen Typs, deren Ursachen ebenso variieren können wie die betroffenen sozialen Gruppen und die dagegen eingesetzten Strategien der Unsicherheitsabsorption. Gemeinschaftsbildung scheint dabei ein wichtiger Bewältigungsmechanismus zu sein. Welche Ausprägung die formierten Gemeinschaften annehmen, dürfte vor allem von den davon betroffenen Gruppen, den perzipierten Ursachen dieser Erfahrungen sowie von den kulturellen Ressourcen abhängig sein, die für Lösungsversuche mobilisiert werden können.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Plenarveranstaltung sollen Arbeiten vorgestellt werden, die Versuche der *theoretischen* Analyse von Unsicherheitslagen und ihrer möglichen Bewältigung mit der Untersuchung *empirischer* Fallbeispiele *verknüpfen* und die zeigen, inwiefern spezifische Formen der Gemeinschaftsbildung sich als Einrichtungen der Unsicherheitsabsorption deuten und erklären lassen. Dabei können sowohl primär theoretisch wie primär empirisch akzentuierte Arbeiten vorgestellt werden. Mitbehandelt werden sollte auch die Frage, unter welchen Voraussetzungen andere Möglichkeiten als Gemeinschaftsbildung zur Verarbeitung der analysierten Unsicherheitslagen bereitstehen und ausgewählt werden.

Juroren:

Rüdiger Korff (Sektion Entwicklungssoziologie), E-Mail: rkorff@uni-passau.de

Alois Hahn (Sektion Kulturosoziologie), E-Mail: hahn@uni-trier.de

Wolfgang Ludwig Schneider (Sektion Soziologische Theorie), E-Mail: Wolfgang.Ludwig.Schneider@uni-osnabrueck.de

Plenum 6:

Klimawandel und nachhaltige Energieversorgung: Transformation und sozialer Wandel

(Sektionen Umweltsoziologie, Wissenschafts- und Technikforschung, Entwicklungssoziologie, Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie sowie Sektion Land- und Agrarsoziologie)

Der globale Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen globaler Zivilisation. Reaktionen gleich ob als Anpassung oder Abmilderung fordern gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken in noch nicht überschaubaren Ausmaß ein bzw. beginnen sie bereits in der Gegenwart frei zusetzen. Diesen globalen Veränderungsdynamiken will sich das Plenum auf zwei Wegen nähern: Einmal sollen die sozialen Konzepte der auf den Klimawandel und insbesondere der auf das Leitbild einer »Carbon-free-Society« ausgerichteten Transformation der Gesellschaft diskutiert werden. Zum andern sollen die Folgen heutiger Klimapolitik am Beispiel der globalen Hinwendung zur Bio-Energie thematisiert werden. Gemeinsame Klammer des Vorgehens sind soziologische Fragestellungen zur gesellschaftlichen Eingebundenheit der Antworten auf die Klimaherausforderungen sowie Voraussetzungen und Folgen des dadurch hervorgerufenen sozialen Wandels.

Der erste Annäherungsweg an das Thema Klimawandel nimmt die Herausforderungen an die Soziologie als Wissenschaft auf, Muster, Verläufe und Gestaltungsansätze gesellschaftlicher Veränderungen im Energiesektor im Kontext nachhaltiger Entwicklung zu analysieren und selbstreflexiv zu diskutieren. Von besonderer Relevanz sind hierfür etwa neuere Ansätze des sozialökologischen und soziotechnischen Wandels wie auch praxisorientierte Perspektiven des gezielten Managements und der Governance entsprechender Transformationen.

In dem zweiten Annäherungsweg werden Voraussetzungen und Folgen globaler Bio-Energie- und Rohstoffpolitik diskutiert. Eingebettet in unterschiedliche gesellschaftliche Zusammenhänge, angetreten mit einem umfassenden Entwicklungsanspruch (neue Institutionen, Techniken usw.), lassen diese Politiken kaum einen gesellschaftlichen Bereich von nationalen und internationalen Verteilungseffekten, Markt- und Machtverschiebungen bis hin zur Veränderung von Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten von

Flächen oder der Einbeziehung von Subsistenzproduktionen in veränderten Markt- oder Machtbeziehungen unberührt.

Zu beiden Perspektiven sollen folgende Fragen diskutiert werden:

- Welchen Beitrag zum gesellschaftlichen Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels kann Soziologie leisten? Wie lassen sich Transformationen vor allem im weiten Zwischenbereich von pfadabhängiger Kontinuität und radikalen, durch exogene Schocks ausgelösten Brüchen konzeptualisieren? Welche Rolle spielen dabei etwa Konzepte der Pfadkreation, des Regime Change oder gradueller institutioneller Transformationen? Welche Beiträge leisten (internationale) Weiterentwicklungen umweltsozialwissenschaftlicher Perspektiven wie ökologische Modernisierung oder umwelttechnologische Innovationsforschung? Und wie können solche Umgestaltungsperspektiven aus soziologischer Perspektive gezielt in Gang gesetzt und gestaltet werden. Auch Fragen nach der gesellschaftlichen Eingebundenheit, regionalen Begrenztheit, unbeabsichtigter Nebenfolgen aktueller Konzepte und Entwicklungen sollen Gegenstand der Diskussion sein.
- Welche gesellschaftlichen Prozesse haben im Kontext des Klimawandels zur Konjunktur der Bio-Energie-Politik geführt? In welche gesellschaftlichen Kontexte sind die jeweiligen Umsetzungen der Bio-Energie-Politik eingebunden? Welche energiepolitischen, (welt-)wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen induziert der politische Bio-Energie-Ansatz in verschiedenen Weltregionen? Wie verändert sich die Macht- und Wohlfahrtsverteilung? Welche neuen Unsicherheiten produzieren die erneuerbaren Rohstoffstrategien? Welche (un-)beabsichtigten gesellschaftlichen Folgen impliziert die Bio-Energiepolitik? Dient diese Politik möglicherweise gar der Verlagerung von Anpassungsnotwendigkeiten der so genannten Ersten Welt in andere Weltregionen?

Durch die gemeinsame Diskussion der skizzierten Perspektiven und Fragestellungen will das Plenum einen Beitrag leisten zu einem tieferen Verständnis der laufenden Transformationsprozesse von Energiesystemen im Kontext von Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung, ihrer Voraussetzungen, Dynamiken und Folgen sowie der Identifikation von Gestaltungspotentialen.

Juroren:

Prof. Dr. Dieter Neubert, Universität Bayreuth, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Entwicklungssoziologie, 95440 Bayreuth, Tel: 0921 / 55 4116; Fax: 0921 / 55 4118, E-Mail: dieter.neubert@uni-bayreuth.de

Prof. Dr. Ortwin Renn, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie, Seidenstr. 36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711 / 685-83970, Fax: 0711 / 685-82487, E-Mail: ortwin.renn@soz.uni-stuttgart.de

Plenum 7:**Uncertain Exchanges. Innovation, Stability and the Societal Repercussions of Contemporary Capitalism**

Uncertainty with regard to outcomes is one of the chief characteristics of market economies. It is a precondition for its dynamics but also a chief source of its instability. Moreover, economic uncertainty has positive as well as negative repercussions for society at large. In this plenary session the speakers will explore the different facets and dilemmas of economic uncertainty and its consequences for society from different perspectives. The session aims at insights into the complex character of economic uncertainty and its role in current economic and social transformations.

Speakers:

Christoph Deutschmann, Universität Tübingen

Neil Fligstein, University of California, Berkeley

Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
N.N.

Chair:

Jens Beckert, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Plenum 8:

Religion als Sicherheitsrisiko?

(Sektionen Politische Soziologie und Religionssoziologie, Organisation: Prof. Dr. Matthias Koenig, Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen)

Religion und Religionen werden gegenwärtig als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Ähnlich wie im frühneuzeitlichen Europa der Glaubenskriege scheinen religiöse Überzeugungen heute weltweit zur Entstehung und Verhärtung politischer Konflikte beizutragen. In gleich doppelter Weise, so der allgemeine Eindruck, stellt Religion ein Gefährdungspotenzial dar: Einmal als unmittelbares Motiv und Rechtfertigung von Gewaltanwendung, also für einen »terror in the mind of God« (Juergensmeyer 2002). Dieser sei dabei keineswegs auf den seit 2001 im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit stehenden Islam beschränkt, sondern erstrecke sich auch auf fundamentalistische Gruppen in Christentum, Judentum und Hinduismus. Zweitens wirke Religion als Basis kultureller oder zivilisatorischer Identitäten, und damit abgrenzend gegenüber anderen Kulturen. So stilisierte Samuel Huntington (1997) nach dem Ende des Kalten Kriegs gerade die Differenzen zwischen Islam und Christentum bzw. Judentum zu den geopolitisch maßgeblichen Konfliktlinien moderner Gesellschaften. Diese Konfliktlinien werden sogar als entscheidende Gründe für zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen angesehen (vgl. auch Seiple/Hoover 2004).

Beide sicherheitspolitischen Wahrnehmungsmuster prägen zunehmend die staatliche Regulierung wie auch die öffentliche Wahrnehmung von Religion. Bemerkenswert ist aber, dass der Zusammenhang von Religion, politischer Gewalt und gesellschaftlicher Sicherheit bislang nur selten angemessen reflektiert wurde. Genau dies wäre die Aufgabe einer soziologischen Erörterung, die an aktuelle Entwicklungen sowohl innerhalb der politischen Soziologie als auch der Religionssoziologie anknüpft. Dieser Aufgabe soll sich das Plenum widmen. Der Zusammenhang von (Un-)Sicherheit und Religion soll dabei in mehreren Facetten und aus unterschiedlichen Blickrichtungen beleuchtet werden.

Erstens ist zu fragen, ob religiöse Überzeugungen genuine Motive politischer Gewalt darstellen. Sind sie Auslöser von Konflikten, schaffen sie Brüche und Verständigungshindernisse, die Konflikte verfestigen, oder erhalten sie ursprünglich politische Konflikte am Leben? Ist jenseits indivi-

dueller Handlungsmotive Religion auch eine gesellschaftliche Strukturbedingung politischer Konflikte?

Sodann ist, *zweitens*, nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Verbreitung religiöser Überzeugungen zu fragen; stellen sie selbst womöglich eine Antwort auf existentielle Verunsicherung von Menschen dar, wie es Norris und Inglehart (2004) in ihrer revidierten Säkularisierungstheorie vertreten? Damit zusammen hängt auch die Frage, welche Bedeutung Religionen überhaupt noch im öffentlichen Raum besitzt und inwieweit sie über Identitätsbildungsprozesse – im Sinne eines »Cultural Defense« (Bruce 2000) – eine kulturelle Verteidigungshaltung verursachen, die zu Abgrenzung und Konflikten beiträgt?

Die *dritte* Fragestellung bezieht sich umgekehrt darauf, ob und inwieweit religiöse Überzeugungen Konflikte überbrücken und damit Sicherheit gewähren können. Bereits seit den Klassikern der Soziologie wird der Religion eine große Bedeutung bei der Bearbeitung von Kontingenzproblemen und Unsicherheit zuerkannt. Darüber hinaus stiftet die Religion auch Werte wie Toleranz, Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit. Wäre es da nicht zu erwarten, dass Religion zur Lösung von Konflikten beiträgt, sei es institutionell (zum Beispiel über die Vermittlung der Kirchen und ihrer Vertreter), sei es hinsichtlich der Wertemuster. Kann Religion nicht eine positive Wirkung auf die politische Kultur einer Region besitzen? Und stellt insofern nicht womöglich auch eine sich ausbreitende Säkularisierung ein Sicherheitsrisiko dar?

Unabhängig davon, wie man das Sicherheitsrisiko von Religion beurteilt, sind schließlich *viertens* in reflexiver Absicht die Folgen zu beleuchten, die eine sicherheitspolitische Rahmung der Wahrnehmung von (bestimmten) Religionsgemeinschaften hat. Welche Exklusions- aber auch welche Inklusionseffekte hat beispielsweise die Beobachtung muslimischer Organisationen durch den Verfassungsschutz? Was sind generell die Konsequenzen für den politischen Umgang mit religiösen Gemeinschaften?

Ausgehend von den skizzierten Fragestellungen, wird für Plenum nach Beiträgen gesucht, die den Zusammenhang zwischen Religion und politischen Konflikten auf der Mikro- wie Makroebene der Gesellschaft und vor allem Kultur vergleichend unter besonderer Berücksichtigung außerökzidentaler Gesellschaften zum Thema haben. Dabei soll auch der Verbindung zwischen politischer Kultur und religiöser Kultur Beachtung geschenkt werden.

JurorInnen:

Dr. habil Christel Gärtner, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Institut für Grundlagen der Gesellschaftswissenschaften (III), Robert-Mayer-Straße 5, 60054 Frankfurt am Main, E-Mail: ch.gaertner@soz.uni-frankfurt.de

Dr. Gert Pickel, Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Vergleichende Kulturosoziologie, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder), E-Mail: pickel@euv-frankfurt-o.de

Prof. Dr. Trutz von Trotha, Universität Siegen, Fachbereich 1/Soziologie Adolf-Reichwein-Straße 2, 57068 Siegen, E-Mail: trotha@soziologie.uni-siegen.de

Plenum 9:

Die Zeit(en) der Transformation

(Organisation: Clemens Albrecht, Sprecher der Sektion Kulturosoziologie, Bettina Dausien, Sprecherin der Sektion Biographieforschung, Herbert Kalthoff, Sprecher der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung)

Ob soziale Transformationsprozesse zu Sicherheit oder Unsicherheit führen, hängt auch damit zusammen, auf der Basis welcher Zeiterfahrung und Zeitschemata sie wahrgenommen, interpretiert und bearbeitet werden. Zeit ist kein unveränderliches Kontinuum, das allen gesellschaftlichen Ordnungen in gleicher Weise zugrunde liegt; zugleich existieren starke Interferenzen zwischen der Zeit- und Sinndimension. Auf der Basis dieser Grundannahmen lassen sich typologisch folgende Zeitmuster ausmachen: 1. Die Lebenszeit der Individuen, die endlich und irreversibel ist und bestimmten kulturellen Modellen folgt, etwa dem Muster von Aufstieg und Abstieg; 2. die Zeit der sozialen Situation mit ihrer paradoxalen Struktur von Kohärenz und Sequenzierung, Flüchtigkeit und Trägheit; 3. die soziale Zeit von Kollektiven, die je nach historischer Situation der Nation, der Religionsgemeinschaft, der Ethnie etc. als Aufstieg oder Abstieg gedeutet werden, zyklischen oder eschatologischen Modellen folgen kann; und 4. die Zeit von Institutionen und Systemen, die in geregelten Abläufen von Verfahren, in Entwürfen (etwa Unternehmenszielen) und in Programmen (etwa Curricula) objektiviert wird. Wie sich diese Zeiten wechselseitig konstituieren,

überlagern oder Ungleichzeitigkeiten ausbilden, ist für die soziologische Forschung eine offene Frage. Aufgehoben und konserviert werden diese Zeitmuster in verschiedenen gesellschaftlichen »Speichern«: etwa in individuellen Körpern, Archiven, Memorabilien und Erinnerungsorten.

Im Begriff der Zeit bündeln sich unterschiedliche Modi der Konstruktion von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: Wir leben in einer Zeit, die sogleich – leider oder glücklicherweise? – vergangen ist; wir entwerfen Pläne für die Zukunft, die Risiken vorbeugen oder Chancen nutzen sollen. Zeit ist, mit kulturell variierenden Bedeutungen, eingeteilt in wiederkehrende Einheiten (Tag/Nacht; Sommer/Winter etc.) und schreitet unaufhaltsam linear fort (Jahreszahl, Alter, Entwicklung). Subjektive und objektive Zeit können in Einklang gebracht werden oder auseinanderfallen; Institutionen (etwa Schule, Schichtdienste) produzieren eigene, machtvolle Zeitformen, die systematisch in die Zeitgestaltung von Familien oder Individuen eingreifen und häufig zu widersprüchlichen Zeitanforderungen führen, die im Alltag dennoch »lebbare« gemacht werden (müssen) und eigene Zeitpraktiken hervorbringen. Wir erleben Zeit nicht linear oder neutral, sondern als »schleppend langsam« oder »intensiv«, Objekte als »langweilig« oder »fesselnd«; mit ihr sind Aktivitäten des Wartens, des Zeitvertreibs oder des schnellen Handelns verbunden. Zeit ist zugleich eine Entität, die zu nutzen und – folgt man dem gouvernementalen Diskurs – (richtig) zu managen ist. Dabei entstehen Widersprüche: Biographien sollen mit immer ausgefeilteren Methoden geplant und bearbeitet werden; politische Kollektive leben im Bewusstsein, »ihre Zeit« noch vor sich oder bereits hinter sich zu haben, und müssen doch »jetzt« handlungsfähig sein; Institutionen müssen sich auf das Scheitern ihrer Zeitentwürfe einstellen (Gewinnerwartung, Planzahlen) und sich doch an ihnen orientieren.

Ein Wandel der gesellschaftlichen Ordnung ist in der Regel mit Veränderungen der Zeitkultur und Zeiterfahrung verbunden. Sicherheit und Ungewissheit, die in sozialen Transformationsprozessen zum Thema werden, sind Erfahrungen, die mit der Irritation oder gar der Zerstörung von Zeitordnungen zu tun haben. Beispielsweise kann der Einzug kapitalistischer Produktionsweisen in traditionale Gesellschaften als massive Verunsicherung erfahren werden und zu Sinnzusammenbrüchen führen. Sichtbar wird hier, dass die Systemzeit der Ökonomie und die soziale Zeit des gelebten Alltags unterschiedliche Tempi ausbilden und damit ein Nebeneinander von Ordnungen sowie Prozesse der Inklusion/Exklusion bewirken.

Gesellschaftliche Transformationen sind heterogene und vielschichtige Phänomene, mit denen soziale, politische und ökonomische Veränderungen bezeichnet werden. Je nach Dominanz individueller, kollektiver oder institutioneller Zeiterfahrung lösen sie Verunsicherung oder Handlungssicherheit aus. Jugendliche reagieren auf soziale Veränderungen anders als Alte, individualisierte Gesellschaften müssen Fortschritte von Transformationsprozessen innerhalb einer Lebensspanne genießbar machen, während andere auf die Zukunft des Kollektivs in fernen Zeiten verweisen können, um die Opfer der Gegenwart abzusichern. Institutionen können sich bewusst »der Zeit« entgegenstemmen und völlig andere Lebensentwürfe bereit halten (Kloster) oder sie sehen sich selbst in einem permanenten Anpassungsprozess an Transformationen (»Marktentwicklung«), die zeitlich (»Trends«) objektiviert werden müssen.

Die Soziologie hat eine Vielzahl von Begriffen und Konzepten zur Verfügung, mit denen sie Zeitphänomene und temporale Ordnungen von Gesellschaften analytisch beschreiben kann. Gleichwohl stellt das Verhältnis von Zeit und Transformation ein wieder zu entdeckendes Terrain für die Soziologie dar: Von »Zeit(en) der Transformation« zu sprechen ist daher der Versuch, Prozesse sozialen Wandels und damit einhergehender Unsicherheit systematisch auf ihre Zeit und Zeitlichkeit zu befragen. Neben diesen gegenstandsorientierten Fragen werden methodische Probleme der empirischen Erforschung des skizzierten Phänomens diskutiert. Dies impliziert, soziale Praktiken, Diskurse und Narrative und ihre jeweiligen internen Zeitdifferenzierungen zu erschließen sowie die Reichweiten der soziologischen Forschungsmethoden in Bezug auf die »Zeit(en) der Transformation« zu diskutieren. In den Beiträgen des Plenums sollen diese Differenzierungen durch kontrastierende Perspektiven und verschiedene methodische Ansätze dokumentiert werden.

Juroren:

Prof. Dr. Wolfgang Eßbach, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Soziologie, Rempartstr. 15, 79085 Freiburg, E-Mail: Wolfgang.Essbach@soziologie.uni-freiburg.de

Prof. Dr. Armin Nassehi, Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Soziologie, Konradstr. 6 / 310, 80801 München, E-Mail: armin@nassehi.de

Vorläufige Programmübersicht

Montag, 6.10.2008	Dienstag, 7.10.2008	Mittwoch, 8.10.2008	Donnerstag, 9.10.2008	Freitag, 10.10.2008
11:00-13:00 SektionssprecherInnen- treffen	9:00 - 12:30 Plenarveranstaltungen 1 / 2 / 3	9:00 - 12:30 Plenarveranstaltungen 4 / 5 / 6	9:00 - 12:30 Plenarveranstaltungen 7 / 8 / 9	9:00 - 11:30 Veranstaltungen der Sektionen, Arbeitsgruppen, AdHoc-Gruppen
14:00 - 15:00 Pressekonferenz	13:00 - 14:00 Mittagsvorlesungen 1 / 2	13:00 - 14:00 Mittagsvorlesungen 3 / 4	13:00 - 14:00 Mittagsvorlesungen 5 / 6	12:00 - 13:45 Abschlussdiskussion
17:30 - 20:00 Eröffnungsveranstaltung im Volkshaus Jena	14:15 - 17:00 Veranstaltungen der Sektionen, Arbeitsgruppen, AdHoc-Gruppen; Author meets Critics	14:15 - 17:00 Veranstaltungen der Sektionen, Arbeitsgruppen, AdHoc-Gruppen; Author meets Critics	14:15 - 17:00 Veranstaltungen der Sektionen, Arbeitsgruppen, AdHoc-Gruppen; Author meets Critics	14:00 - 17:00 Konzilsitzung
ab 21:00 Kongressparty im Volkshaus Jena	18:00 - 20:00 Forum 1 / 2	17:00 - 19:00 Forum 3 / 4	18:00 - 20:00 Forum 5	
	20:00 Abendveranstaltungen 1 / 2	19:00 – 21:00 DGS- Mitgliederversammlung	20:00 Abendveranstaltungen 3 / 4	

Mittagsvorlesungen

Julia Szálai, Budapest: Nach dem Systemumbruch – Perspektiven von Transformationsgesellschaften (Vorlesung 1)

Irene Dölling, Potsdam: Entsicherungen in Zeiten gesellschaftlicher Transformationen. Von der Notwendigkeit, das Handeln von AkteurInnen in den Blick zu nehmen (Vorlesung 2)

Ian Gough, Bath: Soziale Unsicherheit und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates (Vorlesung 3)

Hans Joas, Erfurt: Friede durch Demokratie? (Vorlesung 4)

Margaret Maruani, Paris: Transformation der Geschlechterbeziehung – neue Unsicherheiten (Vorlesung 5)

Christoph Deutschmann, Tübingen: Die Finanzmärkte und die Mittelschichten (Vorlesung 6)

Foren

M. Rainer Lepsius, Heidelberg: Historische Transformationen der Soziologie (Forum 1)

Barbara Budrich, Opladen (Organisation): Wissenschaftliches Publizieren; die Verlagsperspektive (Forum 2)

Günter Wallraff, Köln: Unsichere Arbeitswelt (Forum 3)

Uwe Schimank, Hagen (Organisation): Forschungsranking Soziologie (Forum 4)

Nancy Fraser, New York, Axel Honneth, Frankfurt am Main: Konturen einer kritischen Gesellschaftstheorie im Zeitalter der neuen Unsicherheit (Forum 5)

Abendveranstaltungen

Colin Crouch, Warwick: Das 21. Jahrhundert – ein Zeitalter der Unsicherheit? (Abendveranstaltung 1)

Überlebensstrategien in Megastädten. Podiumsdiskussion mit Helmuth Berking, Darmstadt, Jesse Souza, Juiz de Fora, N.N. Moderation: Ingrid Breckner, Hamburg (Abendveranstaltung 2)

Serge Paugam, Paris, Robert Castel, Paris: Prekarität – ein europäisches Phänomen? (Abendveranstaltung 3)

Auf dem Weg zum Sicherheitsstaat? Podiumsdiskussion mit Rolf Goessner, Bremen, Günther Jakobs, Bonn, Ulrich K. Preuss, Berlin, Trutz von Trotha, Siegen (Abendveranstaltung 4)

Abschlussdiskussion

Neue Unsicherheiten – Männer auf verlorenem Posten? Diskussion mit Hanna Ziegert, München, Christel Eckart, Kassel und Jürgen Martschukat, Erfurt. Moderation: Martina Löw, Darmstadt

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dipl.-Sozialwirt Frank Engelhardt, Wiesbaden

Dr. phil. Ulrike Kissmann, Berlin

Dipl.-Staatswiss. Rüdiger Klemm

Dr. Alexandra König, Dortmund

Claudia Kretschmann, M.A., Göttingen

Dr. rer. soc. Jeanette Moosbrugger, Lauterach

Dr. phil. Axel Philipps, Heidelberg

Dipl.-Soz. Isabell Zohner, Heidelberg

Neue studentische Mitglieder

Andreas Atzl, Bamberg

Marko Plamper, Duisburg

Michael Lohmann, Leipzig

Austritte

Raphael Kies, München

Prof. Dr. Ute Leitner, Herbrechtingen

PD Dr. Klaus Müller, Berlin

Dr. Peter Schüll, Bayreuth

Prof. Dr. Hans-Rolf Vetter, München

Sektion Alter(n) und Gesellschaft

Mehrjahresbericht 2005–2007

1. Allgemeines

Die Sektion Alter(n) und Gesellschaft hat derzeit (Stand 9. November 2007) 226 Mitglieder (90 Frauen und 136 Männer).

Der am 2. Juni 2007 gewählte Vorstand umfasst neben der Sprecherin *Gertrud M. Backes* (Vechta) und dem stellvertretenden Sprecher *Klaus R. Schroeter* (Kiel), *Anton Amann* (Wien), *Wolfgang Clemens* (Berlin), *Harald Künemund* (Vechta), *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) und *Hildegard Theobald* (Vechta).

Die Sektion unterhält eine regelmäßig gepflegte Website (www.sektion-altern.de/), auf der neben den via E-Mail verschickten Rundbriefen auch Veranstaltungshinweise, Tagungsprogramme, Tagungs- und Presseberichte und Fotos der Sektionsveranstaltungen dokumentiert und archiviert werden und über Stellenangebote informiert wird. Dort findet sich auch eine in unregelmäßigen Abständen aktualisierte Leseliste relevanter alternssoziologischer Literatur.

Die Sektion verfügt über eine im VS Verlag für Sozialwissenschaften von *Gertrud M. Backes* und *Wolfgang Clemens* herausgegebene Schriftenreihe, in der ausgewählte Beiträge der Sektionsveranstaltungen veröffentlicht werden. In der Schriftenreihe sind zwischenzeitlich 16 Bände erschienen. Zu verweisen ist fernerhin auf die von *Martin Kohli* im Weißensee Verlag herausgegebene Reihe »Beiträge zur Alterns- und Lebenslaufforschung« sowie auf die von *Gertrud M. Backes* im DUV herausgegebene Reihe »Sozialwissenschaftliche Gerontologie«.

2. Arbeitstagung in Berlin (Mai 2005)

Am 6. Mai 2005 fand in den Räumlichkeiten des Instituts für Soziologie der Freien Universität Berlin eine Arbeitstagung des Vorstands und der Mitglieder der Sektion unter dem Motto »Perspektiven der Sektionsarbeit« statt, an der insgesamt 15 Personen teilnahmen. Nach der Begrüßung und Einleitung durch den Bericht der Sprecherin (*Gertrud M. Backes*) zur bisherigen Entwicklung der Sektion und zu der bereits angedachten weiteren Entwicklung wurden die noch für das Jahr 2005 vorgesehen Tagungen in Wien und Bremen (s.u.) sowie die Beteiligung der Sektion am Internationalen Kongress Age05 in Neuchâtel in der Schweiz (s.u.) debattiert. Des Weiteren wurden erste

Überlegungen zu der mit den skandinavischen Kollegen für 2006 in Vechta geplanten internationalen Tagung (s.u.) sowie zu den für den Soziologiekongress in Kassel geplanten Veranstaltungen (s.u.) und Vorüberlegungen für weitere inhaltliche Schwerpunkte, Vorgehensweisen und Kooperationen angestellt.

Es wurde eine ausführliche Diskussion zu den Zielen der Weiterarbeit, den Inhalten/Themen, den Kooperationsformen und -partnern, den Fragen von »Science goes public« und von gesellschaftspolitischen Positionen, die ggf. mit der Arbeit der Sektion verbunden sein könnten, geführt.

3. Frühjahrstagung 2005 in Wien

Am 8. und 9. Juli 2005 fand in Kooperation mit der *Arbeitsgruppe für Sozialgerontologie* am Institut für Soziologie der Universität Wien die Frühjahrstagung der Sektion unter dem Motto »Das erzwungene Paradies des Alters? Fragen an eine Kritische Gerontologie« an der Wirtschaftsuniversität Wien statt. Die Tagung wurde von *Anton Amann* und *Franz Kolland* (beide Wien) organisiert.

Nach der Begrüßung und Einführung der Sprecherin *Gertrud M. Backes* und des lokalen Veranstalters *Anton Amann* stand der erste Arbeitstag im Zeichen »Theoretischer Ansätze und kritischen Forschens«. Zunächst trug *Anton Amann* (Wien) über »Soziale Gerontologie: ein multiparadigmatisches Forschungsprogramm?« vor. Dann berichtete *Udo Kelle* (Marburg) über »Datenerhebung in totalen Institutionen als Forschungsgegenstand einer kritischen gerontologischen Sozialforschung – methodologische Überlegungen und empirische Beispiele«. *Jürgen Wolf* (Magdeburg) schloss den ersten Arbeitstag mit seinen Ausführungen zum Thema »Zwischen Katastrophismus und Euphorie – Alter und Generation in der populären Sachliteratur« ab. Am zweiten Tag standen die Vorträge unter dem Thema »Gesellschaft, Staat und Krisenfelder«. *Olaf Struck* (Jena) eröffnete diesen Teil mit seinem Referat über »Die demographische Zeitbombe: Sie tickt seit langem – doch explodieren muss sie nicht«. Im Anschluss sprachen *Josef Hörl* (Wien) über »Ältere Menschen und die subjektive Konstruktion von Gewalt« und *Franz Kolland* (Wien) über »Bildung, Mobilität und Produktivität im Alter«. Den Schlusspunkt des Vortragsreigens setzte *Hynek Jerábek* (Prag) mit seinen Ausführungen über »Familiäre Altenpflege als Beispiel des sozialen Zusammenhaltes«.

Die Ergebnisse dieser Tagung sind in dem von *Amann* und *Kolland* herausgegebenen Band¹ dokumentiert.

Im Anschluss an diese Veranstaltung fand eine Mitgliederversammlung statt, auf der auch die turnusmäßigen Wahlen durchgeführt wurden. Bei dieser Wahl wurde die Sprecherin der Sektion – *Gertrud M. Backes* – für eine weitere Amtsperiode gewählt. Die Vorstandsmitglieder *Anton Amann* (Wien), *Wolfgang Clemens* (Berlin), *Harald Künemund* (Berlin), *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) und *Klaus R. Schroeter* (Kiel) wurden erneut in den Vorstand gewählt. Für den aus seinem Amt ausscheidenden *Manfred Stosberg* (Nürnberg) wurde zudem *Hildegard Theobald* (Berlin) in den Vorstand gewählt.

4. Internationaler Soziologiekongress Age05 in Neuchâtel

Die Sektion Alter(n) und Gesellschaft hat sich an der Organisation des Internationalen Soziologiekongresses Age05 beteiligt, der vom 25. bis 27. August 2005 unter dem Motto »Gesundheit und Alter(n) – Gesundes Altern, neue gesellschaftliche Herausforderungen« in Neuchâtel (Schweiz) stattfand. Vonseiten der Sektion gehörten *Anton Amann* (Wien) und *Gertrud M. Backes* (Kassel) zum wissenschaftlichen Komitee. Im Rahmen des von Peter C. Meyer (Neuchâtel und Zürich) moderierten Workshops 1A trug *Gertrud M. Backes* (Kassel) ein gemeinsam mit *Klaus R. Schroeter* (Kiel) verfasstes Papier zum Thema »Korporales Kapital und korporale Performanz im Alter: Zum alternden Körper in der Konsumgesellschaft« vor.

5. Herbsttagung 2005 in Bremen

Die Herbsttagung der Sektion fand in Kooperation mit dem *Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)* der Universität Bremen am 18. und 19. November 2005 in den Räumen des ZeS in Bremen statt. Die unter dem Motto »Pflege im Umbruch?« stehende Veranstaltung wurde von *Hans-Joachim von Kondratowitz* (Berlin), *Klaus R. Schroeter* (Kiel) und *Wolfgang Voges* (Bremen) konzipiert und von *Wolfgang Voges* organisiert und moderiert.

Nach der Begrüßung durch *Rainer Müller* (Bremen), dem Sprecher des ZeS, und *Gertrud M. Backes* führte *Klaus R. Schroeter* mit einem Statement zum »Sozialen Feld der Pflege« ins Thema ein. In dieser theoriegeleiteten Einfüh-

1 Amann, Anton; Kolland, Franz (Hg.), 2008: Das erzwungene Paradies des Alters? Fragen an eine Kritische Gerontologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

rung plädierte er dafür, eine Soziologie der Pflege nicht system-, sondern feldtheoretisch ins Visier zu nehmen und die Pflege nicht nur als ein abstraktes System oder als einen Ort spezifischer Sinnverständnisse, sondern vor allem auch als eine Stätte konflikthafter Auseinandersetzungen und sozialer bzw. gesellschaftlicher Kraftproben zu betrachten.

Die Tagung stand unter zwei thematischen Schwerpunkten: Zum ersten Thema »Pflegeverläufe und Pflegebiografien« gab zunächst *Eckard Cappell* (Hamburg) einen Forschungsüberblick über »Lebensqualität Pflegebedürftiger und sozialpolitische Interventionen«. In dem Referat wurde herausgearbeitet, welche Hinweise zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und Versorgungsstruktur aus den theoretischen Überlegungen zum Konzept der Lebensqualität abgeleitet werden können. Danach referierte *Lars Borbert* (Bremen) über »Wege in die Pflege und der Verlauf danach«. Dabei ging er zunächst der Frage nach, welche Einflussfaktoren maßgeblich das Pflege- und Institutionalierungsrisiko bestimmen, bevor er dann anhand von Daten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) Pflegeverläufe vor allem unter dem Aspekt der Dauer und Mobilität zwischen den einzelnen Pflegestufen darstellte. *Manja Göritz* und *Juliane Hanisch-Bernd* (beide Berlin) trugen unter dem Titel »Möglichkeiten und Grenzen des sozialen Austauschs in Einrichtungen der stationären Altenhilfe« ihre Ergebnisse aus einem qualitativen Forschungsprojekt vor, in dem die sozialen Beziehungen im Heim auf soziale Beziehungen fördernde und hemmende Faktoren untersucht wurden. *Wolfgang Voges* (Bremen) sprach anschließend in seinem Vortrag »Tod des Partners – Überlebenschancen und Pflegerisiko« über die zentralen Einflussfaktoren für den Beginn einer Heimkarriere und deren Beendigung durch den Tod.

Der zweite Veranstaltungstag stand unter dem Thema »Pflege und Pflegepolitik im internationalen Vergleich«. Zunächst nahm *Miguel Montero* (Berlin) mit seinem Überblick über die »Pflege in Spanien« eine Charakterisierung des spanischen Pflegemodells und der von der spanischen Regierung erarbeiteten Grundzüge einer Pflegeversicherung vor. Danach berichtete *Roland Becker* (Bremen) in seinem Vortrag »Die Situation pflegender Angehöriger im internationalen Vergleich – be- und entlastende Faktoren« über Ergebnisse des von der EU geförderten Projekts EUROFAMCARE. Dabei zeigte er länderübergreifend, dass insbesondere die jeweilige Motivation zur Pflege eines pflegebedürftigen Angehörigen sowie der Zustand des Pflegebedürftigen und hierbei insbesondere Verhaltensauffälligkeiten, wie beispielsweise das Vorliegen einer Demenz, einen entscheidenden Einfluss auf die Situation des

pflegenden Angehörigen ausüben. *Ingo Bode* (Kent) zeigte in seinem Beitrag über »Netzwerksteuerung in der Altenpflege. Eine internationale Perspektive auf Designs, Spannungen und Implikationen« anhand der Beispiele von Quebec (Kanada), England und Westdeutschland, dass Netzwerksteuerung verschiedene Formen annehmen kann und mit verschiedenartigen Spannungsstrukturen sowie potenziell unterschiedlichen Ergebnissen, besonders im Hinblick auf Fragen des Leistungszugangs, der Leistungskontinuität und Leistungsreagibilität, einhergeht. Nach dem Beitrag von *Hans-Joachim von Konradtowitz* (Berlin) über »Irreguläre Beschäftigungsverhältnisse in der Pflege und transnationale Migration« zeigte *Birgit Pfau-Effinger* (Hamburg) in ihrem Vortrag über »Neue semi-formelle Formen der Pflegearbeit und ihre Bedingungen in den privaten Pflege-Arrangements« in einer international vergleichenden Perspektive, wie sich seit einigen Jahren in fast allen europäischen Gesellschaften ein Wandel wohlfahrtsstaatlicher Politiken beobachten lässt, auf dessen Basis sich ein neuer Typ von informeller Arbeit (social care) herausgebildet hat, den sie als »semi-formelle Form informeller Arbeit« verstanden wissen will.

Im Anschluss an die Tagung fand eine Mitgliederversammlung statt, auf der das weitere Vorgehen in der Sektion besprochen wurde.

6. Frühjahrstagung 2006 in Vechta

Vom 22. bis 24. Juni 2006 fand die in Kooperation mit dem *Deutschen Zentrum für Altersfragen* (DZA) veranstaltete internationale Frühjahrstagung der Sektion unter dem Motto »European comparative research on ageing – challenges and opportunities« am neu gegründeten Zentrum für Altern und Gesellschaft der Hochschule Vechta statt. Für die Konzeption und Organisation dieser Tagung waren *Harald Künemund* (Vechta) und *Andreas Motel-Klingebliel* (Berlin) verantwortlich. Die dreitägige Veranstaltung war in Plenarveranstaltungen und paper sessions unterteilt. Zu den Plenarveranstaltungen wurden ausgewiesene Key speaker eingeladen, während sich die Vortragenden in den paper sessions über ein Jurierungsverfahren beworben hatten.

Nach dem Grußwort von *Marianne Assenmacher*, der Präsidentin der Universität Vechta, führten *Harald Künemund* (Vechta) und *Andreas Motel-Klingebliel* ins Thema ein. Am ersten Veranstaltungstag fand zunächst eine Plenarveranstaltung zum Thema »Care and care systems« statt. Dort eröffnete *Marja Vaarama* (Helsinki) mit ihrem Beitrag über »Care and care systems«. Anschließend referierte *Jay Ginn* (Surrey, U.K.) über »Economic deprivation in

later life«. In der anschließenden paper session berichteten *Eva Mnich* und *Daniel Luedicke* (Hamburg) über »Care situations in different European countries: The impact of formal and informal support«. Danach trugen *Uta Ziegler* und *Gabriele Doblhammer* (Rostock) über »Marital status and living arrangements of the elderly population in Germany with emphasis on people in need of care« vor. *Leen Heylen* (Antwerpen) diskutierte »The issue of loneliness in the elderly from a life course perspective«. Den letzten Block des ersten Tages bestritten *Sylvia Korupp* (Erfurt) mit ihrem Beitrag über »Senior citizens and young technologies« und *Norbert Malanowski* (Sevilla) mit einem Bericht über »Active ageing in Europe – Opportunities and challenges by novel technologies«.

Am zweiten Tag sprach zunächst *Theo van Tilburg* (Amsterdam) in der Plenarveranstaltung über »The importance of social context and the overestimation of cross-national differences«. In einer ersten paper session trug *Ricca Edmondson* (Galway) über »Confounding issues in comparative ethnography of older people« vor. Es folgten der Beitrag von *Kathrin Komp* (Amsterdam) über »Europe's young old as a resource to the welfare state« und der Bericht von *Stephanie Stuck* (Mannheim) über »Potentials beyond 50: Informal work of the older population in Europe«. Anschließend gab *Helen Baykara-Krumme* (Berlin) Antwort auf die Frage »Response to culture or socio-economic differences? A comparative analysis of intergenerational relations in migrant and non-migrant adult families in Germany«, bevor *Claudia Vogel* (Berlin) einen Einblick in »Intergenerational transfers: A comparative German-Israeli analysis« gab. In der zweiten Plenarveranstaltung des Tages sprach *Tony Maltby* (Birmingham) über »A pan European perspective on the international political economy of ageing«. In der zweiten paper session des Tages betrachtete *Zdenek Tomes* (Brno) zunächst das »European ageing in the long term perspective«. *Valentina Hlebec* und *Ida Lab* (beide Ljubljana) referierten über »Quality of live of elderly in Central and East European countries«, und *Ulf Thöle* (Kassel) betrachtete die »Political culture in ageing societies – Results of comparative research on the relation of old age and political participation«. Im zweiten Teil dieser paper session trugen *Emmanuele Pavolini* (Ancona) und *Costanzo Ranci* (Milano) über »Public welfare and social change: New trends of elderly care policy in Western Europe« vor, ehe *Ursula Dallinger* (Hamburg) im letzten Vortrag des Tages die »Basic pensions: New welfare arrangements for old age security and its outcomes on social inequality« in den Blick nahm.

Der dritte und letzte Veranstaltungstag stand unter dem Motto »Ageing and work«. In der dazugehörigen Plenarveranstaltung referierten *Jolanta Perle-Bialas* (Krakau) über »Employment in ageing Europe« und *Frerich Frerichs* (Vechta) zum Thema »Labour market policies for older workers – Great Britain and Germany compared«. In der anschließenden paper session trug zunächst *Dirk Hofacker* (Bamberg) über »Globalization and the late careers of older workers in OECD countries – Findings from comparative research« vor. Es folgten der Beitrag von *Anna Pärämänen* (Jyväskylä) über »Age policies as part of strategic human resources management« und die Ausführungen von *Kate Hamblin* (Bath) über »Skilled unemployed older individual's experiences of the jobresearch process in the UK«. Nach dem Mittag trugen *Andreas Reichert* und *Mirko Sporck* (beide Dortmund) über »A cross-national study of employment initiatives for an ageing workforce« vor, bevor *Cornelia Spross* und *Kristina Lang* (beide Nürnberg) im letzten Vortrag über »Older workers in Germany – no paradigm shift so far. Do other European countries perform better?« sprachen. Mit den abschließenden Betrachtungen von *Harald Kinemund* (Vechta) und *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) wurde die Veranstaltung geschlossen.

Es folgte eine Mitgliederversammlung der Sektion. Die Präsentationen der einzelnen Vorträge dieser Veranstaltung können auf der Website der Sektion eingesehen werden.

7. Soziologiekongress in Kassel 2006

Auf dem 33. Kongress für Soziologie in Kassel (09.-13. Oktober 2006) war die Sektion mit drei Veranstaltungen vertreten.

Am 10. Oktober 2006 führte sie ihre eigene, von *Gertrud M. Backes* (Vechta) und *Klaus R. Schroeter* (Kiel) organisierte Sektionsveranstaltung zum Thema »Körper – Geschlecht – Alter(n)« durch. Die Veranstaltung nahm das komplexe Wechselverhältnis von Körper/Leib und sozialer Ordnung, insbesondere im Zusammenhang mit Altern und Geschlecht (sex/gender) ins Visier. Davon ausgehend, dass moderne Gesellschaften u.a. auch somatische Gesellschaften sind, in denen die Symbolhaftigkeit des »korporalen Kapitals« auch im Alter zunehmend an Bedeutung gewinnt, sprach *Klaus R. Schroeter* (Kiel) in seiner Einleitung im Rekurs auf Bourdieu und Goffman und – als Antwort auf die von Joas kritisierte »Leibvergessenheit« der Soziologie – auch in Anlehnung an die Philosophie des Leibes von Hermann Schmitz über die Anschlussfähigkeiten der Körpersoziologie für die

Altersforschung. *Katja Reimann* (Kassel) stellte einen Arbeitsbericht über »Homosexuelle Männlichkeit und Körperlichkeit im Prozess des Alterns« vor, in dem sie auf der Grundlage problemzentrierter Interviews den Jugend- und Körperkult homosexueller Subkulturen auf seine Implikationen für alt werdende homosexuelle Männer diskutierte. *Susanne Blum* (Schaffhausen) stützte sich in ihren Ausführungen über die »Auswirkungen des Alterns als körperlich-leibliche Erfahrung auf die Identität des alternden Menschen« auf eine von ihr und *Renate Drevensek* durchgeführte qualitative Untersuchung hochaltriger Menschen. Sie behandelte vor allem die Frage, wie der jenseits von Krankheit erfahrene körperliche Alterungsprozess die Identität und das Handeln des alternden Menschen beeinflusst und vertrat die These, dass es bei der Identitätsbildung um einen dynamischen Prozess zwischen »Leib als Last, Leib als Lust und Reflexion« geht, der sich in der Balance befinden muss. *Mone Spindler* (Sheffield) zeigte in ihrem Vortrag »Ist Anti-Aging unnatürlich? Die soziale und biologische Ko-Konstruktion alternden Körper« in einem dekonstruktivistischen Ansatz und anhand erster Ergebnisse teilnehmender Beobachtungen von Anti-Ageing Konferenzen, wie durch die Anwendung von Anti-Ageing Methoden nicht nur die Bedeutung, sondern auch die Materialität alternder Körper sozial verändert wird. Von der These ausgehend, dass das gesellschaftlich propagierte »erfolgreiche Altern« körperliche Fitness voraussetzt, zeigte *Angelika Uhlmann* (Greifswald) in ihrem Beitrag über »Frauenbewegung im Alter«, dass alte Frauen heute – anders als früher und anders als Männer – selbstverständlich an der Bewegungs- und Sportkultur teilnehmen und dabei den informellen, nichtorganisierten Sport mit niedrigschwelligem Zugang bevorzugen. *Clemens Tesch-Römer* behandelte in dem gemeinsam mit *Andreas Motel-Klingebl* und *Martin J. Tomasik* (alle Berlin) verfassten Beitrag »Geschlechterdifferenz zwischen Natur und Gesellschaft – gesellschaftsvergleichende Perspektiven auf die wahrgenommene Lebensqualität im späten Lebensverlauf von Frauen und Männern« die Beziehung zwischen Geschlechterungleichheit und subjektiver Lebensqualität. Anhand eines internationalen Vergleichsdatensatzes mit Daten aus Norwegen, England, Deutschland, Spanien und Israel ging er der Frage nach, wie die oftmals biologisch begründeten Geschlechterdifferenzen in der wahrgenommenen Lebensqualität mit gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen in Beziehung zu setzen sind.

Im Anschluss an diese Sektionssitzung fand eine Mitgliederversammlung statt, in der der Vorstand einen Bericht über die letzten Sektionstagungen erstattete und das geplante weitere Vorgehen der Sektionsarbeit vorstellte.

Am 11. Oktober 2006 fand eine gemeinsame Veranstaltung der Sektion Alter(n) und Gesellschaft und der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie zum Thema »Natur und Gesellschaft in Gesundheit und Alter(n) – natürliche Unterschiede und soziale Ungleichheiten« statt, die von *Gertrud M. Backes* (Vechta) und *Johann Behrens* (Halle) organisiert wurde. Inhaltlich ging es in dieser Veranstaltung insbesondere darum, zu zeigen, dass sowohl Gesundheit als auch Alter(n) keineswegs nur biologische Phänomene darstellen, die sekundär auch sozialen Einflüssen unterliegen, sondern grundlegend gesellschaftlich strukturiert und strukturbildend sind. *Johann Behrens* und *Andreas Simm* (beide Halle) legten eine thematische Grundlage mit ihrem Beitrag »Natürliche Unterschiede und soziale Ungleichheit in Altern und Gesundheit«. *Ralf K. Himmelreicher* und *Hans-Martin von Gaudecker* (beide Berlin) diskutierten am Beispiel der »Differentielle[n] Sterblichkeit von Männern in Deutschland« die empirische Nutzung von Daten des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung. *Anke Christiane Spaß*, *Thomas Lampert* und *Ute Ellert* (alle Berlin) versuchten mit Daten des telefonischen Gesundheits-surveys 2003 empirische Antworten auf die Frage »Gesundheitsbezogene Lebensqualität im Altersverlauf – Gibt es Zusammenhänge zur sozioökonomischen Lage?« zu finden. Entlang der theoretischen Unterscheidung zwischen Risiko und Gefahr problematisierte *Markus Zimmermann* (Halle) das gerontologische Konzept des »erfolgreichen Alterns«; der Titel seines Vortrages lautete »Der Zwang zum Erfolg? Successful Ageing als präventionistische Umstellung von einer Gefährdung des Körpers durch Gefahren auf Krankheitsrisiken im Alter«. In seinen konzeptionellen Ausführungen zu »Ageism in Ageing Societies« stellte *Kai Brauer* (Berlin) dar, wie soziale Altersdiskriminierungen häufig mit Verweis auf scheinbar biologische Tatsachen legitimiert werden. Die beiden letzten Vorträge befassten sich wiederum mit sozialen Determinanten der Sterblichkeit: *Rasmus Hoffmann* (Rostock) erörterte »Natürliche« und soziale Unterschiede in der Altersmortalität – Theoretische und empirische Abgrenzungen«, während *Wolfgang Voges* (Bremen) Daten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) analysierte, um damit »Soziale Unterschiede der Suizidalität im Alter« aufzudecken.

Ebenfalls am 11. Oktober 2006 hat die Sektion gemeinsam mit der Sektion Familiensoziologie eine Plenarveranstaltung zum Thema »Die Biologie des Lebenslaufs und die soziale Prägung der menschlichen Natur: Zur Re-Naturalisierung von privaten Lebensformen, Familie und Alter« durchgeführt, die von *Harald Kinemund* (Vechta) und *Günter Burkart* (Lüneburg) organisiert wurde. *Johannes K. Schmidt* (Luzern) befasste sich in seinem Vor-

trag »Das Verhältnis von sozialer und biologischer Verwandtschaft: Konkurrenz oder Symbiose biologischer und soziologischer Konzepte« mit der Kategorie der Verwandtschaft, die besonders geeignet ist, das Verhältnis von biologischen und sozialen Faktoren auszuloten. Es ging ihm um eine »operative Theorie der Verwandtschaft«, um eine Interpretation von Verwandtschaft als ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium. *Simone Scherger* (Berlin) setze sich in ihrem Beitrag »Anlässe zur Re-Naturalisierung des Lebenslaufs – über die soziale Naturalisierung individueller und gesellschaftlicher Problemlagen am Beispiel von Fertilität« mit den Grenzen der Soziobiologie am Beispiel des Übergangs in die Elternschaft auseinander. *Hilke Brockmann* (Bremen) schließlich problematisierte in ihrem Vortrag »Gesundheit und Familie: Ein deutsch-amerikanischer Test« die Zusammenhänge von Ehe und psychischer bzw. physischer Gesundheit und fragte nach den Konsequenzen biographisch späterer Heirat, häufigeren Scheidungen und Trennungen, sinkenden Kinderzahlen und steigender Kinderlosigkeit.

8. Frühjahrstagung 2007 in Kiel

Am 1. und 2. Juni 2007 fand in Kiel eine gemeinsam von der Sektion Alter(n) und Gesellschaft und der *Gender Research Group* der Universität Kiel veranstaltete Tagung unter dem Titel »Diversity & Inclusion: Potenziale einer alternden Gesellschaft« statt. In dieser von *Ursula Pasero* und *Klaus R. Schroeter* (beide Kiel) organisierten Veranstaltung wurde die multidisziplinäre und differentielle Altersforschung in den Mittelpunkt gestellt und unter dem Blickwinkel der kulturellen Vielfalt nach den Konstruktionen, der Empirie und der Zukunft des Alterns gefragt. Die Moderation der Tagung übernahmen abwechselnd Gertrud M. Backes, Ursula Pasero und Klaus R. Schroeter. Nach einem Grußwort von *Monika Jungbauer-Gans* (Kiel), der Direktorin des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Kiel, und einer Begrüßung durch *Ursula Pasero*, als Leiterin der Gender Research Group der Universität Kiel, und *Gertrud M Backes*, als Sektionssprecherin, eröffnete *Ursula Pasero* (Kiel) den Vortragsreigen mit ihren Ausführungen über »Individualisierung eines demographischen Phänomens«. Sie diskutierte den paradoxen Befund des sich verjüngenden Alters und wies auf die damit unzuverlässig werdenden stereotypen Vorstellungen vom Altern sowie auf die Entwicklung von sich als »Old-Professionals« profilierenden Alters-Avantgarden hin. Davon ausgehend, dass Altern für spätmoderne Gesellschaften zu einer immer wichtigeren Ausdifferenzierungsformel wird, stellte *Karen van den Berg*

(Friedrichshafen) in ihrem kulturwissenschaftlichen Beitrag über die »Semantiken des Alters. Diskursinterventionen und Bildlektüren von Giorgione, August Sander und On Kawara« drei Bildlektüren vor, anhand derer sie zeigte, dass Altern mehr als ein biokulturelles Phänomen ist. *Christine Hartmann* (Bregenz) trug aus einer philosophisch-andragogischen Perspektive zum Thema »Alter(n)stopographien« vor. Den Vorstellungen einer konstruktivistischen Interpretation der Lebenswelt verpflichtet, stellte sie – stets eingedenk der Hypothese, das ausreichend Inszeniertes nicht wirklich zu werden braucht – mögliche Alternstopographien im Sinne antizipierter Szenarien des Älterwerdens vor. *Klaus R. Schroeter* (Kiel) zeigte in seinem Beitrag »Zur Symbolik des korporalen Kapitals in der alterslosen Altersgesellschaft«, wie sich die Menschen durch signifikante Symbole, wie z.B. alterstypisch codiertes Aussehen, Tätigkeiten, Körperhaltung und Gesichtszüge, ihr »wahres« Alter gegenseitig anzeigen. Er entwickelte in Analogie zur konstruktivistischen Genderforschung die Vorstellung eines *Doing Age* als eine soziale Konstruktion von Altersunterschieden und setzte diese in Bezug zu den gesellschaftlichen Imperativen von Fitness und Wellness. Anschließend referierte *Anton Amann* (Wien) über »Produktives Arbeiten und flexibles Altern: Forschungsprogrammatische Überlegungen zu einem Sozialprodukt des Alters«. Dabei fasste er das Sozialprodukt der Älteren als die Gesamtheit aller Tätigkeiten von Menschen jenseits des Erwerbslebens, die sich in Auto- und Heteroproduktivität umsetzen und einen Nutzen stiften, der in die Herstellung, Bewahrung und Erhöhung von Lebensqualität eingeht. Er machte in seinen Ausführungen deutlich, dass es heute zu einer fremden Vorstellung geworden sei, dass die Älteren auch dauerhaft zur Weiterexistenz der Gesellschaft beitragen und dass das gedankliche Verharren in den Vorstellungen einer ökonomischen Produktion nur von halber Vernunft zeuge. Den letzten Vortrag des ersten Tages hielt *Gertrud M. Backes* (Vechta) über »Geschlechter – Lebenslagen – Alter(n)«. Darin zeigte sie, dass Lebenslagen im Alter – entgegen aller Diskussionen um Feminisierung oder Androgynisierung des Alters – auch weiterhin von einer hierarchisch komplementären Situation zwischen den Geschlechtern geprägt sind und dass sich Frauen und Männer heute gleichzeitig zwischen alten und neuen Altersrisiken befinden.

Am zweiten Veranstaltungstag standen (durch den kurzfristigen Ausfall dreier Referenten bedingt) nur noch zwei Beiträge auf dem Programm. Zunächst diskutierte *François Höpflinger* (Zürich) in seinem Beitrag über »Ausdehnung der Lebensarbeitszeit und die Stellung älterer Arbeitskräfte – Perspektiven aus Sicht einer differenziellen Alternforschung« die Möglichkeiten

und Grenzen eines »produktiven Alterns«. Dabei wies er jedoch auch darauf hin, dass »alt, innovativ und produktiv« immer stärker zu einer zentralen gesellschaftlichen Leitvorstellung zur Bewältigung der erwarteten demographischen Entwicklungen wird und »produktives Altern« – insbesondere wenn man die unbezahlten Arbeiten, vor allem von Frauen mit einbezieht – bereits heute vielfach Realität ist. Im Anschluss daran fragte *Harald Künemund* (Vechta) in seinem Beitrag über »Freizeit und Lebensstile älterer Frauen und Männer – Überlegungen zur Gegenwart und Zukunft gesellschaftlicher Partizipation im Ruhestand« nach den sich im Strukturwandel herausgebildeten Tätigkeitsformen älterer Menschen. Dabei zeigte er, dass – entgegen einer mancherorts vermuteten neuen Ausdifferenzierung von Lebensstilen im Alter – der Blick in die empirischen Befunde nicht den Eindruck entstehen lässt, dass die aktive Gestaltung der Zeit nach dem Übergang in den Ruhestand im Sinne neuer Lebensstile und Partizipationsformen an Bedeutung gewinne. Mit den abschließenden Betrachtungen von *Ursula Pasero* und *Klaus R. Schroeter* (beide Kiel) wurde die Veranstaltung geschlossen.

Entgegen der sonst üblichen Gepflogenheit, die Tagungsbeiträge in einem späteren Sammelband zu veröffentlichen, wurde der Kieler Tagungsband² bereits zur Sektionsveranstaltung vorgelegt. Das brachte auch den Vorteil, dass die Referenten sich auf eine pointierte Kurzdarstellung (20 Minuten-Beiträge) ihrer Gedanken konzentrieren konnten, was wiederum eine breite und kontrovers geführte Diskussion der einzelnen Beiträge zur Folge hatte. Die Tagung war am ersten Tag mit ca. 120 Personen, am zweiten Tag mit ca. 90 Personen gut besucht und fand auch in der Presseberichterstattung ihre Aufmerksamkeit (vgl. die entsprechenden Nachweise auf der Webseite der Sektion).

Im Anschluss an die Sektionsveranstaltung fand am 2. Juni 2007 eine Mitgliederversammlung statt, auf der auch die turnusmäßigen Wahlen durchgeführt wurden. Bei dieser Wahl wurde die Sprecherin der Sektion – *Gertrud M. Backes* (Vechta) – für eine weitere Amtsperiode gewählt. *Klaus R. Schroeter* (Kiel) wurde zum stellvertretenden Sprecher der Sektion gewählt. Fernerhin wurden *Anton Amann* (Wien), *Wolfgang Clemens* (Berlin), *Harald Künemund* (Vechta), *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) und *Hildegard Theobald* (Vechta) erneut in den Vorstand gewählt.

2 Pasero, Ursula; Backes, Gertrud M.; Schroeter, Klaus R. (Hg.), 2007: Altern in Gesellschaft. Ageing – Diversity – Inclusion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

9. Herbsttagung 2007 in Berlin

Am 9. und 10. November 2007 fand in Kooperation mit dem Zentrum Altern und Gesellschaft (ZAG) der Universität Vechta die Herbsttagung der Sektion am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und am zweiten Tag im Seminarzentrum der FU Berlin statt. Die unter dem Motto »Zu Alt? Zur Theorie des Ageism und zur Empirie der Altersdiskriminierung auf Arbeitsmärkten« stehende Tagung wurde von *Kai Brauer* (Berlin) und *Wolfgang Clemens* (Berlin) organisiert und moderiert.

Nach einem Grußwort von *Barbara Riedmüller* (Berlin), der Dekanin des Fachbereichs Politik/Soziologie, begrüßte *Klaus R. Schroeter* (Kiel) im Namen des Vorstands und *Wolfgang Clemens* (Berlin) als lokaler Veranstalter die ca. 50 Anwesenden. *Kai Brauer* (Berlin) gab in seinem Eröffnungsvortrag »Ageism: Fakt oder Fiktion?« zunächst einen Überblick über den Stand der internationalen Ageism-Forschung und gab Einblick in ein z.Zt. zu diesem Thema laufendes Forschungsprojekt. *Undine Kramer* (Berlin) zeigte in ihrem Vortrag über »Ageismus – Zur sprachlichen Diskriminierung des Alters« auf, wie sich die semantischen Konnotationen zum Altersbegriff in den Jahren verändert haben. *Ludwig Amrhein* (Vechta) zeigte in seinem Beitrag »Altersintegration als Konzept gegen Altersdiskriminierung? Anmerkungen zum Konzept der »Age Integration« von Matilda W. Riley« den seiner Ansicht utopischen Impetus des Konzeptes einer altersintegrierten Gesellschaft auf und stellte dem ein Konzept der altersdifferenzierten Gesellschaft gegenüber. *Jacqueline Höltege*, *Cosmo Martin Dittmar-Dahnke* und *Martina Wolfinger* (alle Vechta) legten in einem Werkstattbericht »Kritische Thesen zu Ageismus und Geschlecht« vor. *Saskia-Fee Bender* (Frankfurt) bezog sich in ihrem Vortrag über »Wertschätzung statt Abwertung älterer ArbeitnehmerInnen« auf Diversity-Konzepte und stellte dazu Ergebnisse einer empirischen Studie vor, in der vier ausgewählte Unternehmen sowie eine Verwaltung dazu befragt wurden, wie sie Diversity und Age-Diversity verstehen und umsetzen. Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages führte *Kai Brauer* (Berlin) in einer Podiumsveranstaltung ein Interview mit der Journalistin *Astrid Nourney* (Hamburg) über ihr Buch »Zu alt? Abgelehnt! Berichte aus Deutschland über das Älterwerden«, in dem die Autorin in 20 Interviews mit 24- bis 75-Jährigen aus Politik, Fernsehen, Wissenschaft und Werbung über die Diskriminierung älterer Menschen berichtet.

Am zweiten Veranstaltungstag referierten *Carola Burkert* und *Cornelia Sproß* (Nürnberg) auf der Grundlage aktueller IAB-Daten über »Früher oder später: Veränderte Altersbilder auf Arbeitsmärkten im europäischen Ver-

gleich – Veränderte nationale Sichtweisen oder europäisches Konstrukt?« Der Beitrag analysierte in einem Ländervergleich und im Zeitablauf die unterschiedlichen Versuche, die relevanten Akteure zu einer veränderten Verhaltenseinstellung zu bewegen. Im Anschluss daran sprach *Frerich Frerichs* (Vechta) über »Lebenslagen älterer Arbeitnehmer/innen und Arbeitsmarktpolitik – Großbritannien, Japan und Deutschland im Wohlfahrtsvergleich«. Dabei wurden die Eigenlogiken der Wohlfahrtsstaatsysteme betont und die daraus resultierende, je spezifische Form der Bekämpfung der Arbeitsmarktprobleme älterer Arbeitnehmer/innen kritisch analysiert. Abschließend referierte *Heike Schimkat* (Berlin) zum Thema »Alter ist bei uns in der Tat (k)ein Thema!« Fallanalyse betrieblicher Einstellungsprozesse«. Mittels eines ethnographischen Zugangs wurden dabei die Altersbilder von Personalverantwortlichen bei Stellenbesetzungen untersucht. Nach den abschließenden Worten von *Gertrud M. Backes* (Vechta) fand eine Mitgliederversammlung statt, auf der das weitere Vorgehen der Sektionsarbeit besprochen wurde.

10. Ausblick

Für 2008 plant die Sektion in Kooperation mit dem *Zentrum für Altern und Gesellschaft* der Universität Vechta und dem *Danish National Institute for Social Research* und der Universität Århus eine internationale Konferenz zum Thema »Transforming elderly care at local, national and transnational levels«, die vom 19. bis 21. Juni in Kopenhagen stattfinden wird. Der entsprechende Call for papers findet sich auf der Website der Sektion (www.sektion-altern.de/).

Auf dem kommenden Soziologiekongress (06.-10. Oktober 2008) in Jena wird die Sektion zwei Veranstaltungen anbieten: zum einen gemeinsam mit den Sektionen Medizin- und Gesundheitssoziologie sowie Soziale Indikatoren zum Thema »Gesundheit und Lebensqualität im Lebenslauf – Stabilität und Wandel in sicheren und unsicheren Zeiten« sowie eine weitere Sektionsveranstaltung mit dem Titel »Alter(n) und gesellschaftliche Transformation – individuelle und gesellschaftliche Chancen und Risiken«. Nähere Details finden sich auf der Website der Sektion (<http://www.sektion-altern.de/>).

Gertrud M. Backes, Klaus R. Schroeter

Sektion Kultursoziologie

Jahresbericht 2006

Zu Beginn des Jahres veranstaltete der Arbeitskreis Philosophische Anthropologie (*Karl-Siegbert Rehberg, Joachim Fischer*) vom 26. bis 28. Januar 2006 in Dresden eine internationale Tagung über »Arnold Gehlen – Zu Genese und Aktualität seines Werkes«. In insgesamt acht Sektionen trugen 28 Redner Aspekte zu Werk und Wirkung Gehlens vor, die neben Ästhetik und Techniktheorie auch Gehlens Sprachphilosophie und Institutionentheorie bedachten. Ein Tagungsbericht erschien in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie und in der FAZ (Lauermann, Manfred: Zurück zum politischen Biedermeier. Von Soziologie entlastet: Eine Tagung in Dresden über Arnold Gehlen; Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 33 vom 8. Februar 2006, S. N 3), ein Tagungsband wird demnächst erscheinen.

Am 3. und 4. Februar 2006 veranstaltete der Arbeitskreis Philosophische Anthropologie (*Joachim Fischer, Gesa Lindemann*) in Berlin einen Workshop zum Thema »Wie viel (menschliche) Natur braucht die Soziologie?«, in dem die Frage aufgegriffen wurde, inwiefern die Renaissance des Naturbegriffes in seinen unterschiedlichsten Deutungen neue Fragen an die Soziologie stelle. Neben den Veranstaltern beteiligten sich *Alexandra Manzei, Nico Lüdtke, Robert Seyfert, Stefan Kaufmann, Christoph Görg, Jutta Weber* und *Ehira Scheich* an der Diskussion. Das Thema wurde auf dem Kassler Kongress für Soziologie wieder aufgegriffen.

Die Frühjahrstagung der Sektion behandelte das Thema »Arbeit, Politik und Vergnügen in Jugendkulturen« und wurde von *Udo Göttlich* gemeinsam mit der Sektion Jugendsoziologie (*Renate Müller*) am 2. und 3. März 2006 in Ludwigsburg veranstaltet. In vier Panels wurden Kompetenzerwerb und symbolische Kreativität in Jugendkulturen, Jugendkulturen als politische und religiöse Sinnstiftungen, Sozialästhetische Umgehensweisen mit Musik und Medien in Jugendkulturen sowie Alltagskultur und institutionelle/ gesellschaftliche Integration von über 30 Referenten erläutert. Ein Tagungsbericht erschien in Heft 4/2006 der »Soziologie«, der Tagungsband ist erschienen (Göttlich, Udo u.a. (Hg.), Arbeit, Politik und Religion in Jugendkulturen. Engagement und Vergnügen, Weinheim 2007).

Am 28. und 29. April 2006 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie (*Joachim Fischer, Heike Delitz*) gemeinsam mit dem Institut

für Baugeschichte der TU Dresden und der DGS-Sektion Stadt- und Regionalsoziologie eine Tagung unter dem Titel »Die Architektur der Gesellschaft. Architektur der Moderne im Blick soziologischer Theorie« in Dresden. Zur Debatte trugen weiter *Bernhard Schäfers*, *Hans-Georg Lippert*, *Herbert Schubert*, *Jens Dangschat*, *Markus Schroer*, *Karl-Siegbert Rehberg*, *Achim Hahn*, *Wolfgang Lenk*, *Susanne Frank* und *Udo Göttlich* bei. Ein Tagungsbericht erschien in Heft 4/2006 der »Soziologie«, ein Tagungsband steht kurz vor der Publikation.

Am 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel beteiligte sich die Sektion Kultursoziologie mannigfaltig. Gemeinsam mit der Sektion Familiensoziologie (*Günter Burkart*) organisierte *Clemens Albrecht* ein Doppelpodium zum Thema »Kulturen und Sozialtechnologien der Fertilität«, auf dem *Karl Otto Hondrich*, *Xisbe Peng*, *Christian Schmitt*, *Bettina Gransow* und *Cornelia Helfferich* vortrugen. Ein weiteres Plenum (gemeinsam mit der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie organisiert von *Clemens Albrecht* und *Markus Pohlmann*) beschäftigte sich mit dem Thema »Schicksal Markt – Ökonomisierung als »survival of the fittest?«. Hier erörterten *Michaela Pfadenbauer*, *Ronald Hitzler*, *Dieter Sauer* und *Uwe Schimank* die vielfältigen Aspekte der Ökonomisierung von Gemeinschaften, individuellen Lebensentwürfen und Hochschulen. Auf einem dritten Plenum, organisiert von *Joachim Fischer* gemeinsam mit *Uwe Schimank* (Sektion Soziologische Theorie) wurde die Frage »Wie viel (menschliche) Natur braucht die Soziologie?« wieder aufgegriffen und durch *Veronika Lipphardt*, *Jörg Niewöhner* und *Thomas Müller-Schneider* vertieft. Die Sektionssitzung stand unter dem Thema »Natürlich – künstlich. Zur Soziologie einer Unterscheidung«. Sie wurde geleitet von *Clemens Albrecht* und erörterte das Thema durch Beiträge von *Urs Stäbeli*, *Sven Opitz*, *Dirk Verdicchio*, *Dmitri Zakharine*, *Benedikt Köhler*, *Andreas Lösch* und *Nina Tessa Zahner*. Im Anschluss fand die Mitgliederversammlung der Sektion statt. Mitglieder der Sektion initiierten außerdem zahlreiche Ad-hoc-Gruppen: *Stephan Moebius* »Die Materialität sozialer Praxis – Zur Rolle des Poststrukturalismus in der Soziologie«, *Dominik Schrage* und *Kai-Uwe Hellmann* »Vergesellschaftung durch Konsum«, *Ronald Kurt* und *Gernot Saalman* »Konsonanzen, Dissonanzen, Resonanzen. Die soziale Natur der Musik«, *Herbert Willems* und *Johannes Weiß* »(Ent-)theatralisierung der Gesellschaft«, *Gesa Lindemann* und *Joachim Fischer* »Soziologie des Lebens«, *Clemens Albrecht* gemeinsam mit *Michael Klein* (René-König-Gesellschaft) »100 Jahre René König, 30 Jahre Sektion Kultursoziologie«,

Herbert Schubert und Joachim Fischer »Architektur als räumliche Verkörperung der Gesellschaft«.

Aus der Sektion erschienen 2006 folgende Arbeiten: Moebius, Stephan, *Die Zauberlehrlinge. Soziologiegeschichte des Collège de Sociologie*, Konstanz 2006; Moebius, Stephan / Quadflieg, Dirk (Hg.), *Kultur, Theorien der Gegenwart*, Wiesbaden 2006; Reinhardt, Jan Dietrich, *Identität, Kommunikation und Massenmedien. Kultur, Geschichte, Theorie. Studien zur Kultursoziologie Bd. 3*, Würzburg 2006; Ziemann, Andreas (Hg.), *Medien der Gesellschaft – Gesellschaft der Medien*, Konstanz 2006.

Als neue Mitglieder hat die Sektion 2006 Ronald Kurt (Düsseldorf), Dmitri Zakharine (Konstanz) und Markus Schroer (Darmstadt) aufgenommen.

Clemens Albrecht

Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie

Jahresbericht 2007

1. Jahrestagung

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Jahres 2007 stand die Jahrestagung der Sektion, die am 20. und 21. Juni 2007 an der Universität Trier stattfand. Das Thema lautete »Medien und Macht«. Inhaltlich vorbereitet und organisiert wurde die Tagung von *Michael Jäckel* (Universität Trier) und *Manfred Mai* (Universität Duisburg-Essen). Das Rahmenthema stieß auf großes Interesse, was sich sowohl in den Besucherzahlen als auch den Diskussionen niederschlug.

Was in der Soziologie auf den ersten Blick mit »Medien und Macht« in Verbindung gebracht wird, nämlich Konzentration von Meinungsmacht, gezielte Formen der Manipulation etc., versteckt sich heute in zunehmendem Maße offenbar hinter »individualisierten« Geschäftsbeziehungen zwischen Anbietern und Kunden, die angesichts einer Vervielfältigung der Distributionswege viele Wege zu Medienprodukten beschreiten können. Im Vorfeld der Funkausstellung 2006 hatte der Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Norbert Schneider, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit seinem Beitrag »Soviel Macht war noch nie« auf

diese Veränderungen aufmerksam gemacht. Er plädierte darin für ein neues Medienrecht, weil sich die Übersichtlichkeit der analogen Welt in eine Unübersichtlichkeit der digitalen Welt zu verwandeln beginne. »Funktions-schmelzen« seien beobachtbar, die die klassische Trennung von Produktion, Distribution und Vermarktung aufheben.

Konsumentensouveränität werde nun also noch ernster genommen als in den Anfängen des dualen Rundfunks. Jetzt werde eben direkt mit dem Kunden abgerechnet. »Und der Nutzer der neuen Offerten scheint mindestens auf den ersten Blick seine Ohnmacht abzustreifen, auf dem Weg zum ewigen Königtum des Kunden.« In dieser Beobachtung fließen zahlreiche Bedenken zusammen, die in erster Linie die Vorstellungen von Medienaufsicht und Medienkontrolle betreffen. Der Kunde ist in der Vergangenheit schon häufig auf den Thron des Königs gehoben worden, nunmehr aber werden die klassischen »Schutzbereiche« der Rundfunkstaatsverträge mit den Notwendigkeiten des Verbraucherschutzes vermischt.

Damit wird erkennbar, dass die Institution des Rundfunks auf der organisatorischen Ebene uns nicht mehr nur an Fernsehanstalten oder Verlagshäuser denken lässt, sondern neue Player – Banken, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Netzbetreiber – am Werk sind, die eher weniger nach journalistischen als nach ökonomischen Kriterien die Entscheidungen vorbereiten, die dann irgendwann eine »normative Kraft des Faktischen« entfalten können. Schneider befürchtete, dass die Ruhe auf der politischen Ebene eine solche Entwicklung begünstigen könnte.

Eine Vielzahl der Tagungsbeiträge war daher mit der Frage befasst, was diese Veränderungen für den »ersten Blick« der Soziologie bedeuten können. Treten uns die mit »Medien und Macht« assoziierten Probleme nun in einem »entstrukturierten« und »not-so-mass communication«-Kontext entgegen? Im Zuge der Debatte um die Individualisierung der Massenkommunikation sind diese Fragen bereits aufgetaucht, aber nicht wirklich nachhaltig behandelt worden. Jetzt, da erneut vermehrt über die Zukunft der Massenkommunikation diskutiert wird, wird nicht nur ein zweiter Blick erforderlich, sondern auch der zweite Atem des Phänomens deutlich. Denn neue Verbreitungs- und Zugriffstechnologien bringen den Medienmarkt in Bewegung.

Neben den Konsequenzen für die Medienaufsicht und die Medienpolitik wurden daher zunächst die Rolle der jetzigen Programmanbieter im Bereich des Fernsehens diskutiert (Zukunft des dualen Rundfunks), dann aber die Perspektive auf neue Möglichkeiten der Einflussnahme von Mediennutzern auf Medienangebote gelenkt. Prominente Beispiele wie Wiki-

pedia wurden dabei unter organisatorischen und Beteiligungsaspekten ebenso kritisch analysiert wie neue journalistische »Integrations«-Projekte, die mal »Bürgerjournalismus« genannt werden, mal unter dem Etikett »Leser-Reporter« firmieren. Ebenso spielte die Frage eine Rolle, ob neue Möglichkeiten der elektronisch gestützten Gruppenbildung den Einfluss auf Form und Inhalt von Medienangeboten verändern können. Trotz der Aufmerksamkeit, die Angebote im Umfeld des Web 2.0 gegenwärtig erhalten, spielten auch Fragen eine Rolle, die sich an Formaten des Unterhaltungsangebots im Fernsehen orientierten, etwa, ob es eine Macht der Emotionen gibt. Diese Frage wurde unter anderem am Beispiel von Serienformaten und Reality TV-Konzepten erörtert und spiegelt exemplarisch wider, dass nicht nur im alltagssprachlichen Zusammenhang das Machtphänomen in vielen Medienangeboten vermutet wird. Die Tagung hat daher auch versucht, dieser inflationären Zuschreibung von Macht und Einfluss durch kritisches Hinterfragen Grenzen zu setzen.

Im Frühjahr 2008 wird im Campus-Verlag eine Publikation (Medienmacht und Gesellschaft. Zum Wandel öffentlicher Kommunikation) erscheinen. Einen ausführlichen Bericht sendete der Deutschlandfunk bereits im September 2007.

2. Weitere Tagungen

Am 27. und 28. September 2007 fand eine große deutschsprachige Konferenz zum Thema Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main statt. *Christian Stegbauer* hat diese Tagung organisiert und durchgeführt.

3. Publikationen

Die Beiträge der Sektionsveranstaltung anlässlich des Kongresses für Soziologie in Kassel 2006 sind im November 2007 im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen (Stegbauer, Christian; Jäckel, Michael (Hrsg.): Social Software. Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken. Wiesbaden 2008).

Michael Jäckel

Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung

Mehrjahresbericht 2005-2007

Der folgende Bericht stellt die Aktivitäten der Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung während meiner ersten Amtsperiode als Sprecher der Sektion dar. Im Oktober 2005 übernahm ich dieses Amt von Rainer Schnell, der zwei Jahre zuvor zum Sprecher der Sektion gewählt wurde. Die Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung organisiert seit Jahrzehnten zwei, manchmal drei Veranstaltungen im Jahr, oftmals gemeinsam mit anderen Sektionen oder auch Organisationen außerhalb der DGS.

Im Jahr 2005 hat die Sektion drei Veranstaltungen organisiert: Erhebung demographischer Merkmale im internationalen Vergleich (Konstanz, 25./26. Februar 2005), Online-Erhebungen (Mannheim, 15./16. Juli 2005) sowie gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute (ASI) eine Tagung zur Stichprobenqualität in Bevölkerungsumfragen (Berlin, 14./15. Oktober 2005).¹ Bei der Mitgliederversammlung dieser Tagung stellte sich *Rainer Schnell* nicht zur Wiederwahl. Als neuer Sprecher wurde *Christof Wolf* gewählt.²

Unter dem Titel »Individuen und soziale Kontexte: Theoretische Konzepte und empirische Analysen« veranstaltete die Sektion im Frühjahr 2006 eine sehr gut besuchte Tagung zu Ehren von Hans-Joachim Hummell (Duisburg, 24./25. März 2006). *Wolfgang Sodeur* hielt eine Laudatio, in der er die Beiträge Hummells für die empirische Analyse des Verhältnisses von Kontext und Individuum hervorhob. Insbesondere sein Eintreten für die sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse hat bis heute einen nachhaltigen Einfluss auf entsprechende Entwicklungen in Deutschland.

Im Rahmen des Soziologiekongresses in Kassel hat die Sektion eine Sitzung unter der Überschrift »Die empirische Erfassung von Qualität: Evaluationsforschung, Qualitätssicherung und Qualitätsstandards« veranstaltet. Alle Beiträge beschäftigten sich mit methodischen Aspekten der Evaluation, insbesondere Probleme der Bewertung von »Leistung« wurden

1 Die Ergebnisse dieser Tagung sind dokumentiert in Frank Faulbaum und Christof Wolf (Hg.), 2006: Stichprobenqualität in Bevölkerungsumfragen. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaft.

2 Die Wahl des Sprechers erfolgt jeweils auf zwei Jahre, Wiederwahl ist möglich.

diskutiert. Beispiele waren die universitäre Lehre (*Rosar/Klein*) oder soziale Dienstleistungen (*Kelle*). Am Beispiel des Mikrozensus (*Nauenburg*) und in Bezug auf die Datenerhebung bei Kindern (*Fuchs*) wurde auch die Qualität von Umfragedaten diskutiert.

Die Frühjahrstagung des Jahres 2007 wurde unter dem Titel »Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik. Beratung und Evaluation politischer Maßnahmen durch die Wissenschaft« durchgeführt (München, 23./24. März 2007). Bei der Konzeption dieser Veranstaltung haben wir gehofft, Beiträge einzuwerben, die sich auf die spezifischen methodischen Probleme der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik beziehen. Im Vorfeld vieler politischer Entscheidungen wird auf Expertenwissen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zurückgegriffen und politische Maßnahmen werden häufig wissenschaftlich begleitet und in ihren Wirkungen evaluiert. Wie immer, wenn unterschiedliche Teilsysteme, die verschiedenen Logiken folgen, miteinander kommunizieren sollen, ist diese Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik nicht unproblematisch. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen ihre Expertise so formulieren, dass sie von der Politik verstanden werden kann und relevant ist. Politikerinnen und Politiker müssen ihre Fragen an die Wissenschaft so formulieren, dass diese wissenschaftlich bearbeitbar sind und sie müssen lernen, die Informationen der Wissenschaft zu interpretieren. Trotz seiner Wichtigkeit haben nur wenige Beiträge dieser Tagung das Thema direkt adressiert.

Die Herbsttagung der Sektion wurde im abgelaufenen Jahr wiederum gemeinsam mit der ASI veranstaltet und stand unter dem Thema »Konsequenzen der Globalisierung für die international vergleichende Sozialforschung« (Hamburg, 02./03. November 2007). Auf der Tagung, die sehr gut besucht war, wurde ein breites Spektrum an Vorträgen präsentiert: Die empirische Erfassung der Globalisierung (*Blossfeld und Kollegen*), konzeptionelle Überlegungen zu den »Spielarten des Kapitalismus« (*Beyer*), zum »Ansatz der Wohlfahrtsregime angesichts der post-kommunistischen Staaten« (*Kollmorgen*), zur »Defamilisierung« (*Lohmann*) oder zum »privaten Haushalt« (*Warner/Hoffmeyer-Zlotnik*) wurden ebenso präsentiert wie Überlegungen zur Messung von Schulwirksamkeit, der Vorurteile gegenüber Ausländern

oder der Supervisorfunktion im internationalen Vergleich.³ Auf ihren jeweiligen Mitgliederversammlungen, die am Rande der Tagung stattfanden, waren sich die ASI und die Sektion einig, dass diese gemeinsamen Veranstaltungen fruchtbar sind und auch in Zukunft wiederholt werden sollen.

Die nächste Tagung findet am 3. und 4. März 2008 in Bonn statt. Dort wird unter dem Titel »Umfrage als Methode: Hat sie ausgedient?« die Weiterentwicklung der Umfragemethodik im Mittelpunkt stehen. Im Rahmen des Soziologiekongresses im Herbst wird die Sektion dann gemeinsam mit der Sektion »Simulation und Modellbau« zwei Sitzungen zu den Themen »Das Experiment in der Soziologie« sowie »Probleme der vergleichenden Sozialforschung« behandeln. Für das Frühjahr 2009 schließlich ist eine gemeinsame Tagung mit der Sektion »Methoden der qualitativen Sozialforschung« geplant.

Die Sektion hat in den letzten zwei Jahren acht neue Mitglieder aufgenommen und zählt jetzt 100 Mitglieder. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung nach erfolgtem Aufnahmeantrag.

Alle Aktivitäten der Sektion werden über die Homepage der Sektion (www.gesis.org/methodensektion/) sowie über zwei E-Mail-Listen kommuniziert. Stellenausschreibungen, Veranstaltungen der Sektion, aber auch andere einschlägige Veranstaltungen, sowie Veröffentlichungen werden über diese Medien veröffentlicht. Außerdem wird die Leseliste laufend aktualisiert und über die Homepage der Sektion zur Verfügung gestellt. Die Sektion unterhält enge Kontakte zu einschlägigen Organisationen auf der europäischen und internationalen Ebene. Insbesondere mit der European Survey Research Association (ESRA), dem Research Network Methods for Comparative Research on Europe (RENCORE) der ESA sowie dem Research Committee 33 »Logic and Methodology« der ISA wird eng kooperiert. Mitglieder der Sektion sind zudem maßgeblich an der Herausgabe einschlägiger Fachzeitschriften »Methoden – Daten - Analyse« sowie »Survey Research« beteiligt.

Christof Wolf

³ Die Ergebnisse der Tagungen werden erscheinen in: Birgit Pfau-Effinger, Christof Wolf, Sladana Sakac-Magdalenic (Hg.), 2008: Die Konsequenzen der Globalisierung für die international vergleichende Sozialforschung. Bonn: GESIS (in Vorbereitung).

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Jahresbericht 2006/2007

Im Zeitraum 2006-2007 führte die Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung ihre Jahrestagung durch und bereitete andere Tagungen vor. Ferner stand die Konsolidierung der Sektion im Fokus der Vorstandsaktivität.

1. Aktivitäten des Vorstands

Ausarbeitung und Beschluß der Satzung

Auf der Mitgliederversammlung 2006 in Berlin wurde die Verabschiedung einer Satzung angeregt. Der Vorstand hat hierzu einen Entwurf vorbereitet und intensiv diskutiert; an dieser Diskussion wurden auch weitere Mitglieder der Sektion beteiligt. Um der Satzung eine gute Legitimationsgrundlage zu geben, wurde der Entwurf den Mitgliedern der Sektion zur Abstimmung gestellt. Der Vorstand verständigte sich auf folgende Vorgaben: (1) Es müssen mindestens 50% der Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen (Quorum). (2) Von den abgegebenen Stimmen müssen mindestens 50% für die Satzung votieren. An der Abstimmung nahmen 68 Mitglieder (55,7%) teil, von denen 65 Mitglieder (95,6%) für, 3 Mitglieder (4,4%) gegen die Satzung votierten; Enthaltungen gab es keine. Die Sektion hat sich damit eine gültige Satzung gegeben, die auf ihrer Homepage dokumentiert ist (siehe <http://dgs.iz-soz.de/index.php?id=267>).

Leseliste

Der Vorstand diskutierte intensiv die Neufassung der Leseliste und beteiligte weitere KollegInnen sowie die Mitgliederversammlung an dieser Diskussion. Nunmehr steht den Sektionsmitgliedern und allen interessierten KollegInnen eine die methodische Vielfalt der qualitativen Forschung berücksichtigende Leseliste zur Verfügung (siehe <http://dgs.iz-soz.de/index.php?id=236>).

Vorbereitung von und Beteiligung an Tagungen und Workshops

Der Vorstand hat im zurückliegenden Jahr in Kooperation mit anderen Sektionen sowie Sektionsmitgliedern folgende Tagungen vorbereitet:

- Jahrestagung 2008: Die Jahrestagung findet am 25. und 26. April 2008 an der Universität Mainz statt und diskutiert und erprobt die prakti-

- sche Verwendung und Wirkung methodischer Verfahren bei der Analyse empirischer Daten aus laufenden Forschungsprojekten (siehe <http://dgs.iz-soz.de/index.php?id=239>).
- Die Sektion führt mit den DGS-Sektionen Biographieforschung und Kulturosoziologie ein gemeinsames Plenum auf dem DGS-Kongress im Oktober 2008 (Jena) zum Thema »Die Zeit(en) der Transformation« durch. Dem Antrag der drei DGS-Sektionen – für sechs Plenarveranstaltungen lagen 20 Anträge vor – hat der DGS-Vorstand im Januar 2008 zugestimmt (siehe <http://dgs2008.de/programm/plenarveranstaltungen/>). Aus der Sektion ist Armin Nassehi (München) als Juror tätig.
 - Das Thema der Sektionsveranstaltung auf dem DGS-Kongress in Jena lautet: »Zeit als empirisches Phänomen: Biographie – Situation – Verfahren – Geschicht«. Ein Call for Papers wird rechtzeitig an die Mitglieder und Interessenten der Sektion verschickt und auf die Homepage der Sektion und des DGS-Kongresses gestellt.
 - Unter dem Dach unserer Sektion findet im November 2008 eine Arbeitstagung statt, die das Phänomen der Mehrsprachigkeit in der qualitativen Sozialforschung als methodisches Problem erörtern wird. Vorbereitet und durchgeführt wird die Arbeitstagung von Katharina Inhetveen und Uta Liebeskind (beide Universität Siegen); der Call wird im Frühjahr an die Mitglieder verschickt und online gestellt.
 - In Kooperation mit Politikwissenschaftlern der Universität Konstanz bereitet die Sektion eine Tagung zum Thema »Diskursanalyse« vor, die im Winter 2008 oder im Frühjahr 2009 stattfinden. Vom Sektionsvorstand ist Jörg Strübing an der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung beteiligt.
 - Wie auf der Kasseler Mitgliederversammlung (Oktober 2006) erörtert, hat der Vorstand Gespräche mit dem Vorstand der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung geführt. Beschlossen ist nun eine gemeinsame Tagung im Frühjahr 2009; das Format der Tagung (Titel, Themen etc.) wird zur Zeit diskutiert.

Sektionshomepage

Im Rahmen der laufenden Aktivitäten der DGS-Geschäftsstelle zur Umgestaltung der Homepage (Umstellung auf ein Content Management System, neues Design), hat der Sektionsvorstand die bestehenden Informationen sowie zusätzliche Inhalte für unsere Sektion auf die neue technische Plattform umgesetzt; siehe die neue Homepage der DGS (<http://dgs.iz-soz.de/>) und der Sektion (<http://dgs.iz-soz.de/index.php?id=110>).

2. Jahrestagung 2007

Die Jahrestagung 2007 fand am 4. und 5. Mai 2007 im Institut für Höhere Studien (Wien) statt und wurde von Beate Littig inhaltlich und organisatorisch mit organisiert. Zu den Vorträgen:

Andreas Witzel befasste sich – neben der Vorstellung des Archivs für Lebenslaufforschung an der Universität Bremen und seines derzeitigen Ausbausstandes – mit der Unterbestimmtheit des Konzeptes der Sekundäranalyse qualitativer Daten. Er diskutierte zu dessen näherer Bestimmung einen Vorschlag von Heaton (2005), um im Anschluss daran auf verschiedene Typen von Zielsetzungen qualitativer Sekundäranalysen einzugehen. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf das Problem der Dekontextuierung archivierter Daten.

Matthias Klemm und *Jan Weyand* ging es in ihrem Vortrag um die methodische Fundierung kulturvergleichender Sozialforschung. Sie verwiesen zunächst auf das von Matthes als »Nostrifizierung« bezeichnete Problem, dass die für Kulturvergleiche erforderlichen Vergleichskategorien immer schon durch die Wir-Perspektive der Forschenden affiziert sind. Der radikalen These, dass damit jeder wissenschaftliche Kulturvergleich obsolet sei, setzen sie den Verweis auf die Möglichkeiten einer Rekonstruktion alltagspraktischer Formen der wechselseitigen Übersetzung fremdkultureller Wissensbestände in die jeweils eigene Perspektive entgegen. Gerade aus der Analyse alltäglicher Nostrifizierungspraktiken lasse sich das für die wissenschaftlich-kulturvergleichende Perspektive erforderliche *tertium comparationis* gewinnen. Empirisch beziehen sie sich auf die Untersuchung standortübergreifender Kooperationspraktiken von Betriebsräten bei transnationalen Unternehmenszusammenschlüssen.

Bernhard Hadolt und *Beate Littig* (»Soziale Praktiken vergleichen: Genetische Beratung in Österreich, Japan und Deutschland«) diskutierten am Beispiel einer empirischen Studie zu prädikativer genetischer Beratung in Österreich, Japan und Deutschland, wie es methodisch möglich ist, notwendig kulturspezifische »soziale Praktiken« in kulturvergleichender Perspektive zu untersuchen und mit Blick auf die Theoriegenese zu mehrere Fälle übergreifenden Generalisierungen zu gelangen. Methodisch rekurren sie dabei auf Methoden der Ethnographie und der Policy Analyse.

Claudia Dreke (»Imaginationen von Schule und Gesellschaft durch LehrerInnen in Italien und Deutschland: Begriffliche Unterscheidungen kulturvergleichend untersuchen«) diskutierte das methodische Vorgehen einer Studie, deren Gegenstand die Wahrnehmungen von Schülern durch Lehrer

und Lehrerinnen in Italien und Deutschland war. Ihr ging es um die Frage, wie es gelingen kann, kulturbedingte Unterschiede herauszuarbeiten, ohne dabei distinkte Kulturen als strukturierende Einheiten der Analyse zu unterstellen und so zu reproduzieren. Ihren Lösungsvorschlag einer Rekonstruktion von Normalitätsvorstellungen durch eine systematische Begriffsanalyse auf Basis fokussierender biographischer Interviews präsentierte sie am Beispiel von Interviews mit Lehrerinnen aus Italien und Deutschland

Karin Schittenhelm (»Die komparative Analyse von »Geschlecht« – methodologische Überlegungen und empirische Beispiele«) diskutierte Möglichkeiten zur Untersuchung von Geschlechtskonstruktionen im Kontext der Migrationsforschung. Zentral war auch in diesem Vortrag das methodische Problem der Etablierung einer komparativen Perspektive, die nicht schon in ihrer Anlage erst noch zu rekonstruierende Kategorien und Fallgruppenunterscheidungen präjudiziert. Sie präsentierte ihren methodischen Lösungsvorschlag am Beispiel einer bereits abgeschlossenen Untersuchung von sozialen Lagen und Lebensstilen junger Frauen unterschiedlicher Ethnien und Herkunftsmilieus sowie einer noch laufenden Studie zum Statusübergang von Migrantinnen und Migranten bei Eintritt in den Arbeitsmarkt.

Die Basis des Vortrags von *Thomas Scheffer* (»Ethnographic comparison of law«) bildete die Selbstbeobachtung einer Forschungsgruppe, in der auf Basis ethnographisch orientierter Länderfallstudien die Rechtspraxis in Strafverfahren vergleichend untersucht wird. Dabei zeigte sich ein Spannungsverhältnis zwischen der konventionellen rechtsvergleichenden Forschung, die weder die Abgrenzung der Falldomänen (Länder, Rechtssysteme) noch die Relevanz a priori gegebener Vergleichsdimensionen problematisiert, und der ethnographischen Untersuchung von »doing law«, die die unterscheidungsrelevanten Eigenschaften der untersuchten Praktiken erst im Prozess gewinnt. Vergleichen in der Ethnographie, so die leitende These des Vortrags, geschieht weder vorab noch ex post, sondern beständig in der ethnographischen Forschungspraxis.

Dominik Linggi referierte aus einer laufenden Untersuchung über »Chinesische Konzeptionen des Vertrauens«. Hintergrund der Untersuchung ist die Kritik universalistischer Auffassungen von Vertrauen, wie sie international vergleichenden standardisierten Untersuchungen, wie etwa dem *World Values Survey*, in der Regel zugrunde liegen. Auf der Basis transkribierter Interviews verglich Linggi einerseits (mit Blick auf den Einfluss politischer Systeme) Vertrauenskonzeptionen in der Volksrepublik China mit

denen in Taiwan und andererseits die in beiden Chinas feststellbaren Verständnisse von Vertrauen mit denen westlicher Kulturen.

Elisabeth Tüder bezog sich in ihrem Vortrag (»Verstehen und das Übersetzen kultureller Differenzen. Oder: VerAnderung im Analyseprozess«) auf die Repräsentationsdebatte in der Kulturanthropologie und ethnographischen Soziologie über die Rolle von sprachlichen und kulturellen Übersetzungen. An empirischen Beispielen aus einem laufenden Forschungsprojekt zu *Queer cultures* in einer matriarchalisch geprägten Region Südwestmexikos diskutierte sie u.a. die These, dass schon Übersetzungen als Konstruktionen 2. Ordnung aufzufassen sind, in denen die machtrelevanten Unterschiede im Hinblick auf Geschlecht, Sexualität, Ethnizität und Klassenzugehörigkeit ihren Einfluss entfalten. Als Ausweg aus dem Übersetzungsproblem schlug sie vor, Übersetzung und Transkription in gemischtsprachlichen Teams zu leisten, Übersetzungen gezielt zu kommentieren und Daten erst relativ spät im Forschungsprozess überhaupt zu übersetzen

3. Mitgliederversammlung 2007

Eine Mitgliederversammlung fand im Rahmen der Jahrestagung im Mai 2007 in Wien statt. Jörg Strübing berichtete den anwesenden Mitgliedern u.a. über die Arbeit des Vorstands am Satzungsentwurf, über die Idee, einen Preis für qualitative Forschung auszuloben, über die Arbeit an der Leseliste sowie über Vorbereitungen der Jahrestagung 2008 und des Soziologiekongresses 2008. Die Mitgliederversammlung diskutierte den Satzungsentwurf sowie die Möglichkeit, einen Mitgliedsbeitrag zu erheben und plädierte für eine nochmalige Diskussion des Mitgliedsbeitrages. Die Leseliste wurde intensiv diskutiert mit der Vorgabe, die Literatur zu einzelnen Verfahren zur vervollständigen und Leseempfehlungen zu konsolidieren. Ferner diskutierte die Mitgliederversammlung die Vorbereitungen des Vorstands für die Jahrestagung und stimmt diesen insgesamt zu.

Die Sektion nahm nach kurzer Vorstellung ein neues Mitglied in die Sektion auf: Petra Lucht (Berlin). Ende 2007 hat die Sektion damit 122 Mitglieder und 37 Interessenten.

Herbert Kalthoff, Uwe Flick und Jörg Strübing

Sektion Religionssoziologie

Bericht über die Jahrestagung 2007

Die Jahrestagung der Sektion fand vom 23. bis 25. November 2007 wieder in Schmerlenbach bei Aschaffenburg statt. Sie wurde – nun schon zum vierten Mal – als offene Tagung durchgeführt und bot damit ein Forum für eine Vielfalt laufender bzw. kürzlich abgeschlossener Projekte.

Den eröffnenden und außerordentlich anregenden Vortrag hielt *Wolfgang Eßbach* (Freiburg), den wir das erste Mal bei einer Tagung der Sektion begrüßen durften. In seinem Vortrag: »Varros drei Religionen und die soziologische Religionstheorie« ging es ihm darum, Religion und Kultur begrifflich zu trennen und den Versuch zu unternehmen, Modelle für eine Definition von Religion weiter zu treiben, die sich nicht von der christlichen Semantik ableiten, aber gleichwohl in semantischer Hinsicht an die Antike anschließen. Für diese Aufgabe bestimmte er vier zentrale Problemfelder der gegenwärtigen Religionssoziologie und skizzierte den Stand der theoretischen Diskussion: 1. die Relevanz von Religion (vor allem angesichts ihrer ungleichen Verteilung in einer globalisierten Welt); 2. Religion und Politik (Islamisierung, politische Religionen, Fundamentalismus); 3. das Verhältnis von Religion und Kultur (durch die These Huntingtons werden Religionsgrenzen verstärkt als Kulturgrenzen wahrgenommen), 4. »Ersatzreligion« (gibt es ein Restproblem von letzten Fragen, für das man funktionale Äquivalente braucht?). In einem zweiten Punkt unterbreitete Eßbach einen Vorschlag, der an die Religionstheorie Varros anschließt. Dieser hatte anhand des jeweiligen Gottesbezuges der damals bekannten Religionen drei Typen entworfen: die *theologia civilis* (Bindung an politische Normen), die *theologia fabulosa* (Dichter und poetischer Gottesbezug) sowie die *theologia naturalis* (philosophische Gottesvorstellung). Als ein Vorteil dieser Klassifikation wurde in der Diskussion hervorgehoben, dass sie den Religionsbegriff aus der Dichotomie Transzendenz-Immanenz befreie.

Stefan Huber erläuterte im Anschluss daran die Systematik des so genannten »Religionsmonitors« von Bertelsmann, vor allem sein »Zentralitätsmodell«, das er schon mehrfach auf Tagungen der Sektion vorgestellt hatte. Bertelsmann hat mit diesem Modell eine international, interreligiös und interkulturell angelegte Befragung durchgeführt. Mit insgesamt 100 Fragen zu verschiedenen Dimensionen von Religion wurden in einer re-

präsentativen Stichprobe je 1000 Personen in insgesamt 21 Ländern befragt. Ermittelt wurde die Verteilung von drei Typen von Religiosität: den Hochreligiösen, den Religiösen und den Nichtreligiösen. Leider durfte Stefan Huber noch keine Ergebnisse preisgeben.

Karsten Lehmann (Bayreuth) stellte ein laufendes Projekt vor, in dem er »Religiöse Akteure im sog. »System der Vereinten Nationen« analysiert. Die Untersuchung zielt auf die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements von weltweiten religiösen Dachverbänden und ihren Repräsentanten bei den Vereinten Nationen anhand der Analyse von einzelnen Fällen, darunter dem Ökumenischen Rat der Kirchen. Besonderes Interesse gilt dabei den Rückwirkungen dieses Engagements auf die Organisationen selbst, d.h.: Wie werden diese durch die UN verändert?

Winfried Gebhardt (Koblenz) berichtete unter dem Titel »Abenteuer Religion – jugendliche Religiosität zwischen jugendkulturellem Erlebnisdrang und kirchlichem Machtanspruch« von seinen Beobachtungen im Rahmen des Weltjugendtages 2006 in Köln und stellte die Ergebnisse in drei abschließenden Thesen vor. 1. Jugendliche verfügen über eine selbstverständliche Souveränität. Sie haben häufig eine Verbundenheit mit einer Gemeinde, stehen aber in der Regel in Distanz zur Institution. Ausgeprägt sei der Wunsch, wichtige Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. 2. Pop- und jugendkulturelle Stilelemente seien mit traditionellen katholischen Elementen vermischt worden. Er brachte dies auf den Begriff: »beten und feiern«. 3. Für die Weltjugendtagsbesucher war das Gemeinschaftserleben die zentrale Erfahrung, die eine sinnliche sei, jedoch keinen Austausch brauche. Vielmehr werde der Weltjugendtag als reale Basis der sonst nur imaginierten Weltgemeinschaft der Katholiken wahrgenommen.

Der Vortrag »Der Wertediskurs in der Bürgergesellschaft. Auf dem Wege zu einer Zivilreligion?« von *Friedrich Fürstenberg* (Bonn) befasste sich mit der Frage, inwieweit kollektive Gefühlslagen auf gesellschaftlich präsente Werte verweisen und diese als Glaubensäußerungen erlebt werden bzw. als Bestandteile einer allgemein verbindlichen Zivilreligion gelten können. Hintergrund seiner Ausführungen war der Säkularisierungsprozess in Europa, der die öffentliche Wirksamkeit von Wertbindungen auf Glaubensbasis zwar aus dem Bereich normsetzender Allgemeingültigkeit weithin verdrängt, aber nicht aufgehoben hat, da ihre Säkularisate als Handlungsorientierungen fortwirken. Er zeichnete nach, wie sich in Deutschland, wo traditionale Ordnungsvorstellungen, die sich an Gemeinschaftswerten orientieren, lange Zeit fortbestanden, das Leitbild einer Bürgerge-

sellschaft, die den Staat trägt und vom Staat geschützt und gefördert wird, sich allmählich als zukunftsweisendes Ordnungsmodell herauszubilden beginnt. Die aktuelle Frage nach der Glaubensgrundlage unserer sich als demokratisch verstehenden politischen Kultur manifestiere sich vor allem in einer breiten »Grundwerte-Diskussion«, für die Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität zentrale Begriffe seien. Anschließend diskutierte Fürstenberg die Voraussetzungen für die Konstruktion einer »europäischen Wertegemeinschaft« als Versuch der Wiederbelebung eines transnationalen Wertehorizonts.

Kornelia Sammet (Berlin) stellte Auswertungen von Gruppendiskussionen zum »Verhältnis zum Islam am Beispiel von Positionierungen zum Moscheebau« vor. Diese Frage wurde als ein neuer Themenbereich in den Fragekatalog der vierten EKD-Untersuchung über Kirchenmitgliedschaft aufgenommen und auch in Gruppendiskussionen als Stimulus eingesetzt. Im Vortrag wurden zwei Perspektiven zur Frage des Moscheebaus herausgearbeitet, die sich dadurch unterscheiden, wie sie den Islam wahrnehmen: als fremde Kultur oder als fremde Religion. Beide Perspektiven sind jeweils mit spezifischen Zuspitzungen und Engführungen verbunden. In der kulturellen Perspektive tendierten die Positionierungen dazu, ein Bild des Islam zu konstruieren, das dem Eigenen entgegen gesetzt wird und so die eigene Identität profiliert, verbunden mit einer Abgrenzung von den Muslimen als den Fremden und Rückständigen.

Christel Gärtner (Münster) präsentierte erste Ergebnisse aus dem noch laufenden und interdisziplinär ausgerichteten DFG-Projekt zu »Religion bei Meinungsmachern«, das an der Universität Münster angesiedelt ist. Gegenstand des Projekts ist die Frage, welchen Stellenwert religiöse Orientierungen bzw. religiöse Praxis bei meinungsbildenden Eliten in Deutschland besitzen. Die Studie ist in die neuere sozialwissenschaftliche Debatte zum Thema »Religion und Öffentlichkeit« eingebettet und will die Tragfähigkeit der These der »Entprivatisierung« testen. Es soll u.a. erforscht werden, welche Bedeutung Journalisten dem Thema »Religion« für die Berichterstattung beimessen, wie sie religiöse Ereignisse wahrnehmen und welche Veränderungen von ihnen im Hinblick auf die Funktion und Bedeutung von Religion in der Gesellschaft ausgemacht werden. Mit dem Projekt verbindet sich auch die medienethische Frage nach den normativen Bindungsmustern und der berufsethischen Handlungsrelevanz von Religion im journalistischen Alltag. Dazu wurden mit 18 Journalisten des so genannten Kommentariats, also der einflussreichsten Spitzengruppe der Journalisten,

aus überregionalen Qualitätsmedien nicht-standardisierte Interviews geführt, die derzeit ausgewertet werden. In dem Vortrag zeigte Gärtner an drei kontrastierenden Fällen, welche Bedeutung der religiöse Habitus von Journalisten für ihre Wahrnehmung und Deutung der Religionsentwicklung hat.

Uta Karstein (Leipzig) stellte unter dem Titel »Ostdeutsche Säkularisierung als Konflikt um symbolische Herrschaft. Zur Rezeption Pierre Bourdieus in der Religionssoziologie« das theoretische Konzept ihrer laufenden Dissertation zur Diskussion. Die Arbeit beschäftigt sich mit dem ostdeutschen Säkularisierungsprozess und dessen Nachhaltigkeit anhand von Familieninterviews, die einen Zugang zu den subjektiven Plausibilitätsstrukturen der institutionellen Konflikte zwischen Staat und Kirche ermöglichen. Die subjektiven Weltansichten werden von Karstein als Ausdruck und Ergebnis der gesellschaftlichen Deutungskämpfe verstanden, jedoch nicht als jeweils aktuelle, von außen aufgezwungene Konfliktstruktur, sondern auch als langfristige und verinnerlichte. Sie machte deutlich, dass die Sozialtheorie Pierre Bourdieus und insbesondere seine Arbeiten zum religiösen Feld einen geeigneten Ansatz darstellen, der dem konflikthaften Charakter des Säkularisierungsprozesses in Ostdeutschland, aber auch seiner subjektiven Repräsentation gerecht werden kann. Bourdieus Ansatz wird dabei als eine Soziologie der symbolischen Formen rezipiert, der es um die Bedeutung des Symbolischen für die Etablierung und Sicherung, aber auch den Wandel von Macht- und Herrschaftsverhältnissen geht und in der Religion als ein Feld der Symbolproduktion einen spezifischen Platz einnimmt

Thomas Schmidt-Lux (Leipzig) präsentierte in seinem Vortrag zum Thema »Szientismus statt Religion? Zur Rezeption wissenschaftlicher Weltanschauung in der DDR« Ergebnisse seiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation, in der er die Organisationsgeschichte der »Urania – Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse« und insbesondere ihre Versuche, Wissenschaft in expliziter Konkurrenz zu jedweder Religion zu propagieren, rekonstruiert hat. Im Zentrum des Vortrags standen Auswertungen von biografisch-narrativen Interviews mit ehemaligen Funktionären und Mitgliedern der Urania. Ausgehend von den Dimensionen Sinnstiftung/Weltsetzung, Weltdeutung/-beschreibung und Handlungsanweisungen entwarf Schmidt-Lux eine Typologie von Perspektiven auf das Verhältnis von Religion und Wissenschaft mit drei Typen: erstens einen pessimistischen Szientismus, der Religion durch Wissenschaft ersetzt, zweitens einen säkularistischen Materialismus, in dem der Geltungsbereich der Wissenschaft

begrenzt und die Religion in die Privatsphäre abgedrängt ist, sowie drittens die Trennung beider in autonome Sphären mit jeweils begrenztem Geltungsbereich.

René Gründer (Freiburg) berichtete unter dem Titel »Asatru in Deutschland: Die Entstehung einer ethnokulturell-alternativreligiösen Bewegung« aus dem religionsethnographischen Projekt »Inszenierung des Germanischen im Neuheidentum in der Gegenwart«. Germanischgläubige (neu-)heidnische Gruppierungen, die sich selbst als »Asatru« bezeichnen und sich als Alternative zu christlich-monotheistischen und zu szientistisch-atheistischen Weltdeutungen begreifen, erlangten seit mehr als zehn Jahren weltweit zunehmende Attraktivität. Gründer zeichnete ihre historische Entwicklung nach und unterschied drei Strömungen im germanisch-gläubigen Heidentum: die ethnischen bzw. völkischen Heiden, die tribalistisch-ökospirituellen Heiden und die universalistischen Heiden, die vor allem über das Internet kommunizieren.

Zum Abschluss der Tagung gab *Michael Hainz* (München) einen Überblick zu »Haupttrends gegenwärtiger religiöser Landschaften in Deutschland – Phänomene, Deutungen und Ursachen«. Als aktuelle Entwicklungen seien in Deutschland einerseits Schrumpfungsprozesse institutionengebundener christlicher Religiosität und Phänomene einer verfestigten Säkularität zu konstatieren, zugleich fänden sich aber auch in einigen gesellschaftlichen Subsystemen Verstärkungen religiöser Symbolwelten, z.B. eine neue Unbefangenheit gegenüber der Religion in der kulturellen Sphäre oder Anklänge an religiöse Symbole und Sprache in der Wirtschaft, beispielsweise in der Werbung. Hainz formulierte die These, der Boom des Religiösen bedeute keine Stärkung, sondern eine Schwächung des substantiell Religiösen. Als mögliche Erklärungen für die Entwicklungen führte er ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit, das Dilemma zwischen einem wahrgenommenen Entscheidungszwang und einer Entscheidungsunfähigkeit, Tendenzen der Wiederverzauberung, während die Kirchen als Bürokratien wahrgenommen werden, sowie bedingt durch die Globalisierung die Zunahme religiöser Anbieter und die wachsende Konkurrenz religiöser Symbolsysteme an.

Kornelia Sammet und Christel Gärtner

Sektion Soziologie der Kindheit

Jahresbericht 2007

Die Sektion »Soziologie der Kindheit« hat zurzeit 124 Mitglieder und einen größeren Kreis von Interessenten, die mit den Rundbriefen bedient werden. Sie hat in diesem Jahr eine Jahrestagung zum Thema »Staat – Experten – Privatheit: Kindheit zwischen Fürsorge und Zugriff« veranstaltet. Die Setzung eines inhaltlichen Schwerpunkts auf Lebenslagen von Kindern, politische und professionelle Interventionen und rechtliche Rahmenbedingungen soll auch für die nächsten Tagungen beibehalten werden; angedacht sind Veranstaltungen zu Lebenslagen/Lebensqualitäten von Kindern, zu politischem Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten und zu Auswirkungen europäischer Entwicklungen und Regulierungen auf nationale Kindheiten.

*Jahrestagung der Sektion am 5. und 6. Oktober 2007,
Deutsches Jugendinstitut, München*

Debatten um soziale Problemlagen konzentrieren sich seit geraumer Zeit verstärkt auf Kinder. Neue Armut, Arbeitsmarktentwicklungen und deren Folgen, neue Formen privaten Lebens, Wandel der Geschlechterrollen, Migration und kulturelle Vielfalt – das alles wird in seinen Auswirkungen auf Kinder und Kindheit diskutiert, bekommt damit eine besondere Dramatik und verlangt Reaktionen. Für Kinder sollen gesellschaftliche Chancen maximiert werden (durch Angebote des Staates wie auch durch eine möglichst frühe Förderung der Kinder, zu der die Familien mit wachsender Dringlichkeit aufgerufen werden) – gelegentlich handelt es sich auch darum, solche überhaupt zu eröffnen. Ebenso sollen aber auch von der Gesellschaft Gefahren und Folgekosten abgewendet werden. Schon wiederholt hat sich gezeigt, dass Diskussionen, Vorschläge und auch bereits getroffene Lösungen schnell bei alten Denk- und Handlungsmustern der Fürsorge für Kinder Anleihen machen. Die zentrale Vorstellung des gefährdeten Kindes, das immer auch schon als potentiell gefährliches Kind erscheint; die vorrangige Konzentration auf Kinder armer Leute und von Außenseitergruppen; das Kind als Objekt der Sorge, statt als Person mit eigenen Bedürfnissen, sowie der Rekurs auf das Allheilmittel »Werteerziehung« – das sind nur einige der Fallgruben, die die sozialpolitischen Inter-

ventionen rund um Kinder bereithalten. Dazu kommt ein Mangel an Informationen, welche denn Entscheidungen anleiten könnten resp. eine gelegentliche Ignoranz vorliegender Befunde oder sogar ein ausgesprochenes Auseinanderklaffen von öffentlichen Debatten und wissenschaftlichen Sichtweisen und Ergebnissen.

Vor diesem Hintergrund drängte sich das Thema für die Jahrestagung recht eigentlich durch seine Brisanz und Aktualität auf. Knapp 60 Teilnehmer aus verschiedenen Ländern und aus Universitäten, Forschungsinstituten und Behörden belegten ein großes vorhandenes Interesse auch über den Kreis der Sektionsmitglieder hinaus. Angeregte und zum Teil auch kontroverse Diskussionen während der ganzen Tagung bestätigten die Brisanz, die dem Thema zukommt. In den Eröffnungsworten von *Johanna Mierendorff* wurde bereits der problematische Zusammenhang von Kindheit und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen erkennbar: Ist moderne Kindheit zwar geradezu eine wohlfahrtsstaatliche Konstruktion, so sind Kinder jedoch als Gruppe nicht anspruchsberechtigt, was solche Leistungen betrifft, und selbst die Wohlfahrtsstaatsforschung hat Kinder lange Zeit kaum berücksichtigt. Das ist durchaus keine einfache Ausgangslage für die vermehrte Zuwendung zu einem wohlfahrtsstaatlichen Konzept der »Investition«, der gezielten und frühen Förderung von Humankapital, wie sie sowohl argumentativ angekündigt, als auch zum Teil nun auch tatsächlich vorgenommen wird. Dass den Kindern dabei nicht unbedingt Chancen angeboten werden, ihre besonderen Anliegen umzusetzen und ihre jeweiligen Bedingungen entsprechend zu verbessern, steht zu befürchten, weil sie in einer stark moralisch besetzten Annäherung und einem entsprechenden Maßnahmenrepertoire »Objekte der Besorgnis« bleiben, anstatt als Personen mit individuellen Bedürfnissen und je besonderen Situationen Gehör zu finden. Letzteres ging aus dem Referat von *Doris Bühler-Niederberger* hervor, das sich zum Ziel setzte, auf der Basis eigener Studien zu politischen und professionellen Verhandlungen und Entwicklungen einige der Problematiken der organisierten und professionalisierten öffentlichen Sorge um Kinder herauszuarbeiten. Zwei Eigenarten seien es, die die organisierte Sorge für Kinder vor allem auszeichneten: (1) Ein »separierender Blick« als typische Annäherung von Experten an Kindheit; dieser insistiere auf der Differenz, ja fundamentalen Andersartigkeit des Kindes, die damit in ihrer heutigen Geltung auch erst etabliert worden sei und stets aufs Neue unterstrichen werde und die den Expertenanspruch legitimiere; (2) eine Überhöhung eines höchst abstrakten und generalisierten Kindes zur mora-

lischen Instanz und eine Instrumentalisierung der daraus resultierenden »Macht der Unschuld« zur Realisierung politischer Anliegen, die oftmals wenig genug an Kindern orientiert sei. In der Konsequenz seien institutionelle Lösungen und Interventionen unwahrscheinlich, die die besonderen und höchst ungleichen Situationen und individuellen Bedürfnisse der Kinder in Rechnung stellen könnten: Die Besonderheit der generationalen Kategorie als einer Kategorie von »Anderen« stehe der Berücksichtigung von Unterschieden innerhalb der Kategorie und der individuellen Artikulation entsprechender Bedürfnisse entgegen. Als Koreferentin hielt *Ilona Ostner* dieser Argumentation entgegen, dass die Berücksichtigung von (kategorialer) Differenz (wie etwa Altersgrenzen in rechtlichen Bestimmungen) auch Schutz im Interesse gleicher Freiheit bedeuten könne, dass dagegen das Zugestehen einer »abstrakten Gleichheit« neue Pflichten und dabei Zumutungen bedeuten könne. Zumutungen an Kinder durch Scheidungen oder Anforderungen elterlicher Erwerbsarbeit würden durch neue Forschung geringer veranschlagt, blieben aber Zumutungen und die den Kindern zugebilligte Widerstandsfähigkeit und Kompetenz in ihrer Bewältigung seien letztlich Annahmen oder Unterstellungen von optionsoptimierenden Erwachsenen.

Jo Moran Ellis (GB) analysierte, wie die kindliche Verletzbarkeit in den letzten Dekaden in Großbritannien in den Gesetzen und Gesetzesänderungen behandelt worden war. Unmittelbarer Anlass für die Aktivitäten des Gesetzgebers waren dabei zu verschiedenen Zeitpunkten Einzelfälle mit hoher massenmedialer Beachtung gewesen. Der Definition kindlicher Verletzbarkeit und dem zum Teil sehr weitgehenden gesetzlichen Schutz (etwa im Falle der neuen Ethikrichtlinien, die für die Erforschung von Kindern gelten), stehen Deutungen gegenüber, die Kinder im Falle ihres Missbrauchs produzieren. Sie führen dann Missbrauch nicht auf eine allzu hohe Verletzbarkeit oder einen Mangel an Schutz zurück, sondern auf einen Mangel an Rechten, auf ihre untergeordnete Position. In seinem Koreferat arbeitete *Heinz Sünker* noch stärker aus, was das Referat von Jo Moran Ellis vor allem in den Ausführungen zu den NEETS als neuer Problemgruppe (»Not currently engaged in Employment, Education or Training«) hatte erkennen lassen: das Interesse an leistungsfähigen Arbeitskräften, das letztlich bestimmt, wie der Staat das Verhältnis zwischen Sorge und Kontrolle jeweils adjustiert. *Andreas Lange* stellte in seinem Referat Möglichkeiten und Relevanz von Diskursanalysen vor, die um semiotisch-medienwissenschaftliche Anteile ergänzt werden sollten und die damit geeignet wären, der

zunehmenden Textvermitteltheit des sozialen Lebens Rechnung zu tragen und den besonderen und emotionalisierten Charakter der Verhandlungen über Kinder zu erfassen. *Johanna Mierendorff* mahnte in ihrem Koreferat an, dass zum jetzigen Zeitpunkt auch reale Gefährdungslagen und konkrete Praktiken und deren Effekte untersucht werden sollten.

Damit war der erste Tagungsblock, der sich grundsätzlich mit Kinderwohlfahrtsstaatspolitiken, ihren Prämissen, Strategien und Begründungen beschäftigte, abgeschlossen und eine Basis geschaffen für die Präsentation und Diskussion von Beiträgen, die sich empirisch mit Gruppen beschäftigten, die im Brennpunkt des Interesses von wohlfahrtsstaatlichen und Experteninterventionen stehen. *Katharina Kluczniok*, *Monja Schmitt*, *Jutta von Maurice* und *Susanne Kuger* stellten die Frage: »Sind arme Eltern schlechte Eltern?« Sie taten dies auf der Basis von Daten einer groß angelegten Längsschnittstudie (BIKS) zu Bildungskarrieren und Kompetenzerwerb. Demnach ist ein Einkommenseffekt auf den häuslichen Anregungsgehalt zwar zu konstatieren und auch durch das Bildungsniveau der Eltern nicht völlig zu kompensieren; betrachtet man den Zusammenhang differenziert, so ist er aber nicht durchgängig und betrifft nicht alle Dimensionen häuslichen Anregungsgehalts. *Margherita Zander* setzte sich mit verschiedenen Ansätzen der Armutsforschung auseinander und ging dabei der Frage nach, wieweit sich diese mit der Akteursorientierung der Kindheitssoziologie vereinbaren lassen. Zentral ist sicher der Befund der Armutsforschung, dass Mangellagen der Kinder zwar in einkommensarmen Familien häufig vorkommen, aber nicht an Einkommensarmut gebunden sind. Über die zahlenmäßig große Gruppe von Kindern mit Migrationshintergrund und deren Belastungen informierte *Susanne Claus* und zeigte, dass damit häufiger geringe Bildungsabschlüsse der Eltern einhergehen und dass beide Eltern häufiger von Nichterwerbstätigkeit betroffen sind. Von der frühen Förderung in Kindergarten oder Einrichtungen der Früherziehung versprechen sich Politiker und Experten gerade bei problematischen familiären Konstellationen positive Effekte auf die Bildungskarriere. Allerdings gibt es Hinweise, dass bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund sich häufiger gegen den Kindergartenbesuch entscheiden als bildungsnahe Familien. Dazu referierten *Katrin Hüskens* und *Karin Wolf*. Sie bestätigten diesen Befund im Wesentlichen, machten aber auch auf eine prinzipielle Varietät von ablehnenden Haltungen aufmerksam, die von finanziellen Überlegungen bis zu einer pointiert pädagogisch-familienzentrierten Orientierung reichen können. *Renate Kränzl-Nagl* arbeitete in ihrem

Kommentar zum zweiten Block heraus, dass alle diese Annäherungen – zumindest implizit – die Kindheit zur zentralen Phase der Generierung von Humankapital erklären. Diese Annahme ist nicht unbestritten, einerseits, weil auch in späteren Lebensphasen gelernt wird und Weichen gestellt werden, andererseits, weil damit die Kindheit als Lebensphase mit eigenem Recht, als Gegenwart zu wenig beachtet wird. Positiv hob sie die Methodenvielfalt und die Interdisziplinarität der Forschungsansätze hervor. Bezog sich dieser Kommentar zwar lediglich auf die ersten beiden Vorträge dieses Blocks, so traf er aber auch für die Beiträge in diesem Teil überhaupt zu.

Die Aufmerksamkeit des dritten Tagungsblocks galt den staatlichen und professionellen Konzepten und Interessen in der Annäherung an Kindheit. *Nicole Klinkhammer* analysierte – vorerst vor allem auf konzeptueller Ebene – die Betreuungspolitik des »Sozialinvestitionsstaates«. Sie sprach mit diesem Begriff einen teils propagierten, teils realen Wandel der Sozialpolitik an, der Kindern (scheinbar) vermehrte Bedeutung zuschreibt, faktisch aber nicht primär auf kindliches Wohlbefinden zielt, sondern auf soziale Inklusion durch verbesserte Beschäftigungschancen und der auch – was etwa die real zur Verfügung gestellten Einrichtungen der Früherziehung betrifft – noch weit vom angestrebten Ausbaustand entfernt ist. *Hans Rudolf Leu* hielt den Konzepten des Lernens in der frühen Kindheit, wie sie die Kindertageseinrichtungen implizieren, einige entwicklungspsychologische Einsichten entgegen, die einer »Effektivierung« der (institutionellen) Gestaltung dieser Lebensphase und damit auch einer Instrumentalisierung der frühen Kindheit Grenzen setzten. *Anja Tervooren* zeigte am Beispiel der Einschulungsuntersuchungen, die die Schulfähigkeit resp. Schulbereitschaft zu ermitteln haben, wie sich Kinderärzte der Frage kindlicher Lernbereitschaft und Lernfähigkeit nähern. Sie verfolgte die These, dass – betrachte man die Veränderungen professionellen Vorgehens seit den 1950er Jahren – die Kinder nun vermehrt als Subjekte ihres eigenen Bildungsprozesses begriffen würden. Man muss allerdings sagen, dass dieses Verständnis sich dennoch in engen Grenzen bewegt, denn Fragen nach Motivation und Perspektive des Kindes sind kein wesentlicher Bestandteil der bei diesen Untersuchungen eingesetzten Testbatterien, wie die Diskussionsteilnehmer kritisch konstatierten.

In einem abschließenden Block wurden nun die aktuellen Entwicklungen und Problemkonstellationen eingehender vor historischem Hintergrund betrachtet. *Sabine Toppe* zeigte in ihrer Analyse von betrieblichen

Kinderbetreuungseinrichtungen um 1900, wie sich hier fürsorgliche Schutzmaßnahmen durchaus mit dem Interesse an einsatzfähigen und disziplinierten Subjekten – Müttern sowie Kindern als zukünftigen Arbeitnehmern – verbanden. Eingriffe in die Lebenswelten der Zielgruppen und die Distanz zu diesen Lebenswelten wurden dagegen nicht als schwerwiegendes Problem wahrgenommen. Die Mischung aus Interessen, wie sie für die sozialhygienischen Maßnahmen jener Zeit typisch war und in Zeitdokumenten auch gerade als Argument für die Qualität der Maßnahmen angeführt wurde, ist auch in aktuellen sozialpolitischen Lösungen noch zu konstatieren. *Harry Hendrick* (GB) stellte verschiedene Etappen der Gestaltung von Sozialpolitik in Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart dar. Auch wenn sich die sozialpolitischen Interventionen von New Labour von den Vorgängermodellen in gewisser Hinsicht unterscheiden – etwa durch die Vernetzung von Diensten und Experten und das Zusammenschließen von Informationen oder durch ein stärkeres Abstellen auf den privaten Sektor –, so ist das Sozialinvestitionskonzept nicht neu und ebenso wenig ist damit das disziplinarische Maßnahmenrepertoire resp. das entsprechende Interesse von Staat und Öffentlichkeit verschwunden. Im Gegenteil: Die beiden Interessen und Interventionsstrategien – Sozialinvestition (d.h. Mehrung von Humankapital) und Sozialdisziplinierung – steigern sich wechselseitig, nehmen im Moment beide zu und das ist historisch betrachtet auch nichts Neues; gesteigerte Ansprüche an die Qualität des Nachwuchses hinsichtlich Bildung, Selbstkontrolle, gesellschaftliche Nützlichkeit und gesteigerte Bemühungen, dies zu produzieren, gingen auch in früheren Phasen mit vermehrten disziplinierenden Interventionen einher. Damit griff dieses Referat auch noch einmal auf, was bereits in den Eröffnungsworten von *Johanna Mierendorff* angesprochen worden war, dass das Konzept der »Aktivierung zur Selbstverantwortung« durchaus mit einem paradoxen Zuwachs an Kontrolle verbunden sein kann.

In einem Abschlusskommentar zur Tagung setzte *Doris Bühler-Niederberger* bei dieser Steigerung sowohl von Bemühungen zur Mehrung von Humankapital wie auch zur Sozialdisziplinierung an und fragte nach den Auswirkungen auf Familie und Kindheit. Zunächst ist zum Verhältnis von Familien, Staat und Experten zu sagen, dass es sich hier keineswegs um eine Frontstellung gegen Familien generell handelt. Denn auch innerhalb der Familien, vor allem der Familien der Mittelschicht, wächst der Druck auf die Produktion eines disziplinierten, effizienten Nachwuchses. Um die

Ambitionen der Statusplatzierung des Nachwuchses einzulösen, verstärken die Familien eindeutig ihre Bemühungen (vgl. etwa die Diskussionen um »intensive mothering«, den Trend zu privaten Schulen, zu restriktiverer Erziehung etc.); so kann es sich hier sehr wohl um koordinierte Bemühungen von Familien und staatlichen resp. professionellen Akteuren handeln. Wie wirkt sich dies auf Kindheit aus? Zunächst ist zu sagen, dass hier gesicherte Ergebnisse fehlen, vielmehr zahlreiche Forschungslücken bestehen. Folgendes ist zu vermuten und gälte es in geeigneter Weise in Untersuchungsfragen zu übersetzen: (1) Der Druck auf Kindheit und auf Kinder verstärkt sich; die Gruppe, die den Anforderungen nicht genügen kann, wächst. (2) Investitionen und Exklusionsprozesse können sich damit auch gegenseitig verstärken (vgl. etwa auch die Gruppen, die nicht an Frühförderung teilnehmen, aus finanziellen oder anderen Gründen). (3) Ein verstärkter Diskurs um das Bewahren von Kindheit und Schutz ist zu erwarten (auch aus sozialdisziplinierendem Interesse) und dürfte zu moralischen Exklusionen führen (vgl. etwa das Programm des Familienministeriums »Kinder brauchen Werte«). Solche problematischen Effekte sind vor allem auch deshalb zu erwarten, weil es deutliche Hinweise gibt, dass sich trotz aller Veränderungen mindestens vier Dinge nicht oder kaum ändern: (1) Die Strukturen des Bildungssystems, vor allem die frühe Selektion, bleiben unangestastet. (2) Professionelle Terrains bleiben im Wesentlichen erhalten, und Experteneinflüsse werden auch eher selten thematisiert; die Tagungsbeiträge machen hiervon keine Ausnahme. (3) Das Bemühen, die finanziellen Ausgaben in überschaubarem Rahmen zu halten, begleitet die staatlichen Interventionen in die Kindheit von allem Anfang an und bis heute. (4) Kinder bleiben Objekte der Besorgnis und die Möglichkeiten ihrer Mitwirkung bei der Gestaltung ihrer individuellen Situationen bleiben eng begrenzt.

Doris Bühler-Niederberger

Sektion Soziologie des Körpers und des Sports

Bericht über die Tagung »Körper und Organisation«

Der historisch enge Zusammenhang von Organisation und Körper erscheint in der modernen Gesellschaft aufgelöst. Dem entsprechend bleiben in den soziologischen Organisationstheorien der Körper der Organisationsmitglieder und die Körperlichkeit von Organisation zumeist im Dunkeln. Ihre Bedeutung beispielsweise für Kooperations- und Koordinationsprozesse wird kaum untersucht oder funktionalistisch auf eine Erweiterung technischer Werkzeuge reduziert. Organisationen werden von ihren Mitgliedern aber stets auch körperlich mitproduziert. Die Körper der Mitglieder stehen als immer schon sozial organisierte und organisational eingebundene Körper zur Verfügung. In dieser Perspektive rücken Fragen nach den »Andockstellen« von Organisationen am körperlichen Habitus ihrer Mitglieder ebenso in den Mittelpunkt wie Fragen der Adressierung von Geschlechtern, Sexualitäten und Alter. Die performative Verfasstheit und die körperlichen Aufführungen von Organisationen werden ins Zentrum gerückt. Zudem lassen sich von den körperlichen Praktiken her viele Organisationsprozesse in Analogie zum Spiel neu verstehen: Werden Abstimmungsprobleme und situative Störungen vom verkörperten Spielsinn der Organisationsmitglieder bearbeitet, so kommen spontane Koordinierungsleistungen, strategische Aufgabenteilungen und Synergieeffekte in den Blick.

Diesen Perspektiven und Fragestellungen standen im Mittelpunkt der Tagung »Körper und Organisation« am 9. und 10. November 2007 an der Freien Universität Berlin. Im Rahmen dieser von *Robert Schmidt* (FU Berlin) organisierten Kooperationsveranstaltung zwischen dem Teilprojekt »Die Aufführung der Gesellschaft in Spielen« (B6) im Sonderforschungsbereich 447 »Kulturen des Performativen« der Freien Universität Berlin, der DGS-Sektion »Soziologie des Körpers und des Sports« und der DGS-Arbeitsgruppe »Organisationssoziologie« entstand ein interdisziplinärer Verständigungsprozess, dessen Produktivität für alle Beteiligten die Wichtigkeit übergreifender Kooperationen unter Beweis stellte.

Zur Einleitung der Tagung nahm sich *Günther Ortman* (Hamburg) aus organisationssoziologischer Sicht der Frage an, in welcher Hinsicht das Körperliche für Organisationen von Bedeutung sein könnte und welche Forschungsaufgaben sich aus dieser Perspektive stellen. Er stellte heraus,

dass Organisationen die Körper ihrer Mitglieder immer mitproduzieren, ohne explizit darauf abzustellen. Die Körperwirkungen und körperlichen Effekte bleiben daher oft unsichtbar. In den Blick genommen werden muss deshalb das mitlaufende »Body-building« in und durch Organisationen.

Anhand einer empirischen Studie zum Selbstbild von Soldaten machte *Maja Apelt* (Hamburg) deutlich, dass sich das Verhältnis von Körper und Organisation in der Bundeswehr im Wandel befindet, die Bedeutung des Körperlichen aber zentral bleibt. In Zeiten der Technisierung des Krieges und der Erweiterung militärischer Einsätze verschiebt sich das sprachlich artikulierte (Selbst)bild der Soldaten vom kämpfenden Helden zum protektionistischen Helfer. Der Körper erleidet hier einen Bedeutungsverlust. Dazu im Widerspruch steht die soldatische körperliche Repräsentation. Der (männliche) Soldatenkörper bleibt zentral für die (Selbst)Darstellung der soldatischen Kampfkraft. Als Medium aktueller Auseinandersetzung um die militärische Organisation und Profession gewinnt der Körper zunehmend an Bedeutung.

Raluca Kerekes und *Peter Walgenbach* (Erfurt) rekonstruierten in ihrem Vortrag die Herausbildung des Marktes für Schönheitsoperationen. Sie machten deutlich, dass Märkte – betrachtet als gesellschaftliche Organisation – kein naturwüchsiges Resultat des bloßen Zusammentreffens von Angebot und Nachfrage sind, sondern als Ergebnis sozial-historischer Konstruktionsprozesse verstanden werden können. Damit öffneten sie den betriebswirtschaftlichen Blick für genuin soziologische Fragen der Entstehung und Erzeugung von Legitimität z.B. des Eingreifens in den menschlichen Körper oder des Wunsches nach kosmetischen Eingriffen.

Andrea Pabst (Tübingen) widmete sich in ihrem Vortrag den Protesten gegen den G8-Gipfel. Indem sie Protesthandeln als strategisches Handeln mit Körpereinsatz aufschlüsselte, gelang ihr eine innovative Herangehensweise an dieses Forschungsfeld. Fokussiert auf Prozesse der Organisierung, machte sie deutlich, dass die Proteste maßgeblich durch Körper kommuniziert werden. Dabei lag ihr Augenmerk auf der Vielschichtigkeit dieser »Kommunikation durch Körper«, die von der bloßen Präsenz als Blockade bis zu Aspekten der Verletzlichkeit und Identitätskonstruktion reichte.

Die Betrachtung des Rechtsbetriebes von *Thomas Scheffer* (Berlin) fokussierte auf Prozesse der Verkörperung und Entkörperung in Verfahren bzw. beim Zustandekommen von Aussagen als deren elementare Bestandteile. Durch die von ihm projektierte Kombination aus Konversationsana-

lyse, Diskursanalyse und Ethnografie von Aussagen wurde deutlich, dass – je nach Zeitpunkt und Ort – in jedem Verfahren körperliche Interaktionen, Schrift und Rede wechselseitig überführt werden. Die körperliche Präsenz ist dabei nicht bloße Formsache, sondern Bedingung der Möglichkeit für deren mögliche Abwesenheit, die innerhalb der Organisation je neu strategisch entschieden werden kann. Sie ist damit elementare Grundlage eines Spiels mit Anwesenheit und Abwesenheit beim Gewinnen und Prozessieren von Aussagen.

Thomas Alkemeyer und *Thomas Pille* (Oldenburg) stellten ihre Forschungen zur Schule und zur Referendariatsausbildung vor. Darin betrachten sie die Schule als eine Organisation, die auf Lernprozesse aller Akteure – Schüler, Lehrer, Referendare – spezialisiert ist. Sie wird zentral über die körperliche Präsenz und praktische Interaktion aller Beteiligten produziert. Diese enthalten zum einen verborgene Imperative, die selektiv und allokativ (rück)wirken, zum anderen aber auch Spielräume, die von den Beteiligten praktisch ergriffen werden (müssen). Die Ausbildung der Referendare ist in dieser Perspektive als körperlicher Trainingsprozess zu betrachten, der sie den Anforderungen der Organisation Schule in einem sich nebenbei vollziehenden Body-building anpasst.

Roger Häußling (Karlsruhe) stellte in seinem Vortrag seine Untersuchungen in einer ersten Schulklasse vor. In einem soziologischen Beobachtungsexperiment konzentrierte er sich hier auf die videogestützte Dokumentation der körperlichen Vollzüge und ihre anschließende theoriegeleitete Deutung. Auf diese Weise wird in mikroanalytischer Tiefenschärfe die Rolle des Körpers bei der Einlagerung formaler Ungleichheitsstrukturen in Unterrichtsinteraktionen sichtbar. Die Studie leuchtet aus, wie sich eine zweite Ungleichheitsordnung auf körperlicher Ebene herstellt, die – auf Sympathien und Antipathien basierend – das formale Ungleichheitssystem überlagert, sich dort aber einarbeitet und die Organisation Schule zum »löchrigen Lernraum« macht.

Die Tagung machte deutlich, dass der Frage nach den Verbindungen von Körper und Organisation eine Multidimensionalität und Anschlussfähigkeit zukommt, die es erlaubt, eine breite Vielfalt unterschiedlichster Forschungsthemen unter gemeinsamen interdisziplinären Perspektiven zu diskutieren und zu verfolgen. Für eine solche weiterführende fächerübergreifende Verständigung und Zusammenarbeit entstanden viele wichtige Impulse.

Julia Schnegg

Sektion Wissenssoziologie

Jahresbericht 2007 und Vorschau auf 2008

Rückblick

Im Laufe des Jahres 2007 sind der Sektion Wissenssoziologie 15 neue, vorwiegend jüngere Kolleginnen und Kollegen beigetreten. Damit hat die Sektion derzeit knapp zweihundert Mitglieder und unterhält sieben Arbeitskreise (Diskursanalyse, Phänomenologie, Ethnografie, Visuelle Soziologie, Expertenwissen, Qualitative Organisationsanalyse und Polizieren). Mehrere Monografien und Sammelbände von Mitgliedern der Sektion bei verschiedenen Verlagen sowie zwischenzeitlich fünf Bände der von *Bernt Schnettler* beim Universitätsverlag Konstanz herausgegebenen Reihe »Klassiker der Wissenssoziologie« sind 2007 erschienen.

Erfolgreich und unter aktivem Einbezug jeweils einer Reihe von nicht zur Sektion gehörenden Kolleginnen und Kollegen – auch aus dem Ausland und aus anderen Disziplinen – durchgeführt wurden drei Veranstaltungen: Am 24. und 25. Mai 2007 im Wissenschaftsforum in Berlin organisierten *Hubert Knoblauch*, *Frederik Pötzs*ch und *Bernt Schnettler* eine Tagung zum Thema »Soziologie des visuellen Wissens« (ein Tagungsbericht hierzu von Felix Degenhardt und Frederik S. Pötzsch unter Mitarbeit von Jule Lorenzen, Sabine Petschke, Lisa-Marian Schmidt und René Tuma ist in der »Soziologie«, Heft 4/2007, 406-411, publiziert). Die Mitgliederversammlung 2007 der Sektion wurde am Abend des 24. Mai in Berlin abgehalten. Vom 10. bis 12. Oktober 2007 fand an der Universität Augsburg die vom Sektionsarbeitskreis Diskursanalyse in Zusammenarbeit mit dem Augsburger AK Diskursforschung getragene Tagung »Sprache – Macht – Wissen« statt. Und am 15. und 16. November 2007 organisierten im Konzil in Konstanz *Jörg R. Bergmann* und *Hans-Georg Soeffner* unter Mitarbeit von *Jochen Dreber* eine Tagung zum Thema »Lebenszusammenhänge und kommunikative Praktiken« anlässlich des 80. Geburtstags von Thomas Luckmann.

Ausblick

Zum 10. und 11. April 2008 bereiten *Clemens Albrecht* und *Ronald Hitzler* die gemeinsame Frühjahrstagung der Sektionen Kulturosoziologie und Wissenssoziologie an der Universität Koblenz zum Thema »Kanon und Innovation« vor. Am 15. und 16. Mai 2008 werden am Kulturwissenschaftlichen

Institut (KWI) in Essen *Darius Zifonun* und *Marion Müller* eine Sektions-
tagung zum Thema »Ethnizität – Migration – Wissen. Wissenssoziologi-
sche Perspektiven auf ethnische Differenzierung und Migration« organisie-
ren. Und am 26. und 27. Juni 2008 wird *Anne Honer* an der Hochschule
Fulda in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Sozial- und Kulturwissen-
schaften die 2. Fuldaer Feldarbeitstage zum Thema »lokal – global – multi-
sited – transkulturell. Zur Ethnografie interkultureller Begegnungen« aus-
richten. Außerdem wird *Reiner Keller* im Sommer 2008 an der Universität
Landau eine Summer School des Sektionsarbeitskreises Diskursanalyse zu
»Methoden der Diskursforschung« durchführen. Und schließlich ist ge-
plant, dass sich die Sektion und ihre Arbeitskreise möglichst intensiv am
DGS-Kongress zum Thema »Unsichere Zeiten« beteiligen, der vom. 6. bis
10. Oktober 2008 in Jena stattfinden wird.

Neu gestaltet werden soll – unter »Federführung« von *Reiner Keller* und
Steffen Hartmann – im Jahr 2008 auch der Internet-Auftritt der Sektion
(www.wissenssoziologie.de).

Ronald Hitzler

»Gesellschaftsanalyse und Sinngebungszwang«

M. Rainer Lepsius zum 80. Geburtstag

Prof. Dr. Dr. h.c. M. Rainer Lepsius zählt ohne Zweifel zu den bedeutendsten und einflussreichsten deutschen Soziologen in der zweiten Hälfte des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts. Wie wenigen anderen aus der sogenannten »zweiten Gründergeneration« der deutschen Nachkriegssoziologie, die insbesondere seit Anfang der 1960er Jahre den zügigen Ausbau der Soziologie in Deutschland leistete, gelang es Lepsius, dem theoretischen Denken durch prägnante und treffliche Syntheseleistungen richtungsweisende Impulse zu geben, die zeitdiagnostische Analyse zu substantiellen Erkenntnissen zu führen, der sozialhistorisch ausgerichteten Forschung wichtige analytische Perspektiven aufzuzeigen wie auch der Bedeutung und Aktualität der Soziologie Max Webers nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Sein Wirken reicht allerdings weit darüber hinaus.

Als Lehrstuhlinhaber an den Universitäten in Mannheim und Heidelberg, als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in den Jahren 1971–1974, als langjähriger Mitherausgeber der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« und der Max Weber-Gesamtausgabe wie auch als Initiator oder Mitglied vieler anderer Einrichtungen, Gremien oder Kommissionen hat Lepsius auf die institutionelle Gestalt und Entwicklung der deutschen Soziologie und Sozialwissenschaften nachhaltigen Einfluss genommen. Es zählt nicht nur zu seinen bleibenden Verdiensten, die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, nach kritischen Jahren tiefgreifender ideologischer Auseinandersetzungen und der Gefahr des Auseinanderbrechens, als deren Vorsitzender ab 1971 konsolidiert und zu normaler, sachgeleiteter Tätigkeit zurückgeführt zu haben. Auch bei der institutionellen Umstrukturierung und dem zügigen Ausbau der Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern nach 1990 hat Lepsius in verschiedenen verantwortungsvollen Aufgaben konsequent und tatkräftig mitgewirkt. Er war nicht nur Mitglied der wichtigen Unterkommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Wissenschaftsrates und hat sich als solcher nachdrücklich für die Belange der Soziologie in Ostdeutschland eingesetzt, sondern wirkte auch als Gründungsdirektor und Vorsitzender der Berufungskommission in Halle sowie an entsprechenden Kommissionen in Leipzig, Jena und Erfurt mit.

Im Jahre 1994 wurde Lepsius mit der Ehrendoktorwürde der Universität Halle ausgezeichnet. Seit 1977 ist er Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, seit 1992 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und seit 2004 Mitglied der Accademia delle Scienze di Torino.

M. Rainer Lepsius wurde 1928 in Rio de Janeiro geboren und hat die ersten Lebensjahre in Portugal und Spanien verbracht. Einer bildungsbürgerlichen Familie entstammend, die bekannte Gelehrte und Künstler hervorbrachte, erscheint seine Wirkung als Wissenschaftler ebenso bedeutsam und nachhaltig wie seine weit über den nationalen Rahmen reichende Ausstrahlung als Intellektueller. Dabei hat Lepsius – nicht nur in dieser Hinsicht stark durch die Auseinandersetzung mit Max Webers Denken geprägt – zur Rolle des Intellektuellen ein gründlich reflektiertes und abgeklärtes Verhältnis, wie bereits sein 1964 erschienener Aufsatz »Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen« erkennen ließ.

Aus Lepsius' umfassendem Werk können hier nur einige Schwerpunkte Erwähnung finden. Neben anderen bereits davor oder danach verfassten Arbeiten kommt dem 1979 erschienenen Aufsatz »Soziale Klassen und Ungleichheitsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland« eine Weichen stellende Bedeutung auf dem Gebiet der Sozialstrukturforschung in Deutschland zu, wie nicht zuletzt unzählige Bezugnahmen auf diese Arbeit erkennen lassen. Bestimmte Grundgedanken der Arbeiten zur Sozialstrukturanalyse finden sich auch in den ebenso bekannten und wichtigen sozialhistorischen Untersuchungen, die Lepsius weit über den Kreis der Soziologie hinaus Anerkennung verschafften und zum anregenden interdisziplinären Ideengeber werden ließen. In diesen Arbeiten geht es unter verschiedenen Gesichtspunkten um die komplizierten Beziehungen zwischen Sozialstruktur, kultureller Orientierung und politischer Ordnung und insbesondere um sozialgeschichtliche Betrachtungen zum deutschen Bürgertum, um Zusammenhänge zwischen Parteiensystem und Sozialstruktur im deutschen Kaiserreich und um Strukturbedingungen und Konstellationen der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Ausbreitung eines extremen Nationalismus. Diese Arbeiten durchzieht die herausragende Frage der Demokratie in Deutschland, wobei Lepsius in den spezifischen Funktionsproblemen des intermediären Systems eine wichtige Ursache der schließlich in den Nationalsozialismus führenden Demokratiedefizite erkennt. Der Begriff der »sozialmoralischen Milieus«, den Lepsius in die wis-

senschaftliche Diskussion einbrachte und der auf den eigentümlichen Zusammenhalt verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen auf Grund gemeinsamer Wertüberzeugungen und organisatorischer Verbindungen abhebt, ist zu einer wichtigen Analysekategorie in der sozialstrukturellen Untersuchung der Demokratieprobleme in Deutschland geworden.

Ein weiteres Gebiet, auf dem Lepsius eine hervorragende Wirkung entfaltete, ist das der Modernisierungsforschung. Der 1977 erschienene Aufsatz »Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der »Moderne« und die »Modernisierung« vermittelt einen vorzüglichen Überblick über verschiedene modernisierungstheoretische Richtungen und Denkfiguren. Auch in anderen Arbeiten tritt Lepsius als der wohl wichtigste deutsche Vertreter der in der Tradition Max Webers stehenden »historischen Modernisierungstheorie« in Erscheinung. In der historischen Modernisierungsforschung wird den Prozessen der Institutionenbildung und des Institutionenwandels eine Weichen stellende Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklungen, mithin auch für den Erfolg wie für das Scheitern von Modernisierungsvorgängen, beigemessen, wobei dem Handeln der Eliten und der sie unterstützenden Trägergruppen bei der Konstruktion neuer institutioneller Ordnungen zugleich ein maßgebliches Gewicht zugerechnet wird. Eng mit dieser modernisierungstheoretischen Perspektive verknüpft sind Lepsius' ältere und neuere Arbeiten zur Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, die ebenfalls vielfach auf Ausgangsgedanken bei Max Weber rekurrieren und die von daher die Problematik der »inter-institutionellen« Beziehungen und Konfliktregelungen in den Vordergrund stellen. Damit werden die Konturen einer eigenen Institutionentheorie sichtbar, deren Relevanz von Lepsius selbst in seinen Überlegungen zum Transformationsprozess in Ostdeutschland und insbesondere in seinen verschiedenen Arbeiten zur Europäischen Union und deren Entwicklung erprobt und aufgezeigt wurde. Wie wohl für nur wenige andere deutsche Soziologen stellte für Lepsius auch die Frage der deutschen Teilung und der Nation im engeren wie auch im weitläufigeren europäischen Kontext ein immer wieder behandeltes Thema dar.

Ein anderes Gebiet, auf dem Lepsius wie wenige andere deutsche Soziologen ausgewiesen ist, ist das der Geschichte der Soziologie. Die historische Orientierung seines soziologischen Denkens und natürlich auch seine profunden Kenntnisse der deutschen Geschichte legten wohl eine intensive Beschäftigung mit der schwierigen, durch Aufbruchphasen ebenso wie durch Kontinuitätsbrüche gekennzeichneten Geschichte der deutschen So-

ziologie nahe, die in mehreren vielbeachteten Aufsätzen wie auch in der Herausgabe eines Sonderheftes »Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945« der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« ihren Niederschlag fand.

Wissenschaftsgeschichtliche und theoretische Interessen verschränken sich auch in der langjährigen intensiven Beschäftigung mit dem Werk Max Webers, zumal Lepsius zum Hauptherausgeberkreis der auf rund 30 Bände angelegten historisch-kritischen Gesamtausgabe der Schriften Max Webers zählt und in dieser Eigenschaft eine Reihe von Bänden, nicht zuletzt in der mehrbändigen Ausgabe der Briefe, veröffentlicht hat. Neben den soziologiegeschichtlichen Arbeiten liegt von Lepsius eine Reihe von Aufsätzen vor, die sich mit dem disziplinären Selbstverständnis oder mit wissenschaftspolitischen Fragen der Soziologie beschäftigen. Wenn er in dem 1973 erschienenen Aufsatz »Gesellschaftsanalyse und Sinngewalt« die spezifische Problematik dieser Wissenschaft folgendermaßen auf den Begriff bringt: »Die Soziologie steht daher nicht nur vor der für alle Wissenschaften geltenden Verantwortung für den Gehalt ihrer Aussagen, sondern darüber hinaus vor der Aufgabe, den Transfer ihrer Ergebnisse in die Zeitkultur zu reflektieren und durch Selbstkritik zu kontrollieren«, so kann dies gleichsam als paradigmatisch für seine eigene soziologische Erkenntnistätigkeit gelten, vermag Lepsius die für die Soziologie gegebenen Sinngewaltswänge doch ebenso scharfsinnig zu reflektieren wie mit kritischer Distanz zu kontrollieren.

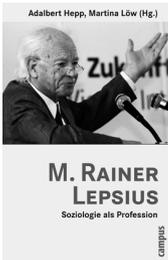
Auch berufs-, betriebs- und industriesoziologische Untersuchungen und Publikationen auf verschiedenen anderen Gebieten wären eingehender zu würdigen, wollte man der gesamten thematischen Breite seines sozialwissenschaftlichen Werkes gerecht werden. Ebenso verdienten seine kultursoziologischen Arbeiten nähere Aufmerksamkeit.

Im europäischen Kulturkontext, dessen historische und gegenwärtige Gestalt und dessen zukünftige Entwicklungsperspektiven von M. Rainer Lepsius so eindringlich und scharfsinnig wie nur von wenigen anderen deutschen Soziologen reflektiert wurden, bildet sein Werk eine vorzügliche Grundlage der vertieften wissenschaftlichen Diskussion und der intellektuellen Verständigung, wie nicht zuletzt sein 2007 in der bekannten Schriftenreihe »Posener Deutsche Bibliothek« in polnischer Sprache unter dem Titel »Politische Kultur in Deutschland« erschienener Band und dessen Resonanz erkennen lassen. Wenn eine anlässlich des 100. Geburtstags René Königs von M. Rainer Lepsius gehaltene Rede mit dem Satz endet: »König

war etwas Seltenes, ein Weltbürger deutscher Herkunft«, so kann diese Aussage sicherlich auch mit gleicher Berechtigung auf ihn selbst angewandt werden, ist Lepsius doch ohne Zweifel ein deutscher Weltbürger besonderen, abendländisch geprägten, intellektuellen Formats mit einem Gesamtwerk von weit über die deutsche Soziologie hinaus erkennbarer, nachhaltiger Wirkung.

Anton Sterbling

Neu bei Campus:



Adalbert Hepp, Martina Löw (Hg.)

M. Rainer Lepsius
Soziologie als Profession

2008 · 178 Seiten
ISBN 978-3-593-38322-4

M. Rainer Lepsius, der Doyen der deutschen Soziologie, blickt zurück auf sein Leben. Im Gespräch gibt er Auskunft über seine Erfahrungen im Nationalsozialismus und deren Verarbeitung in der Bundesrepublik sowie über die Entwicklung und gegenwärtige Lage der Soziologie. Er äußert sich überdies zu Fragen der Ökonomisierung, sozialen Ungleichheit, Geschlechterbeziehungen, Hochschulreform und Religion.

»Soziologie zwingt zu kategorialer Verfremdung der Lebenswirklichkeit. Das ist harte Arbeit: die Überführung eines Erfahrungszusammenhangs in einen soziologischen Erkenntnisgegenstand. Da scheitert man leicht.«

(M. Rainer Lepsius)

Zur Erinnerung an Erwin K. Scheuch

Am 9. Juni dieses Jahres wäre Erwin K. Scheuch 80 Jahre alt geworden; er verstarb am 12. Oktober 2003 in seiner Geburtsstadt Köln. Leben und Werk wurden an vielen Stellen gewürdigt, unter anderem von Heiner Meulemann in einem Nachruf, der in Heft 1/2004 dieser Zeitschrift erschien.

Jedem der zahlreichen Gäste ist sein 75. Geburtstag, der wenige Monate vor seinem Tod gefeiert wurde, in unvergesslicher Erinnerung. Erwin K. Scheuch und seine Frau Ute hatten zu einer Rheinfahrt eingeladen, mit Musik und bei großzügiger Bewirtung ging es von Bonn stromaufwärts. Die Festfreude wurde dadurch getrübt, dass jeder sah, wie schwer der Jubilar von Krankheit gezeichnet war. Das ist zu erwähnen, weil es seinen eisernen Willen ebenso zeigte wie seine Freude an Feier und Fröhlichkeit, aber auch die für ihn so typische Liebe zur rheinischen Heimat, seine weit reichenden Freundschaftsbeziehungen und seine Verbundenheit mit Schülern und Kollegen.

Scheuch prägte wie nur wenige das Profil und das öffentliche Ansehen des Faches als empirischer Wissenschaft in einer Zeit, als es sich noch in der Etablierungsphase befand. Ruft man in Erinnerung, dass die Soziologie in den 1950er Jahren eine Ausnahme oder Randerscheinung im akademisch-universitären Leben war, und die Institutionalisierung der empirischen Sozialforschung noch in den Kinderschuhen steckte, dann nötigt Scheuchs Leistung Respekt ab.

Für Angehörige seines Altersjahrgangs (1928) mit Berufung zur Soziologie war selbstverständlich, dass Grundlagen der »formation professionnelle« auch in den USA erworben wurden. Dort machte er 1950/51 an der Universität Connecticut den B.A. und besuchte 1959/60, als Stipendiat der Rockefeller Foundation, die wichtigsten Einrichtungen der Sozialforschung. Das waren die Voraussetzungen für sein wirkungsvolles Engagement auf diesen Gebieten, sowohl in der Bundesrepublik als auch auf internationaler Ebene. Hierzu rechnen die Fundierung des Interviews als Forschungsmethode (zusammen mit seinem Lehrer René König) und die statistische Absicherung von Auswahl- und Skalierungsverfahren, Themen von Dissertation und Habilitation in Köln. Aber auch sein Mitwirken bei der Einrichtung des »Zentralarchivs für empirische Sozialforschung« in Köln (1960f.) und beim Aufbau des ZUMA an der Universität Mannheim (1974f.) gehören in diesen Zusammenhang. Zum infrastrukturellen Ausbau der empirischen Sozialforschung zählen weiterhin seine Initiativen bei der

Einrichtung der international vergleichenden Zeitbudget-Analyse (1965), bei der es – damals sensationell – auch gelang, osteuropäische Länder einzubeziehen, und des *Social Survey Programs* (1985).

Über das Fach hinausreichende Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit war ihm seit 1960 vergönnt, als er mit dem dann so genannten »Scheuch-Index« eine erste Schichtungs- und Prestigeskala für die Bundesrepublik konstruierte und mit dem Mannheimer Politikwissenschaftler Rudolf Wildenmann zu den Begründern der Wahlforschung – und ihrer dem Medium Fernsehen gerechten Darstellung – gehörte. Der daraus hervorgehende Methodenstreit mit Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für Demoskopie über Auswahlverfahren führte zur Gründung der Methodensektion in der DGS. Auch die von ihm ins Leben gerufenen, dann von Heinz Sahner, seinem Kölner Schüler, fortgesetzten *Teubner-Studienskripte zur Soziologie* gehören zu Aufbauleistungen für das Fach – in einer Zeit, als Lehrbücher noch Mangelware waren.

Öffentliche Wirkung erzielte Scheuch durch seine sozialkritischen Arbeiten, die ihn neben Helmut Schelsky zum bekanntesten soziologischen »Stichwortgeber des Zeitgeistes« machten, beginnend mit den Schriften, die aus Verbitterung über den Verlauf der Studentenbewegung entstanden, die ihren anfänglichen Fürsprecher unvermeidlich zum »Scheißliberalen« machte: »Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft« (1968), »Der Überdruß an der Demokratie – Neue Linke und alte Rechte« (Scheuch u. a. 1970), »Kulturintelligenz als Machtfaktor« (1976).

Hohe Auflagen und große öffentliche Aufmerksamkeit erreichte das mit Ute Scheuch verfasste Werk über »Cliques, Klüngel und Karrieren« (1992); es behandelt zwar die Verhältnisse in Köln, war aber leicht auf andere Orte übertragbar.

Das letzte, zusammen mit Ute Scheuch verfasste Werk galt dem Thema des sozialen Wandels. Band I, der Theorieteil, war noch auf der oben erwähnten Rheinfahrt verteilt worden. Band II ist den Gegenwartsgesellschaften im Prozess des Wandels gewidmet – zusammen 820 Seiten, die auch eine Summe seiner theoretischen Interessen und Kontroversen und zahlreichen empirischen Untersuchungen zur Sozialstruktur der Bundesrepublik, ihren Macht- und Schichtungsstrukturen, sind. Hervorzuheben ist Teil 4 des zweiten Bandes, »Der Umbruch im Osten als unverstandenes Lehrstück«, der die in diesem Zusammenhang entstandene »Transformationsforschung« sehr überzeugend zusammenfasst.

Zum Gedenken an Erwin K. Scheuch, eine »Schlüsselfigur der deutschen Soziologie«, wie der damalige Vorsitzende der DGS, Karl-Siegbert Rehberg in seinem Nachruf schrieb, wird anlässlich des 80. Geburtstages abermals eine Rheinfahrt veranstaltet; Ute Scheuch ist zuversichtlich, dass den ersten Band einer Biographie vorlegen zu können.

Der 9. Juni 2008 ist Anlass, an einen furchtlosen, engagierten und sozialkritischen Empiriker, der keiner Auseinandersetzung aus dem Weg ging und den präzisen, auch angriffslustigen Intellektualität auszeichnete, zu erinnern.

Bernhard Schäfers

Karl-Polanyi-Preis der Sektion Wirtschaftssoziologie

Erstmals wird die Sektion Wirtschaftssoziologie auf dem Kongress in Jena einen Preis für eine herausragende Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftssoziologie verleihen. Mit dem Karl-Polanyi-Preis wird zukünftig alle zwei Jahre alternierend ein Artikel in einer soziologischen Fachzeitschrift oder ein Buch (Monographie oder Herausgeberschaft) prämiert. Nominiert werden können jeweils Arbeiten, die in den vier Jahren vor der Auslobung veröffentlicht wurden. Auf dem 34. Soziologiekongress 2008 soll erstmals ein Artikel aus einer Zeitschrift, auf dem 35. Soziologiekongress 2010 dann ein Buch prämiert werden.

Nominiert werden können auf Deutsch und auf Englisch verfasste Artikel, die zwischen 2004 und 2007 veröffentlicht wurden. Bei englischsprachigen Einreichungen muss die Autorin bzw. der Autor die Forschungsarbeit für den zu prämierenden Artikel an einer deutschsprachigen Universität oder Forschungseinrichtung geleistet haben.

Der Karl-Polanyi-Preis wird im Rahmen eines Empfangs der Sektion Wirtschaftssoziologie auf dem Soziologiekongress in Jena an die Preisträgerin bzw. den Preisträger verliehen. Der Preis ist mit 500,- € dotiert.

Die Auswahl des zu prämierenden Artikels wird durch eine Jury, bestehend aus drei prominenten Wirtschaftssoziologinnen/ Wirtschaftssoziologen, entschieden. Dabei wird eine internationale Zusammensetzung der Jury angestrebt. Mitglieder des Vorstands der Sektion Wirtschaftssoziologie gehören der Jury nicht an. Arbeiten von Jurymitgliedern und gegenwärtigen Mitgliedern im Vorstand der Sektion können nicht in die Auswahl einbezogen werden. Die Jury wird ihre Prämierung in einer Laudatio begründen.

Sowohl Nominierungen durch Dritte als auch Selbstnominierungen sind möglich. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2008. Die Artikel sind in vier Exemplaren einzureichen an:

Prof. Dr. Jens Beckert
Sprecher der Sektion Wirtschaftssoziologie
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstraße 3
50676 Köln

Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Zeitschriftenjahrgangs 2006

Zum sechszwanzigsten Mal wurden durch eine Jury die Preise der Fritz Thyssen Stiftung für die besten sozialwissenschaftlichen Aufsätze in deutscher Sprache vergeben. Dies ist der einzige Zeitschriftenpreis in den Sozialwissenschaften außerhalb des englischsprachigen Bereichs. Der Preis wurde von Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin K. Scheuch initiiert und wird seit Beginn im Jahre 1981 durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert und durch das Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln koordiniert.

Die Auswahl der Arbeiten erfolgt in zwei Stufen. Die Herausgeber und Redakteure von fünfzehn deutschsprachigen Zeitschriften schlagen jeweils bis zu zwei Aufsätze vor, die anschließend von einer Jury begutachtet werden. Die am Verfahren beteiligten Zeitschriften sind: Berliner Journal für Soziologie, Geschichte und Gesellschaft, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Leviathan, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Politische Vierteljahresschrift, Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Sociologia Internationalis, Soziale Systeme, sozialersinn, Soziale Welt, Zeitschrift für Politik, Zeitschrift für Sozialpsychologie, Zeitschrift für Soziologie.

Mitglieder der Jury sind zurzeit: Prof. Dr. Rainer Geißler (Universität Siegen), Prof. Dr. Ralf Jessen (Universität zu Köln), apl. Prof. Dr. Gertrud Nunner-Winkler (MPI für Kognitions- und Neurowissenschaften, München), Prof. Dr. Heiner Meulemann (Universität zu Köln, Vorsitzender), Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Hans Georg Soeffner (Universität Konstanz), Prof. Dr. Johannes Weiß (Universität Kassel), Prof. Dr. Paul Windolf (Universität Trier).

Für das Jahr 2006 wurden von den Zeitschriftenredaktionen 18 Arbeiten zur Prämierung vorgeschlagen. In ihrer Sitzung am 12. Oktober 2007 vergab die Jury einen ersten Preis und zwei zweite Preise.

Den ersten Preis (dotiert mit EURO 1.500,-) erhält:

Agathe Bienfait (Heidelberg): »Zeichen und Wunder – Über die Funktion der Selig- und Heiligsprechungen in der katholischen Kirche« (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 58, Heft 1, S. 1–22)

Den zweiten Preis (dotiert mit je EURO 1.000,-) erhalten:

Jens Alber (Berlin): »Das »europäische Sozialmodell« und die USA« (*Leviathan*. Jg. 34, Heft 2, S. 208–233)

und

Bettina Heintz (Bielefeld) und *Annette Schnabel* (Bielefeld): »Verfassungen als Spiegel globaler Normen – Eine quantitative Analyse der Gleichberechtigungsartikel in nationalen Verfassungen« (*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 58, Heft 4, S. 685–716)

Zur Begründung führte die Jury unter anderem aus:

Mit dem Aufsatz von Bienfait würdigt die Jury eine überzeugende Analyse und systematische Darstellung der Praxis von Selig- und Heiligsprechungen in der katholischen Kirche. Ausgangspunkt der Arbeit ist dabei die Tatsache, dass unter dem Pontifikat des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. die Zahl der Selig- und Heiligsprechungen förmlich explodiert ist: 482 Heilig- und 1.338 Seligsprechungen. Beide Zahlen liegen damit deutlich über der Summe der bis zu diesem Pontifikat selig bzw. heilig gesprochenen Personen: Es gab seit dem Jahr 1592, in dem die entsprechenden Verfahren erstmals formalisiert wurden, 302 Heiligsprechungen und 980 Seligsprechungen. Weiterhin hat kein Papst vor Johannes Paul so viele Laien und Personen aus der Dritten Welt kanonisiert.

Ausgehend von einer Darstellung des Kanonisierungsprozesses und seiner Veränderungen im Sinne einer Verfahrenserleichterung, besonders durch die letzte Reform im Jahr 1983, greift die Autorin in fruchtbarer Weise auf das Charismakonzept von Max Weber zurück, um diese ungewöhnliche Steigerung der Fallzahlen zu erklären. Schon Weber hatte aufgezeigt, dass mit der Einführung des Begriffs des »Amtscharismas«, das sich durch Umbildung (Veralltäglichung und Versachlichung) aus dem personalen Charisma entwickelt, in der katholischen Kirche den Anforderungen an Legitimation und Gnadengewissheit entsprochen werden kann. Im Zuge eines Modellwechsels von einem eher juristisch-disputativen hin zu einem theologisch-hermeneutischen Prüfverfahren wird das traditionelle Amtscharisma durch das persönliche Charisma der verstorbenen Heiligen und Seligen quasi »repersonalisiert«. Durch stärkere Einbeziehung der Ortskirchen in den Prozess wird nicht nur ein Demokratisierungselement entwickelt und die Volksfrömmigkeit eingebunden, es wird das Verfahren auch für kirchenpolitische Erfordernisse geöffnet. Dies führt dann fast

zwangsläufig, worauf die Autorin hinweist, auch zu einer stärkeren Berücksichtigung von Laien und von Personen aus der Dritten Welt.

Dieser Aufsatz überzeugt nach Meinung der Jury durch seinen formal guten Aufbau, seine stringente Argumentation und seine systematische und plausible Erweiterung des Weberschen Charismakonzepts. Er ist ein im besten Sinne klassischer sozialwissenschaftlicher Zeitschriftenaufsatz, der auf beeindruckende Weise deutlich macht, dass exzellente und preiswürdige Arbeiten nicht notwendig auf Massendaten und auf differenzierten statistischen Analyseverfahren beruhen müssen. Der Aufsatz erhielt daher den 1. Preis für den Zeitschriftenjahrgang 2006.

Mit der Arbeit von Alber wird einem Aufsatz einer der beiden zweiten Preise zugesprochen, der im Grenzbereich zwischen Soziologie und Politikwissenschaften angesiedelt ist und in dem ein Vergleich des europäischen Sozialmodells mit dem der USA im Zentrum der Analyse steht. Drei Datentypen analysierend (demographische und ökonomische Daten und Daten zur Rolle des Staates und des Ausmaßes sozialer Ungleichheit) will der Autor einmal Unterschiede zwischen den europäischen Staaten und den USA herausarbeiten, weiterhin soll die Vielfalt innerhalb Europas untersucht und der Einfluss der letzten EU-Erweiterung auf die wichtigsten Vergleichsparameter dargestellt werden.

In Bezug auf die demographische und ökonomische Entwicklungsdynamik lässt sich anhand verschiedenster Indikatoren belegen, dass die Unterschiede innerhalb der EU-Staaten im Großen und Ganzen größer sind als erwartet und dass die USA in der Mehrzahl der Vergleichsparameter sich inmitten dieses sozialen Raumes befinden, der von allen europäischen Staaten aufgespannt wird. In einigen Bereichen allerdings gibt es deutlichere Unterschiede, so etwa beim Grad der Einkommensungleichheit und der Fruchtbarkeitsrate, beide sind in den USA größer, während in Europa die Staatseinnahmen und die Langzeitarbeitslosigkeit die entsprechenden USA-Werte übertreffen. Den krasssten Unterschied zwischen beiden Regionen findet der Autor in den Gefangenenpopulationen, hier setzen die USA offensichtlich in starkem Maße auf staatliche Zwangsmittel.

Ob man letztlich von einem europäischen Sozialmodell sprechen kann, muss nach den in diesem Aufsatz präsentierten Daten und Ergebnissen in Frage gestellt werden. Die Vielfalt innerhalb Europas ist so groß – sie ist mit der Erweiterung noch stärker geworden –, dass die Unterschiede zwi-

schen den USA als Einheitsstaat und der EU demgegenüber in der Regel verblassen. Auch die gängige Zusammenfassung europäischer Staaten zu Wohlfahrtsfamilien sollte den Blick nicht versperren vor letztlich länder-spezifischen Differenzen, die sich dann auch in unterschiedlichen Entwicklungspfaden niederschlagen.

Der Autor beschließt seine Arbeit mit einigen bemerkenswerten Überlegungen zu den politischen Implikationen seiner Ergebnisse, die letztlich in ein Plädoyer für einen politischen Pragmatismus und gegen ideologisierende Grabenkämpfe münden. Dieser Pragmatismus sollte gerichtet sein auf die Lösung der zentralen Herausforderungen aller europäischer Staaten, vom Autor etwas flapsig als die »vier Bs« bezeichnet: Babys, Betreuungsdienste, Bildung und Beschäftigung.

Dieser, mit einem der beiden zweiten Preise ausgezeichnete Aufsatz setzt sich nach Meinung der Jury in kritischer Weise und mit guten und empirisch fundierten Argumenten mit der Diskussion um wohlfahrtsstaatliche Regimes auseinander. Der Autor arbeitet mit unterschiedlichen Daten eine Reihe wichtiger Ergebnisse heraus, auf deren Basis seine abschließenden politischen Empfehlungen als sachlich gerechtfertigt angesehen werden können.

Ein weiterer zweiter Preis wird an die Autorinnen Heintz und Schnabel für ihre inhaltsanalytische Untersuchung von Familien- und Gleichberechtigungsaufgaben in 164 nationalen Verfassungen vergeben.

Ausgehend von einem 1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau, wurde das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formulierte Prinzip der Gleichberechtigung präzisiert und völkerrechtlich kodifiziert. Damit konnte sich die Gleichberechtigung zu einer welt-politischen Norm entwickeln, an der Staaten und zunehmend auch Organisationen gemessen werden. Diese Entwicklung wird von den Autorinnen kenntnisreich und in der gebotenen Kürze die Arbeit einleitend dargestellt. Den Sachverhalt an sich nehmen sie anschließend zum Anlass, die Durchsetzung dieser Norm in nationalen Verfassungen zu untersuchen und sich zu fragen, von welchen Faktoren die gleichstellungspolitische Orientierung abhängt.

Theoretischer Ausgangspunkt ist die neo-institutionalistische Weltgesellschaftstheorie, nach der gerade auch die Durchsetzung des Gleichberechtigungsprinzips als Beispiel für die Entstehung globaler Ordnungs-

strukturen gelten kann, die durch internationale Vereinbarungen kodifiziert, in Aktionsprogrammen umgesetzt und über internationale Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen in die einzelnen Länder diffundierten. Aus der systematischen und interessanten Diskussion und Konfrontation dieses theoretischen Ansatzes mit modernisierungstheoretischen Überlegungen, die den Fokus stärker auf endogene Konstellationen und historische Pfadabhängigkeiten in den Entwicklungen legen, werden fünf Hypothesen herausgearbeitet, von denen drei dem Neo-Institutionalismus und zwei den Modernisierungstheorien entsprechen.

Die anschließende Prüfung dieser Hypothesen mit Hilfe einer differenzierten und subtilen quantitativen Inhaltsanalyse der Gleichberechtigungsartikel von 164 nationalen Verfassungen ergibt entgegen der neo-institutionalistischen Konvergenzthese drei deutlich unterschiedliche gleichstellungspolitische Modelle, von den Autorinnen als »Indifferenzmodell« (Verfassungen ohne explizite Thematisierung von Frauenechten), als »traditionelles Modell« (teilweiser Widerspruch zu den globalen Gleichberechtigungsforderungen) und als »egalitäres Modell« (stärkste Widerspiegelung der globalen Norm) bezeichnet. Die weiteren Analysen zeigen dann, dass die Verfassungsgarantien aber auch weitgehend unabhängig vom Entwicklungs- und Modernisierungsgrad eines Landes sind. Entscheidend sind vielmehr Faktoren wie etwa die kulturell-religiöse Tradition eines Landes, seine Integration im UN-System und die Stärke der jeweiligen Zivilgesellschaft.

Nach Meinung der Jury behandelt dieser Aufsatz ein interessantes Thema in systematischer und origineller Art und Weise. Sie hebt den methodisch innovativen Charakter dieses Aufsatzes hervor und verweist auf die differenzierte Interpretation der Ergebnisse, die letztlich nicht in allen Aspekten den gängigen theoretischen Auffassungen entsprechen, wobei in weiteren Untersuchungen sicherlich stärker zu berücksichtigen wäre, inwieweit Verfassungstexte und Verfassungswirklichkeiten korrespondieren.

Karl-Wilhelm Grümer

Schader-Preis 2008 für Klaus von Beyme

Der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme erhält den Schader-Preis 2008. Mit dem Schader-Preis zeichnet die Darmstädter Schader-Stiftung Gesellschaftswissenschaftler aus, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit und ihr öffentliches Wirken wichtige Beiträge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme geleistet haben.

Der Preis ist eine der bedeutendsten Auszeichnungen für Gesellschaftswissenschaftler in Deutschland und wird am 8. Mai 2008 in einem Festakt in Darmstadt verliehen.

Mit Prof. Dr. Klaus von Beyme würdigt die Schader-Stiftung einen der renommiertesten deutschen Politikwissenschaftler, der weit über sein eigenes Fach hinaus wirkt. Klaus von Beyme bearbeitete in seinen zahlreichen Büchern ein breites Spektrum von politischen Problemen moderner Gegenwartsgesellschaften. Im Mittelpunkt seines Interesses standen die Funktionsbedingungen und Entwicklungsprobleme parlamentarischer Demokratien. In den letzten Jahren erschienen von ihm hierzu unter anderem die Bücher: »Der Gesetzgeber: Der Bundestag im Wandel« (1997), »Die parlamentarische Demokratie« (1999), »Parteien im Wandel« (2000) und »Die politische Klasse im Parteienstaat« (1993). In diesen Arbeiten verbindet Klaus von Beyme präzise Zeitdiagnose, theoretische Reflexion und praktische Relevanz auf vorbildliche Weise.

Klaus von Beyme ist aber auch einer der ganz wenigen deutschen Politikwissenschaftler, die sich intensiv mit Fragen des Städtebaus und der Städteplanung, der Architektur und der Kunst beschäftigt haben. In den vergangenen zwanzig Jahren veröffentlichte er hierzu mehrere Bücher, die inzwischen als Standardwerke zur jeweiligen Thematik gelten: »Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in den beiden Staaten« (1987), »Hauptstadtssuche« (1991), »Die Kunst der Macht und die Gegenmacht der Kunst« (1998) und »Das Zeitalter der Avantgarde. Kunst und Gesellschaft 1905-1955« (2005).

Klaus von Beyme war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1999 fünf- undzwanzig Jahre lang Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Außerdem hatte er Professuren an den Universitäten Tübingen und Frankfurt, sowie Gastprofessuren an den Universitäten Stanford, Melbourne und Paris. Er war unter anderem Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und Präsident der International Political Science Association, sowie Mitglied des

Vorstandes der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern«.

Der Schader-Preis wird jährlich von der Schader-Stiftung verliehen und ist mit 15.000 EUR dotiert. Preisgericht ist das Kuratorium der Stiftung. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem Franz-Xaver Kaufmann (2007), Gesine Schwan (2006), Ulrich Beck (2005), Bernd Raffelhüschen (2004), Hartmut Häußermann und Walter Siebel (2003), Fritz W. Scharpf (2002), Peter Graf Kielmansegg (2001), Meinhard Miegel (2000) und Renate Mayntz (1999).

Peter Lonitz

Habilitationen

PD Dr. Carsten Ullrich hat sich am 28. März 2007 in der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsstaatsakzeptanz«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Social Theory and the Sociological Discipline(s)

Social Theory Conference (RN29), European Sociological Association
Universität Innsbruck, September 11-13, 2008

Der institutionelle Erfolg der Soziologie einschließlich ihres quantitativen Wachstums zahlt den Preis einer zunehmenden Spezialisierung. Beklagt wird diese derzeit oft in den verschiedenen internationalen Fachgemeinschaften. Tatsächlich ist die Fragmentierung der Disziplin nicht allein aus Gründen eines seit Thomas S. Kuhn weithin geteilten Wissenschaftsverständnisses problematisch, sondern auch im Blick auf die Rolle der Soziologie in der Gesellschaft. Umso wichtiger ist es daher, die Fachidentität zu erinnern und nach dem einigenden Band zu fragen, das die sozialwissenschaftlichen Einzelstudien zusammenhält und inspiriert: nach der Rolle der Sozialtheorie. Aber: Wie inspiriert diese noch und wie hält sie zusammen? Und insbesondere: Wie tut sie dies faktisch?

Für die Tagung werden Beitragsvorschläge erbeten, die zu analysieren unternehmen, wie (und welche) Theorien derzeit die soziologischen Subdisziplinen orientieren, ggf. auch nach dem allgemeinen Status der Sozialtheorie bzw. soziologischen Theorie in der Disziplin. In Fallstudien könnte dabei ihr Einfluss, ihre Anwendung oder Vernachlässigung in den thematischen Feldern oder auch nationalen Strömungen der Soziologie untersucht werden.

Letztere sind selbst in Europa in einer Weise heterogen, die nicht allein den unterschiedlichen sozialen Verhältnissen, sondern auch unterschiedlichen theoretischen Traditionen geschuldet ist. Was die thematischen Felder oder Subdisziplinen betrifft, entwickeln sich diese selbst im Rahmen ein und derselben nationalen Fachgemeinschaft oft in verschiedene Richtungen. Einheit und Diversifikation der Sozialtheorie in den soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen (Sub)Disziplinen, die Frage nach ihrem State-of-the-Art sowie neueren Entwicklungen sind Thema der Tagung.

Abstracts (max. 250 Wörter) sind erbeten bis zum **15. Mai 2008** per E-Mail-Anhang als Word-, WP- oder PDF-Dokument an Frank Welz (Sprecher, ESA Social Theory Research Network), frank.welz@uibk.ac.at.

Weitere Informationen zum Rahmenprogramm und praktischen Erfordernissen finden sich auf der Konferenz-Homepage unter www.welz.eu/esa. Die Konferenzsprache ist Englisch. Anmeldeschluss ist der 30. Juni 2008.

European Political Economy and Society in the World

Mid-Term Workshop, Critical Political Economy Research Network (RN 6), European Sociological Association, Oxford Brookes University, UK, September 12-14, 2008

The Critical Political Economy Research Network (CPE-RN) was established in 2005 as a platform to promote and facilitate research aimed at understanding recent transformations of capitalism and capitalist societies in the European Union and Europe. Its purpose is to reassert political economy perspectives in European social science, and to promote critical and emancipatory scholarship.

Political economy has traditionally been defined as a particular field of study focusing on the relationship between the state and the economy, understood as particular forms of social relations and as embedded in society more generally conceived. Political economy perspectives are inherently post-disciplinary and understand the political and the economic as co-constituted and mutually reinforcing. The network seeks to bring together researchers and academics employing neo-gramscian, neo-marxist, regulationist, cultural political economy, world systems, constructivist, sociological institutionalist and other heterodox institutional and evolutionary political economy perspectives.

This workshop builds on the proceedings of the previous workshops, which have all eschewed a sui generis conception of »Europe« and the European Union in favour of a perspective that views Europe and the EU against the broader context of transnational developments of the capitalist world-economy. As Eric Wolf argued in »Europe and the People without History« (California UP, 1982) this is the logical and empirical implication of political economy research, which is concerned with the co-constitution

of production and power broadly conceived. Such research, Wolf argued, constituted a profound challenge to »the habit of treating named entities such as the Iroquois, Greece, Persia or the United States ...[and we might add, the EU and »its« states]...as fixed entities opposed to one another by stable internal architecture and external boundaries.« (p. 7).

This workshop aims to face the full implications of Wolf's conclusions. Hence, we invite papers that address at least one of the following inter-related themes:

- World economic order dynamics (such as neo-liberal governance concepts and finance-led capital accumulation) that impact on the enlarged EU, its varieties of capitalism and state-civil society complexes in transition.
- The political-economy implications of EU's external policies (such as the European Neighbourhood Policy) as formulated in the context of post-Washington consensus development policy, »post-9/11« security policy, the alleged »Asian challenge« by China and India, and the »residual weight« Europe's post-colonial history.
- Critical interventions on the question of »Euro-centrism« in political economy that might a) help us highlight the manner in which »the sub-altern« form part of the constitution of European political economy and society, »Europe's« position in the world and attendant contradictions and b) help us »provincialise Europe« and »put European political economy(ies) and society(ies) in their place« in the world economic order, and then not only in relation to the United States.

In the post-disciplinary spirit of the CPE-RN, the invitation is extended to all with an interest in political economy research, whatever their professional disciplinary affiliation. The workshop aims to attract a diverse range of junior and senior researchers. Please submit your abstract (max 250 words) by E-Mail under the subject-heading »ESA workshop« by **May 2, 2008** to

Professor Magnus Ryner, Oxford Brookes University

E-Mail: mryner@brookes.ac.uk

Demographische Aspekte der Migration

Herbsttagung des Arbeitskreises »Junge DemographInnen«, Nürnberg,
9. und 10. Oktober 2008

Der Arbeitskreis »Junge DemographInnen« hat sich im Jahr 2007 innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) gegründet. Das Ziel des Arbeitskreises ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der nationalen und internationalen Zusammenarbeit auf dem interdisziplinären Gebiet der Demographie.

Die Herbsttagung 2008 findet am 9. und 10. Oktober in Nürnberg in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) statt. Der Arbeitskreis wird sich dabei mit wissenschaftlichen Fragestellungen zur Migration in nationaler und internationaler Perspektive vor dem Hintergrund des demographischen Wandels befassen. Ziel der Veranstaltung ist es, neueste Methoden und Erkenntnisse im Bereich der Migrationsforschung zu präsentieren und ihre Konsequenzen für Bevölkerung, Politik und Wirtschaft zu diskutieren.

Wir erwarten theoretische und/oder empirische Beiträge in englischer oder deutscher Sprache zu den folgenden Themenbereichen/Fragestellungen:

- Bevölkerungsdynamische Prozesse der Migration
- Migration und Fertilität
- Migration und Mortalität/Morbidität
- Demographische Prozesse von Migrantengruppen
- Soziodemographische und ökonomische Aspekte der Migration
- Migration und Erwerbstätigkeit
- Prognose internationaler Migrationsprozesse

Die Veranstaltung ist interdisziplinär und international ausgerichtet. Beiträge aus der Demographie, Soziologie, Ökonomie, Geographie, Statistik, Ethnologie und Politikwissenschaft sind willkommen. Es ist geplant, die Beiträge in englischer Sprache in einem Tagungsband zu veröffentlichen.

Als Keynote Speaker haben Barry Edmonston (University of Victoria) und James Raymer (University of Southampton) zugesagt.

Abstracts sollten nicht mehr als zwei Seiten umfassen, die Kontaktdaten des Autors enthalten und bis zum **5. Mai 2008** an einen der Organisatoren des Arbeitskreises gesandt werden. Entscheidungen bezüglich der Vortragsangebote werden bis Mitte Mai kommuniziert. Für Nachfragen stehen die Organisatoren gerne zur Verfügung. Weitere Informationen

sind ebenso auf der folgenden Website zu finden: <http://www.young-demography.org>.

Organisatoren des Arbeitskreises:

Thomas Salzmann, Universität Rostock

E-Mail: thom.salzmann@uni-rostock.de

Nadine Zielonke, Statistik Austria

E-Mail: nadine.zielonke@statistik.gv.at

Martin Kohls, BAMF

E-Mail: martin.kohls@bamf.bund.de

Tagungen

Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen

Konferenz des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im Rahmen des Generations and Gender Programme, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 19. und 20. Juni 2008

Der demographische Wandel und die Veränderungen in den Familienstrukturen haben die Bedeutung intergenerationaler Beziehungen immer mehr ins Blickfeld des sozialwissenschaftlichen und politischen Interesses gerückt. Zunehmend wird diese Vertikalisierung der Familienbeziehungen auch in aktuellen Surveys berücksichtigt, weshalb wir heute in der Lage sind, die Bedingungen und Potentiale der Beziehungen zwischen Eltern, Großeltern und Kindern durch adäquate Datensätze abzubilden. Im Zentrum der Konferenz sollen empirische Untersuchungen mit aktuellen Datensätzen zur Erfassung der intergenerationalen Beziehungen stehen, wobei auf den Daten des »Generations and Gender Survey« ein besonderer Schwerpunkt liegen wird. Im Rahmen der Konferenz sollen vier Themenkomplexe diskutiert werden:

- Beschreibung und Erklärung intergenerationaler Beziehungen und ihrer Bedingungen;
- Bedeutung und Potentiale der Generationenbeziehungen für Lebens- und Wohnformen, Partnerschaft, Fertilität, Gesundheit, Eltern, Großeltern und Kinder;
- Sozialpolitische Implikationen der intergenerationalen Beziehungen;
- Generationenbeziehungen im internationalen Vergleich.

Ziel der Veranstaltung ist es, neueste empirische Ergebnisse zu Bedingungen und Potentialen der intergenerationalen Beziehungen darzustellen, sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen für Deutschland und im internationalen Vergleich zu diskutieren. Anmeldungen zur Tagung sind bis Ende Mai 2008 möglich bei

Andreas Ette, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden
E-Mail: andreas.ette@destatis.de

Macht und Ohnmacht auto/biographischen Erzählens. Grundlagentheoretische Fragen und interdisziplinäre Perspektiven

Jahrestagung der DGS-Sektion Biographieforschung,
Universität Flensburg, 10. bis 12. Juli 2008,

»Erzählung« als kulturelles (Re-)Präsentationsformat und »Erzählen« als spezifischer Modus kommunikativer Praxis gehören zu den theoretischen Kernkonzepten der sozialwissenschaftlichen Biographieforschung. In Deutschland haben vor allem Fritz Schützes sprachsoziologische Arbeiten zur Fundierung der Biographieforschung beigetragen und den Nutzen eines erzähltheoretischen Zugangs für empirische soziologische Forschung deutlich gemacht. Das »narrative Interview«, von Schütze Mitte der 1970er Jahre entwickelt, ist ein prominent gewordenes Ergebnis dieser Arbeiten, das heute, ebenso wie eine Reihe weiterer narrationsanalytischer Verfahren, einen festen Platz im Kanon qualitativer Sozialforschung gefunden hat. Angesichts der Selbstverständlichkeit der Verwendung narrativer Erhebungsmethoden und erzählanalytischer Verfahren werden die grundlagentheoretischen Fragestellungen, erzähltheoretischen Prämissen und methodologischen Überlegungen, die zur Entwicklung und Ausgestaltung dieser Forschungsmethoden geführt haben, allerdings nur noch selten thematisiert.

Auch unabhängig von den Forschungspraxen rund um das narrative Interview sind erzähltheoretische Grundlagenfragen seit der »Entdeckung« dieses Zugangs in der Soziologie seit langem nicht mehr diskutiert worden. Dabei gab und gibt es Fragen, die nach wie vor offen sind und die erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundlagen der Biographieforschung betreffen: z.B. Fragen nach

- der Historizität und kulturellen Kontextualität narrativer Darstellungsformen: Kann Erzählen als ein universales kognitives Muster angenommen werden oder ist es an (eine) bestimmte Kultur(en) gebunden? Wie relevant sind historische und kulturelle Differenzen? Welche Differenzierungen narrativer Schemata finden sich in historischen und interkulturell vergleichenden Forschungen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Praxis der Biographieforschung?
- dem Verhältnis von »großen« und »kleinen« Erzählungen und den daran gebundenen Konstruktionen kollektiver und individueller Identität: Welchen Wirklichkeitsstatus haben auto/biographische Erzäh-

lungen angesichts des »Endes der großen Erzählungen«? Wie hängen individuelle Lebensgeschichten mit der »großen Geschichte« und ihrem »Zerbrechen« zusammen? Aber auch: Gilt für »narrative Identität« die gleiche Kritik, die insbesondere von poststrukturalistischen Ansätzen an Identitätstheorien formuliert wurde, oder bietet ein narrativer Ansatz gerade einen neuen, nicht identitätslogisch festschreibenden Zugang zum Problem der Identität?

- den Spielräumen und Grenzen für narrative Konstruktionen des Selbst: Welche Freiräume haben Subjekte, wenn sie ihre Geschichte erzählen? Inwiefern sind sie immer schon »in Geschichten verstrickt« (Schapp) und unterliegen dem Zwang historisch-kultureller Erzähltraditionen? Und: Welche Zwänge übt das Erzählen selbst aus? Erzählen wir unser Leben oder leben wir unsere Erzählungen? Kann auto/biographisches Erzählen gar als »das« machtvolle Prinzip moderner Selbstkonstruktion betrachtet werden? Unter welchen Bedingungen wird ein Erzählen des Selbst möglich/verunmöglicht und welche Effekte bringt es hervor?

Grundlagenfragen dieser Art sollen im Mittelpunkt der Tagung stehen. Um sie angemessen diskutieren zu können, ist geplant, auch Konzepte und Zugänge aus anderen Disziplinen und interdisziplinären Diskursen einzubeziehen, die sich grundlegend mit dem Phänomen Erzählen beschäftigen: Soziolinguistik, Geschichtswissenschaft, Psychologie, Philosophie, Literaturwissenschaft, Gender Studies, Cultural Studies u.a. Daneben wird es eine Session geben, in der exemplarisch die gesellschaftspolitische Relevanz von Erzählen (z.B. im Kontext politischer Konfliktbearbeitung) untersucht wird.

Weitere Informationen und Hinweise:

Prof. Dr. Bettina Dausien, Universität Flensburg
E-Mail: bettina.dausien@uni-flensburg.de

Summer School »Methoden der Diskursforschung«

Der AK Sozialwissenschaftliche Diskursforschung (Augsburg/Landau) veranstaltet vom 24. bis 26. September 2008 auf dem Campus Landau der Universität Koblenz-Landau eine erste Landauer Summer School 2008 »Methoden der Diskursforschung«. In den letzten Jahren erlebt die

sozialwissenschaftliche Diskursforschung einen starken Boom. Dem tragen die Methodenausbildungen in den verschiedenen Disziplinen bislang nur ansatzweise Rechnung. Insbesondere diskursbezogene Fragen der konkreten Arbeit am Text bzw. an den Daten gehören zu den noch wenig behandelten Themen. Die Summer School wendet sich deswegen an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die in Qualifikationsvorhaben oder Forschungsprojekten mit diskurstheoretischen und diskursanalytischen Ansätzen arbeiten bzw. arbeiten wollen. Sie bietet nach einer kurzen Auffrischung theoretischer Grundlagen der Diskursforschung die Möglichkeit, einzelne methodische Vorgehensweisen unmittelbar datenbezogen in kleinen Arbeitsgruppen kennen zu lernen, zu erproben und gegebenenfalls an eigenen Materialien anzuwenden. Für diejenigen, die sich noch nicht für eine bestimmte methodische Vorgehensweise und der forschungspraktischen Umsetzung ihrer Forschungsvorhaben in der Diskursforschung entschieden haben, besteht so Gelegenheit, im direkten Austausch mit Kolleginnen und Kollegen die Praxis, die Reichweite aber auch die Grenzen spezifischer methodischer Zugänge auszuloten. Für andere, die bereits eine spezifische Vorgehensweise beschlossen oder begonnen haben, eröffnet die Summer School eine Gelegenheit, diese im Übungskontext zu prüfen und durch die Auseinandersetzung mit anderen Methodenvorschlägen zu schärfen. Die Summer School bietet dazu für alle Teilnehmenden Einführungen und Übungen zum methodischen Vorgehen und zu forschungspraktischen Auswertungsstrategien im Rahmen der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse*, der *Narrationsanalyse*, der *hegemonietheoretischen Diskursanalyse* nach Laclau/ Mouffe, der *linguistischen Diskurssemantik* und der Einsatzmöglichkeiten *qualitativer Textanalyseprogramme* wie MaxQDA oder Atlas.ti in der Diskursforschung. Mitwirkende an der Summer School sind Prof. Dr. Reiner Keller (Universität Koblenz-Landau), Dr. Martin Nonhoff (Universität Bremen), Prof. Dr. Werner Schneider (Universität Augsburg), Dr. Willy Viehöver (Universität Augsburg) und Prof. Dr. Martin Wengeler (Universität Düsseldorf). Sie werden in parallelen Arbeitsgruppen die verschiedenen methodischen Vorgehensweisen vorstellen und ihre Umsetzung mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erproben.

Weitere Hinweise über Konzeption, Anmeldedaten und -formalitäten sowie Teilnahmegebühr finden Sie auf der Webseite des AK Sozialwissenschaftliche Diskursforschung (www.diskursforschung.de) oder erhalten Sie auf Anfrage bei Reiner Keller (keller@uni-landau.de).

Ronald Hitzler

Grenzen der disziplinären »Ökumene«

In diesem Text versuche ich zu erläutern, dass Pädagogen ebenso zwangsläufig wie selbstbewusst werteverhaftet und in diesem Sinne letztlich Moralisten sein müssen, da sie sonst gar nicht pädagogisch wirken könnten, und dass (Jugend-)Soziologen hingegen allen, wo und wie auch immer vorfindlichen Moralismen gegenüber zumindest indifferent sein müssen, da sie sonst vielleicht zwar Jugend erforschen können, gewiss jedoch nicht mit jenem soziologischen Blick, der es rechtfertigt, sie gesellschaftlich zu subventionieren. (Jugend-)soziologisch stellt sich die Frage, was Jugendliche tun, keineswegs aber geht es dabei um irgendwelche Empfehlungen dazu, was sie tun sollten. Was Jugendliche tun sollen und wollen, ist soziologisch vielmehr zu rekonstruieren aus den empirisch vorfindlichen Moralismen der Jugendlichen selber. Das heißt, als Aufgabe von Soziologie betrachte ich die Generierung von Deutungswissen. Demgegenüber geht es in der Pädagogik um Praxiswissen, das darauf abzielt, qua (re-)sozialisierenden »Maßnahmen« die Handlungskompetenz der als Klientele betrachteten Jugendlichen zu stärken. Dergestalt sehe ich fundamentale Differenzen zwischen (Jugend-)Soziologie und (Jugend-)Pädagogik.

In my contribution I argue that pedagogues have to be bound to values whereas sociologists must at least be neutral towards any moralisation. Sociology asks what adolescents do but definitely does not recommend what they should do. Quite to the contrary: How adolescents will and should act has to be analyzed sociologically on the basis of the youths' own moral convictions. In other words, in my perception it is a task of sociological research to generate interpretative knowledge. Science of education on the other hand deals with empirical knowledge that aims at strengthening the decision-making capacity of the young clientele. This – in my opinion – is the fundamental difference between sociology (of adolescence) and science of (youth) education.

Heinz Steinert

Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt

Wer an der Soziologie als Wissenschaft interessiert ist, sollte sich auf die nächste Universitäts-Reform konzentrieren, um die Schäden der derzeit laufenden wieder rückgängig zu machen. Diese werden in einer Aufspaltung der ProfessorInnenenschaft zwischen (BA) Hochdeputats-Stellen und (MA, Graduierten) Exzellenz-Professuren und damit zwischen Lehre und Forschung bestehen, in einer Verteuerung und Verlängerung des Studiums, in einer Gefährdung der Identität der wissenschaftlichen Disziplinen. In einer Fallstudie wird wahrscheinlich gemacht, dass BA/MA vor allem eine Verringerung der Universitäts-Kapazität bewirkt und dass

Diplom/Magister für Studierende attraktiv bleiben. Es werden erwartbare Widersprüche der Entwicklung und die Möglichkeiten diskutiert, wie sich Wissenschaft und eine wissenschaftliche Ausbildung in der nächsten Reform wieder einrichten lassen könnten.

The social sciences for which the current university reforms have been and will be rather detrimental, can (and must) rely on the next, inevitable reform to find back to a more favourable organizational frame. The probable consequences of the current reform – among them the creation of a new hierarchy of teaching vs. research professorships, longer and more expensive studies, dissolution of disciplines – are indicated. A case-study shows that the BA/MA format reduces university capacities and that the old Diploma/Magister degrees stay attractive to students if they have a choice. Foreseeable points of contradiction in the development are identified. Steps in which the disciplinarity of social science teaching and research might re-establish itself in the next reform are discussed.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang auführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.